



„Wir fragten uns, ob wir unser Zuhause je wiedersehen würden.“

Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus
Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Tel. 0711-164099-0, Fax -77
lpb@lpb-bw.de www.lpb-bw.de

Die Landeszentrale für politische Bildung

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes Baden-Württemberg
- will für die Demokratie begeistern
- hilft zur eigenen Meinung
- befähigt zur Mitwirkung
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an
- betreibt als Tagungszentrum das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach
- und LpB-Shops in Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg und Heidelberg

Impressum

Die Lese- und Arbeitshefte in der Reihe MATERIALIEN werden von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben und in Kooperation mit den Gedenkstätten im Land erstellt.

Herausgeber

Lothar Frick, Direktor
Sibylle Thelen, Direktorin

Texteinheiten

Dr. Martin Ulmer, Geschäftsführer des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb e. V.

Arbeitsblätter

Ursula Hepp, Oberstudienrätin am Schickhardt-Gymnasium Stuttgart für die Fächer Englisch und Geschichte und am Seminar für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte Stuttgart, Lehrbeauftragte der Universität Stuttgart (A 1 bis A 5, A 10, A 14)
Lars Mayr, Studienrat am Carl-Laemmle-Gymnasium Laupheim für die Fächer Geschichte und Deutsch (A 6 bis A 9, A 11, A 12)
Markus Fiederer, Studiendirektor am Martin-Heidegger-Gymnasium Meßkirch für die Fächer Geschichte und katholische Religion, Fachberater Unterrichtsentwicklung für Geschichte am ZSL, Regionalstelle Tübingen (A 13)
Dr. Martin Ulmer

Begleitmaterialien

Dr. Martin Ulmer
Andreas Keller, Erster Vorsitzender von Zeichen der Erinnerung e. V. LpB

Redaktion

Dr. Katrin Hammerstein (LpB), Andreas Schulz (LpB)

Redaktionsadresse

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)
Fachbereich Gedenkstättenarbeit
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
www.gedenkstaetten-bw.de
Download der Publikation:
www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html

Umschlag, Gestaltung, Layout, Satz

Lucia Winckler, feuille-blanche, Kusterdingen

Umschlagfoto

Deportation der Jüdinnen und Juden aus Laupheim im November 1941.
Fotoarchiv Ernst Schäll/Museum zur Geschichte von Christen und Juden, Laupheim

Druck

RETSCHDruck e. K., Nagold

Alle Rechte vorbehalten.
1. Auflage, Stuttgart 2021
ISBN 978-3-945414-87-3

„Wir fragten uns, ob wir unser Zuhause je wiedersehen würden.“ Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945

Inhalt

Vorwort	2
Einführung	3

Texteinheiten und Lernziele		
T 1	Die Situation der jüdischen Bevölkerung in Württemberg 1933	5
T 2	Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden in Alltag, Schule und Beruf	6
T 3	Wirtschaftliche Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung	7
D 1	Didaktischer Zugang: Arbeit im Archiv	8
T 4	Pogromnacht 1938 und Massenflucht	9
T 5	Ghettoisierung und Entrechtung vor den Deportationen	10
T 6	Erste Deportation nach Riga im Dezember 1941	11
D 2	Didaktischer Zugang: Fotografien als Quelle	14
T 7	Zweite große Deportation ins KZ Theresienstadt im August 1942	15
T 8	Radikalisierung bei den kleineren Deportationen 1942 bis 1945	16
T 9	Die Todeslager im Osten	18
D 3	Didaktischer Zugang: Gedenkstättenbesuch	20
T 10	„Aktion 3“ und „Finanztod“ nach der Deportation	21
T 11	Täter, Beteiligte, Profiteure	22
T 12	Das Schicksal der Deportierten	24
T 13	Der juristische Umgang mit den Deportationsverbrechen nach 1945	25
T 14	Erinnern und Gedenken	26

Arbeitsmaterialien und Aufgaben	
Inhaltsverzeichnis und Hinweise: Übersicht über die Arbeitsblätter A1 bis A14 mit Materialien, Arbeitsaufträgen und Aufgaben zu den jeweiligen Texteinheiten	31
A 1 bis A 14	32 bis 59

Begleitmaterial	
Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Baden-Württemberg	61
Ehemalige Synagogen und Museen zur jüdischen Geschichte	62
Stuttgart als Ort der Deportationen	63
Ausstellungen und Angebote	64

Anhang	
Adressen, Kontakte, Links	68
Literaturhinweise	69
Veröffentlichungen der LpB	71

Vorwort

Am 1. Dezember 1941 wurden etwa 1.000 Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern vom Stuttgarter Inneren Nordbahnhof aus nach Riga im damals deutsch besetzten Lettland deportiert. Ab Ende November waren sie aus vielen verschiedenen Orten des damaligen Gaus Württemberg-Hohenzollern in die württembergische Landeshauptstadt gebracht und auf dem Killesberg in einem Sammellager interniert worden. In ihren Heimatstädten und -gemeinden hatten sie sich unter Aufsicht von Polizei und Gestapo versammeln müssen und waren in bewachten Transporten nach Stuttgart verbracht worden. Die Deportation nach Riga war Teil einer großangelegten Deportationswelle aus dem Deutschen Reich und stellte den Beginn der systematischen Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern dar.

Bis 1945 folgten viele weitere Deportationen aus Stuttgart, so etwa die Deportation von 441 Menschen nach Izbica am 26. April 1942 oder die Deportation nach Theresienstadt am 22. August 1942, die mehr als 1.000 Menschen betraf. Insgesamt wurden weit über 2.500 Jüdinnen und Juden in die Ghettos, Lager und Vernichtungsstätten im Osten Europas verschleppt. Schon im Sammellager auf dem Killesberg herrschten schlimme Bedingungen. Die Zustände an den Zielorten der Deportationen waren menschenunwürdig. Der Großteil der Deportierten überlebte nicht. Sie starben aufgrund der katastrophalen Verhältnisse in den Ghettos und Lagern oder wurden in gezielten Tötungsaktionen erschossen oder in die Vernichtungslager weiterdeportiert und dort ermordet. Nur etwa 180 Menschen kamen mit dem Leben davon.

Das Gedenken an diese Deportationen ist mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Erinnerungskultur in Baden-Württemberg. Im Juni 2006 wurde am Inneren Nordbahnhof in Stuttgart eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die von dort deportierten Jüdinnen und Juden, Roma und Romnja sowie Sinti und Sintize eingeweiht. Mit Gedenkfeiern wird an diesem „Zeichen der Erinnerung“ zu den jeweiligen Jahrestagen an die Deportationen erinnert. Auch am Killesberg gibt es einen Gedenkort, der 2013 neu gestaltet wurde. Zahlreiche weitere Gedenkstätten erinnern an den Heimorten der Deportierten in Ausstellungen, mit Veranstaltungen, Projekten und Führungen an die Opfer und ihr Schicksal.

In enger Zusammenarbeit mit dem „Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb“ und auch der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ am Inneren Nordbahnhof in Stuttgart ist nun dieses Lese- und Arbeitsheft entstanden. Es umfasst 14 Texteinheiten, die die Geschichte der Deportationen der Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern nachzeichnen. Die Entrechtung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung durch den NS-Staat wird dabei ebenso geschildert wie Organisation und Ablauf der Deportationen und die damit einhergehende Beraubung der Opfer. Dargestellt werden außerdem die Zielorte der Deportationen, die Ghettos, Todes- und Vernichtungslager im Osten Europas, die dort herrschenden Bedingungen und das Schicksal der Opfer. Auch die

Verantwortlichen für die Deportationen werden in den Blick genommen und der juristische und erinnerungskulturelle Umgang mit den Deportationsverbrechen nach 1945 beleuchtet.

Im zweiten Teil des Hefts ergänzt jeweils ein Arbeitsblatt die Texteinheiten mit Quellen, Fotografien und Hintergrundinformationen. Aufgaben und Arbeitsaufträge regen zur vertieften Auseinandersetzung mit Aspekten jüdischen Lebens vor und nach 1933, mit Ausgrenzung, Antisemitismus und Verfolgung sowie zur Reflexion von Handlungsspielräumen, Verhaltensoptionen und Möglichkeiten des Erinnerns an. Begleitmaterial und Anhang bieten Zusatzinformationen u. a. auch zu Gedenkstätten, die die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Württemberg und Hohenzollern thematisieren, sowie weiterführende Links, Kontakte und Literaturhinweise.

Die Lese- und Arbeitshefte in der Reihe MATERIALIEN vermitteln historisches Wissen, kombiniert mit praktischen Anregungen für die Bildungsarbeit. Sie lassen sich im Schulunterricht, in der Jugendarbeit und an Gedenkstätten einsetzen. Mit der Reihe kommt die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) der Aufforderung der Bildungspläne nach, Angebote mit regionalem Bezug an außerschulischen Lernorten zu entwickeln. In enger Kooperation mit den weithin ehrenamtlich getragenen Gedenkstätten im Land werden die Hefte dieser Reihe erarbeitet. Die Erfahrungen, die man an den Gedenkstätten mit jungen Besuchern sammelt, fließen in die Reihe ebenso ein wie die lokalen und regionalen Forschungsergebnisse der jeweiligen Erinnerungsorte. Sie machen Geschichte „vor der Haustür“ greifbar, indem sie an Opfer und Gegner der nationalsozialistischen Diktatur erinnern und zur Spurensuche vor Ort anregen.

Ohne das Engagement und die Expertise von Dr. Martin Ulmer (Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V.) und der Lehrkräfte Ursula Hepp (Schickhardt-Gymnasium Stuttgart), Lars Mayr (Carl-Laemmle-Gymnasium Laupheim) und Markus Fiederer (Martin-Heidegger-Gymnasium Meßkirch) wäre dieses Heft nicht entstanden. Sie haben umfassend Quellen und Literatur gesichtet und daraus Text- und Arbeitseinheiten erstellt. Andreas Keller und weitere Aktive des Vereins „Zeichen der Erinnerung“ haben die Einheiten kritisch durchgesehen und Materialien beigesteuert. Unterstützt wurde die Arbeit außerdem mit Bildrecherchen und -anfragen von Ellen Eisele (LpB). Ihnen und allen anderen, die zur Entstehung dieses Lese- und Arbeitshefts in der LpB-Reihe MATERIALIEN beigetragen haben, dankt die Landeszentrale für politische Bildung.

Stuttgart, Oktober 2021

Lothar Frick **Sibylle Thelen**
Direktor Direktorin

Katrin Hammerstein
Fachbereich Gedenkstättenarbeit

Einführung

Zwischen Dezember 1941 und Februar 1945 wurden etwa 2.500 Menschen jüdischer Herkunft aus Württemberg und Hohenzollern in elf Deportationen in die Todeslager verschleppt. Eine erste Deportation aus dem Deutschen Reich hatte bereits im Oktober 1940 mit dem Transport von mehr als 6.500 Jüdinnen und Juden aus Baden, der Pfalz und dem heutigen Saarland in das südfranzösische Lager Gurs stattgefunden.

Der aktuelle Forschungsstand geht von mindestens 2.500 in den Osten verschleppten Menschen aus. Allerdings gibt es in den Quellen und in der Forschungsliteratur über die genauen Zahlen der Deportierten und aller Shoah-Opfer aus Württemberg und Hohenzollern unterschiedliche Angaben. Auf einer Liste der Israelitischen Kultusvereinigung Württemberg von 1956 sind die Namen von 2.442 Personen aufgeführt. Nicht erfasst sind dort jedoch diejenigen, die im Vorfeld der Deportationen Suizid begangen haben. Auch sie gehören zu den Opfern der Shoah. Ebenso sind die Daten der Transportlisten nicht immer identisch mit der tatsächlichen Anzahl der Verschleppten, weil manche kurz vor der Deportation gestorben sind oder von den ersten Deportationen zurückgestellt wurden. Trotz intensiver Nachforschungen fehlt von einigen Menschen nach der Deportation jede Spur; es gibt weder ein Datum noch einen Ort des Todes, es fehlen Hinweise auf die Todesumstände, was auch mit der entgrenzten Dynamik des millionenfachen Massenmords zusammenhängt. Die exakte Rekonstruktion der Zahlen wäre weitere Forschungen wert, die jedoch im Rahmen dieser Publikation nicht geleistet werden kann.

Für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden wird in diesem Heft der Begriff Shoah anstatt Holocaust benutzt. Shoah ist das hebräische Wort für Katastrophe, das überwiegend von Jüdinnen und Juden für den Völkermord an den sechs Millionen jüdischen Menschen und verstärkt auch von der internationalen Forschung verwendet wird. Der Begriff Holocaust wiederum kommt aus dem Griechischen und bedeutet Brandopfer. Es ist auch dem französischen Regisseur und Filmemacher Claude Lanzmann mit seinem epochalen Film „Shoah“ aus dem Jahr 1985 zu verdanken, dass der Begriff Shoah bekannt geworden ist. Seither werden beide Begriffe verwendet und verweisen darauf, welche Blickweise auf dieses Menschheitsverbrechen jeweils eingenommen wird. Der Begriff Shoah ist m. E. besser geeignet, den sehr komplexen Vorgang des systematischen Massenmords an den europäischen Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und die zahlreichen Kollaborateure in den besetzten Ländern abzubilden und dessen Einzigartigkeit zu erfassen. Im Blick auf aktuelle Debatten sollen damit andere schwerwiegende Verbrechen wie der Kolonialismus oder Genozide nach dem Zweiten Weltkrieg nicht relativiert werden.

Die Texteinheiten und Arbeitsmaterialien bieten einen Überblick über die Vorgänge der Verfolgung der Jüdinnen und Juden in Württemberg und Hohenzollern. Der multiperspektivische Ansatz durchzieht das Materialienheft.

Dabei werden gleichwertig nicht nur die Strukturen und Vorgänge, sondern auch die Blick- und Handlungsweisen aller Akteurinnen und Akteure, d. h. der beteiligten „Schreibtischtäter“ in und außerhalb der Gestapo sowie der beteiligten Institutionen, betrachtet. Auch die Perspektive der in die Todeslager verschleppten Jüdinnen und Juden, ihr schier unbeschreibliches Leiden und grausamer Tod sowie der Überlebenskampf der wenigen Davongekommenen ist in diesem Heft aufgenommen. Da die Deportationen zwischen 1941 und 1945 ohne die Vorgeschichte der stufenweisen Ausgrenzung und Ausplünderung sowie des eskalierenden Pogromterrors gegen die jüdische Bevölkerung unverstänlich bleiben, behandelt der erste Teil in fünf Texteinheiten die Verfolgung zwischen 1933 und 1941. Den zwei großen Deportationen nach Riga und Theresienstadt und den kleineren Deportationen ab April 1942 sind drei Kapitel gewidmet, die u. a. die Radikalisierung und ideologische Härte der Gestapo im Verlauf des Zweiten Weltkriegs aufzeigen. Die nachfolgenden Texteinheiten zu den Todeslagern, zur Ausraubung der jüdischen Bevölkerung sowie zur Rolle der Täter, Beteiligten und Profiteure und zum Schicksal der Deportierten spiegeln den multiperspektivischen Ansatz wider. In den letzten Texteinheiten geht es um das Scheitern der juristischen Ahndung der Deportationsverbrechen und den Wandel der Erinnerungskultur von jahrzehntelangem Beschweigen bis zur aktiven Erinnerungs- und Gedenkarbeit in den letzten 30 Jahren. Die 14 Texteinheiten werden durch passende Arbeitsmaterialien und Aufgaben für Schülerinnen und Schüler didaktisch vertieft und aufbereitet.

Mein besonderer Dank gilt den erfahrenen Lehrkräften Ursula Hepp, Lars Mayr und Markus Fiederer, die die Arbeitsblätter und Aufgaben zusammengestellt haben. Außerdem danke ich herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LpB, Dr. Katrin Hammerstein, Andreas Schulz und Ellen Eisele, für ihre sehr konstruktive Begleitung und produktive Gestaltung des Hefts. Ich danke auch sehr Lucia Winckler, die den grafischen Entwurf und den Satz übernommen hat.

Martin Ulmer

Texteinheiten und Lernziele

Fotoarchiv Ernst Schäll/Museum zur Geschichte von Christen und Juden, Laupheim



Deportation der Laupheimer Jüdinnen und Juden im November 1941

Die Situation der jüdischen Bevölkerung in Württemberg 1933

1933 bildeten 11.000 Jüdinnen und Juden in Württemberg im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (2,6 Millionen) eine kleine Minderheit von 0,4 Prozent. Im preußischen Regierungsbezirk Hohenzollern lag der Anteil mit rund 320 Personen auch bei 0,4 Prozent. Die jüdische Bevölkerung lebte überwiegend in den Städten und einzelnen Landgemeinden. Sie war meist reformorientiert, modern eingestellt und sozial engagiert. Gleichzeitig war sie aufgrund judenfeindlicher Traditionen und antisemitischer Dynamik seit dem Kaiserreich nur teilweise gesellschaftlich integriert.¹

Seit dem 11. Jahrhundert ist jüdisches Leben im Südwesten verbürgt. Im Mittelalter und der Neuzeit erlebten die Jüdinnen und Juden eine wechselvolle Geschichte von Vertreibung und Wiederansiedlung. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, als das Königreich Württemberg entstand, herrschte dort Niederlassungsverbot. Jüdische Familien siedelten als sogenannte Schutzjuden in den Reichsritterschaften in der ländlichen Umgebung und erhielten erst im Zuge der Emanzipation in Württemberg 1864 die gleichen Rechte wie die nichtjüdische Bevölkerung. Aufgrund der Emanzipation und der Industrialisierung setzte rasch die Verstädterung der Jüdinnen

Sozialprofil und Lebenswelt

Es gab 1933 nach vorsichtigen Schätzungen ca. 1.500 Geschäfte – überwiegend kleine und mittelständische Textil- und Viehhandlungen, Zigarren- und Tabakhandlungen –, rund 140 Fabriken, 35 Privatbanken, 120 Rechtsanwälte und Juristen, 150 meist niedergelassene Ärzte und mehrere Hundert sonstige Freiberufler und Angestellte, darunter auch viele Frauen.³

Viele Jüdinnen und Juden waren im 19. Jahrhundert durch Bildungsstreben und die Vorteile des Handelsberufs im Kapitalismus ins Bürgertum aufgestiegen und aufgrund ihres großen Fleißes, der Risikofreude und Weltoffenheit meist wirtschaftlich erfolgreich. Häufig trieben sie moderne Trends voran wie z. B. die Nutzung des Telefons, neue Formen der Werbung (z. B. Inserate in Zeitungen) und kommunale Infrastruktur.⁴ Obwohl ihr Bevölkerungsanteil sehr klein war, trugen sie weit überdurchschnittlich zum Steueraufkommen bei.⁵ Während die Lebenswelt des Landjudentums stärker religiös geprägt war, galt das Stadtjudentum überwiegend als liberal und reformorientiert, d. h. der Glaube wurde eher im Privaten gelebt und die Synagoge wurde vor allem

an hohen Feiertagen besucht. Was jedoch die meisten Jüdinnen und Juden verband, war die traditionelle Wohlfahrtspflege (Zedaka) für Glaubensgenossinnen und -genossen und für viele nichtjüdische Bedürftige sowie ihr Engagement in der ausgeprägten jüdischen Gemeinde- und Vereinskultur.

Wachsender Antisemitismus

Der wachsende Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert hatte jedoch trotz formeller Gleichstellung eine gesellschaftliche Integration der großen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung verhindert. „Wir erfreuen uns besonders auf dem Lande noch eines ungestörten religiösen Friedens; in den größeren Städten Stuttgart, Ulm

und Heilbronn ist die gesellschaftliche Stellung unserer Glaubensgenossen durch antisemitische Gesinnungen vieler Bürger wesentlich getrübt worden“⁶, hieß es 1885 in der liberalen „Allgemeinen Zeitung des Judentums“. Der gesellschaftliche Antisemitismus des Kaiserreichs radikalisierte sich in den 1920er Jahren weiter⁷ und bereitete auch dem Aufstieg der Nationalsozialisten den Boden. Bei der Reichstagswahl im März 1933 erhielt die NSDAP in Württemberg 42 Prozent der Stimmen und zwei weitere antisemitische Parteien, die deutschnationale Bürgerpartei und der Bauernbund, bekamen jeweils über fünf Prozent. Dagegen kamen die republikanischen Kräfte von SPD, Liberalen und Zentrum zusammen gerade einmal auf ein Drittel der Stimmen.⁸



Lithografie von Robert Geissler/Stadtarchiv Stuttgart

Die Alte Synagoge in Stuttgart in der Hospitalstraße wurde 1861 eingeweiht und in der Pogromnacht 1938 zerstört.

und Juden ein. 1933 existierten 24 vorwiegend städtische Gemeinden mit Stuttgart (4.500), Heilbronn (850), Ulm (516), Göppingen (314), Laupheim (235), Bad Mergentheim (196), Ludwigsburg (163), Öhringen (163), Bad Buchau (162), Crailsheim (160), Esslingen (142), Schwäbisch Hall (115), Tübingen (100), Horb (100), Schwäbisch Gmünd (90), Rottweil (84) und Creglingen (73). Nur noch knapp 20 Prozent lebten in jüdischen Landgemeinden wie Rexingen (217), Buttenhausen (89), Baisingen (86), Freudental (50), Mühringen (45), Braunsbach (39) und Affaltrach (19). Die Kleinstädte Haigerloch und Hechingen des preußischen Regierungsbezirks Hohenzollern hatten 213 bzw. 100 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner.²

Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden in Alltag, Schule und Beruf

Die Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden ging ab Frühjahr 1933 Schlag auf Schlag:⁹ Kaufboykotte, Freibadverbot¹⁰ und ein deutlicher Anstieg von gewaltsamen Übergriffen auf jüdische Personen. Während eines Pogroms in Creglingen im März 1933 erschlugen Heilbronner SA-Leute zwei jüdische Kaufleute und misshandelten zahlreiche jüdische Bürger.¹¹

Antisemitismus an Schulen

Für die Kinder und Jugendlichen war die NS-Machtübernahme oft mit brutalen Schikanen verbunden. Zahlreiche Schilderungen belegen den virulenten Antisemitismus an Schulen. So erinnert sich der damals elfjährige Arnold Wochenmark aus Tübingen: „Nach dem Januar 1933 hat es für mich keine Handschläge mehr gegeben. [...] In der Schule [Uhland-Gymnasium] wurde ich angegriffen. Ich wurde mal gepackt, und da war so ein Kieselhaufen, und da hatten sie ein Brett stehen, man hat mich dorthin getragen und die Arme hinter das Brett gebunden, und sie haben gesagt: ‚So habt ihr den Jesus gekreuzigt.‘“¹² Die Lehrkräfte griffen meist nicht ein und eine Reihe von ihnen demütigte jüdische Kinder vor der Klasse.

Staatliche und gesellschaftliche Ausgrenzungen gingen Hand in Hand

Die württembergische NS-Staatsregierung von Reichsstatthalter Wilhelm Murr und Ministerpräsident Christian Mergenthaler betrieb eine Diskriminierungspolitik und

strich z. B. die Zuschüsse für die öffentlichen jüdischen Volksschulen.¹³ Jüdische Beamte und Richter wie etwa der Stuttgarter Amtsrichter Fritz Bauer wurden im Zuge des „Berufsbeamtengesetzes“ vom 7. April 1933 entlassen. Zugleich nahm der neue NS-Staat die 86 jüdischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Württemberg als Vertreterinnen und Vertreter der Weimarer Demokratie ins Visier und begann mit deren systematischer Entrechtung. Berufsverbote galten ab Frühjahr 1933 für zahlreiche jüngere Anwältinnen und Anwälte.¹⁴ Ältere konnten vorerst bis 1935 weiter arbeiten, verloren aber die meisten nicht-jüdischen Mandantinnen und Mandanten. Der Staat entzog den 150 jüdischen Ärztinnen und Ärzten im Juni 1933 mehrheitlich die kassenärztliche Zulassung; Berufsverbände schlossen sie aus, womit ihre Existenzgrundlage erheblich eingeschränkt war.¹⁵ Zahlreiche jüdische Angestellte wurden auf Druck von NS-Betriebsorganisationen entlassen. Die damals 40-jährige Stuttgarter Sozialarbeiterin Emma Weil kämpfte schon ab 1932 vergeblich um eine Stelle beim Städtischen Wohlfahrtsamt Stuttgart und beim Deutschen Roten Kreuz und entschied 1937 resigniert, aus Deutschland zu fliehen, was ihr erst 1939 gelang.¹⁶



Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg F.201 Bl.598

Die Stuttgarter Sozialarbeiterin Emma Weil fand keine Anstellung mehr.

Vier Stufen der Entrechtung

Die NS-Judenpolitik verlief in vier Stufen der Entrechtung. Während die *erste Stufe* von 1933 bis 1935 von gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Ausgrenzung gekennzeichnet war, verschärfte die *zweite Stufe* das Ziel der Isolation. Ab Herbst 1935 wuchs der Druck auf die Jüdinnen und Juden durch die auf dem Nürnberger Reichsparteitag im September beschlossenen „Rassengesetze“. Ab diesem Zeitpunkt waren Ehen und geschlechtliche Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Partnerinnen und Partnern verboten und wurden als „Blut-“ bzw. „Rassenschande“ scharf verfolgt. Auf bestehenden „Mischehen“ lastete ein großer Druck zur Scheidung, ebenso wurde nichtjüdischen Dienstmädchen unter 45 Jahren die Arbeit in jüdischen Haushalten untersagt. Ein bürokratisches Räderwerk, die „Mischlingsgesetzgebung“ bei Kindern aus jüdisch-nichtjüdischen Ehen, führte neben den genannten Maßnahmen und dem Entzug der Reichsbürgerschaft zur massiven Ausgrenzung aller Jüdinnen und Juden sowie „jüdisch Versippten“ aus der deutschen „Volksgemeinschaft“.

Die *dritte Stufe* der Entrechtung mit dem Ziel der wirtschaftlichen Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung beschleunigte sich nach der Überwindung der Weltwirtschaftskrise seit 1936 rapide. Jüdische Unternehmer mussten ihre Firmen vielfach weit unter Wert zwangsweise verkaufen und Jüdinnen und Juden mussten bei ihrer Flucht horrenden Abgaben bezahlen. Die *vierte Stufe* vom Pogromterror im November 1938 über die Ghettoisierung der Jüdinnen und Juden bis zu deren Deportation ab Herbst 1941 zerstörte die jüdische Existenz in Deutschland und endete in der Shoah.

Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Königstein/Düsseldorf 1979; Hermann Graml: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988; Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1990; Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung, München 1998.

Begleitet war die staatliche Ausgrenzung von massiver antijüdischer Propaganda und einer breiten Diskriminierungswelle durch die deutsche „Volksgemeinschaft“, wodurch sich die antijüdischen Maßnahmen immer weiter radikalisierten. Die meisten Vereine führten systematisch „Arierparagrafen“ ein, die Jüdinnen und Juden wurden auf der Straße nicht mehr begrüßt, einzelne auch beschimpft

und angegriffen und häufiger hieß es an einzelnen Orten und Gastlokalen „Juden sind hier unerwünscht“. Die jüdische Bevölkerung war mit der schwerwiegenden Frage konfrontiert, ob sie dem wachsenden Verfolgungsdruck standhalten oder das Land verlassen sollte. Die große Mehrzahl blieb trotz existenzieller Schwierigkeiten noch Jahre in Württemberg und Hohenzollern.

T3

Wirtschaftliche Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung

Der Weltanschauungsantisemitismus der Nationalsozialisten, der 1933 zur Staatsdoktrin wurde, bildete die treibende Kraft bei der wirtschaftlichen und beruflichen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich bis hin zu deren Existenzvernichtung. Zugleich wirkten reichsweit geltende Gesetze wie das „Berufsbeamtengesetz“ vom April 1933 und die „Nürnberger Gesetze“ vom September 1935 als Katalysatoren. Das Zusammenspiel von Agitation, Boykotten, Gewalt und Ausgrenzungsgesetzen radikalisierte die antijüdische Politik immer stärker.

Ziel war zum einen die Entfernung der Jüdinnen und Juden aus Deutschland durch Entzug der Existenzgrundlage. Zum anderen ging es um die „völkische Vermögensumschichtung“ und die Übernahme der Arbeitsstellen, Geschäfte und Kundinnen und Kunden bzw. Klientinnen und Klienten durch die nichtjüdische Konkurrenz. Von 16 Milliarden Reichsmark, die Jüdinnen und Juden in Deutschland besaßen, flossen zwischen 1933 und 1945 zwölf Milliarden an den NS-Staat, in die Wirtschaft und an Privatleute.¹⁷

Der reichsweite Boykott von Geschäften und Rechtsanwaltskanzleien jüdischer Eigentümerinnen und Eigentümer durch die regionalen und lokalen NSDAP-Führer setzte am 1. April 1933 auch in Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Esslingen, Göppingen, Rottweil und anderen Orten in Württemberg ein.¹⁸ Viele Menschen schlossen sich dem Boykott an und es bildeten sich in den Städten große

aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ durch Fernbleiben der Kundschaft ausgegrenzt werden. Die politische Botschaft wurde vielfach verstanden, ein stiller Boykott, Verbote und Schikanen schlossen sich an. Viele Städte und Gemeinden erließen schon früh Verbote von Geschäftskontakten und Handelsverbote für Juden auf Viehmärkten und halfen damit der nichtjüdischen Konkurrenz.

Der lokale Druck von Boykotten und kommunalen Schikanen führte in den ersten Jahren zu zahlreichen Geschäfts-, Praxis- und Kanzleiaufgaben. Nach der Vernichtung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Existenz blieb vielen Jüdinnen und Juden gar kein anderer Weg als zur Flucht. Dann griffen die Devisenstelle Stuttgart und die Finanzämter mit der „Reichsfluchtsteuer“ und anderen Sonderabgaben zu und pressten ihnen hohe Anteile ihres Vermögens für den NS-Staat ab, der damit u. a. die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung finanzierte. Die württembergischen Jüdinnen und Juden mussten 35 Millionen Reichsmark „Judenvermögensabgabe“ und die Emigrierenden zudem 34 Millionen Reichsmark „Reichsfluchtsteuer“ zahlen.¹⁹ Während das Oberfinanzpräsidium, die Devisenstelle Stuttgart und die lokalen Finanzämter die jüdische Bevölkerung mit Sondersteuern schröpften, hatten die Kreisleiter, die Gauleitung und die beiden Gauwirtschaftsberater besonders die lukrativen Firmen und größeren Fabriken im Visier. Bis 1936/37 musste eine größere Zahl von Handelsgeschäften aufgeben, die entweder liquidiert oder an nichtjüdische Personen zwangsweise billig verkauft wurden.

Die mehr als 100 mittelständischen Fabriken, die bis zum Ende der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1930er Jahre verschont wurden, sollten den jüdischen Unternehmern entzogen werden. Die württembergische NSDAP schuf 1936 daher zur Zwangsübernahme eigens die Vermittlungszentrale, eine schwäbische Erfindung, an der die Stadt Stuttgart, das Land und die aufstrebende Wirtschaftsprüfungsfirma Schwäbische Treuhand AG beteiligt waren, um dem Raubzug gegen die jüdischen Industriellen einen scheinlegalen Anstrich zu geben und loyale Parteimitglieder beim Kauf durchzusetzen.²⁰ Dabei drückte sie eine Reihe von NS-Spitzenfunktionären 1938 als neue Besitzer durch und die gleichgeschaltete Württembergische Landessparkasse bewilligte großzügig „Arisierungskredite“. Die jüdischen

Vorbesitzer und ein Teil der Profiteure mussten zudem Gelder an die Deutsche Arbeitsfront und an die Parteidienstung „Wirtschaftsdank“ bezahlen. Die Korruption der NSDAP blühte in Württemberg.



Kaufboykott am 1. April 1933 beim Kaufhaus Wohlwert in Esslingen

Gruppen von Schaulustigen, z. B. in der Königstraße in Stuttgart. Vereinzelt gab es Proteste wie in Ulm und Tübingen. Die Geschäfte und die jüdischen Inhaberinnen und Inhaber wurden öffentlich stigmatisiert und sollten

Didaktischer Zugang

Arbeit im Archiv

Archive sind die „Gedächtnisse der Gesellschaft“. Ihre Aufgabe ist, Schriftgut und Bildmaterial für die Nachwelt aufzubewahren, systematisch zu erschließen und zugänglich zu machen. So bieten sie dem historisch Interessierten den Ort, an dem historische Fragestellungen erforscht werden können. Das zur Fragestellung passende Archivgut wird vom Archivpersonal zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt und der Nutzer findet bei Durchsicht

der Unterlagen im Idealfall Antwort auf seine Fragen. Archive können auch als außerschulische Lernorte dienen. Führungen durch die Räume und Magazine bieten Einblick in die Funktion und Arbeitsweise eines Archivs. Ergänzend zum Schulunterricht bieten sie Schulklassen auch die Möglichkeit, historische Themen mit lokalgeschichtlichem Bezug zu erarbeiten.

Wichtige Schritte bei der Arbeit im Archiv

Vor dem Archivbesuch

- Was interessiert mich? Thema und Fragestellung erarbeiten und eingrenzen. Literatur für den Kontext hinzuziehen.
- Welches Archiv frage ich an? Gibt es dort Unterlagen zu meiner Fragestellung? Eventuell sind Findmittel zur Beständeübersicht auch online recherchierbar.
- Wann ist das Archiv geöffnet? Terminvereinbarung.
- Was brauche ich für meinen Besuch im Archiv? Papier, Bleistift, Laptop, ggf. Digitalkamera.

Beim Archivbesuch

- Formalitäten klären: z. B. Benutzerantrag stellen, Archiv- und Gebührenordnung lesen.
- Findmittel durchsehen und Archivalien bestellen.
- In Rücksprache mit dem Archivpersonal Fragestellungen und weiteres Vorgehen abstimmen: z. B. weitere Besuche planen, weitere Archivalien bestellen.

Arbeiten mit Archivgut

- Vorsichtiger Umgang mit Archivgut: Alte Urkunden nur mit Archivhandschuhen anfassen!
- Ggf. Alphabete der alten Schriften als Lesehilfen verwenden.
- Die gewonnenen Informationen immer mit den jeweiligen Archivsignaturen notieren → Zitierbarkeit!
- Falls möglich: Kopien der wichtigsten Dokumente anfertigen lassen.
- Quellenkritische Analyse der Inhalte.
- Offene Fragen notieren.

Nach Abschluss der Arbeit

- Belegexemplar der fertigen Arbeit an das Archiv senden.

Literaturhinweise:

Thomas Lange: Archivarbeit, in: Ulrich Mayer/Hans-Jürgen Pandel/Gerhard Schneider (Hrsg.): Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2004, S. 446–460.
 Maria Würfel: Erlebniswelt Archiv. Eine archivpädagogische Handreichung, Stuttgart 2000.

Zwangseenteignung der Weinbrennerei Jacobi AG in Stuttgart

Die Brüder Hugo und Hermann Jacobi führten das renommierte Unternehmen. Bereits 1933 verlor Hugo Jacobi auf Druck zweier Nationalsozialisten im Vorstand seine Führungsposition, Ende 1935 dann sein Bruder Hermann, der sofort auswanderte. Ihre Aktienmehrheit konnten beide noch behalten. Im Zusammenspiel bedrohten Gauwirtschaftsberater und Devisenstelle im Frühjahr 1938 Hugo Jacobi massiv. Zollfahndungsbeamte brachten ihn auf die Devisenstelle, um den Verkauf seines Aktienpakets zu erpressen. Alle Versuche, die Wertpapiere ins Ausland zu retten, torpedierten die Gaustellen. Der Devisenstellenleiter Ernst Niemann

und der stellvertretende Gauwirtschaftsberater Friedrich Bernlöhrl wollten dem Stuttgarter NS-Spitzenfunktionär Franz Deyle die Aktienmehrheit zuschanzen. Beide intervenierten im Mai 1939 beim Reichswirtschaftsministerium, das Jacobi anwies, sein Aktienpaket an Deyle weit unter Wert zu verkaufen. Auf Initiative von Niemann und Bernlöhrl wurde Jacobi außerdem in Berlin verhaftet, der daraufhin resigniert seine Aktien verkaufte. Die NS-Direktoren der Landessparkasse gewährten ihrem Parteifreund Deyle einen hohen Kredit, damit er Mehrheitsaktionär werden konnte. Bernlöhrl wurde Aufsichtsratsvorsitzender der Weinbrennerei Franz Deyle. Hugo Jacobi konnte 1940, allerdings mittellos, nach Übersee fliehen. 1947 wurde die Firma an die Brüder Jacobi restituiert.²¹

T4

Pogromnacht 1938 und Massenflucht

In Württemberg und Hohenzollern standen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 insgesamt 18 Synagogen in Flammen. SA- und SS-Verbände zerstörten bei zwölf

Pogromnacht oder aufgrund der KZ-Folter. Viele aus der „Volksgemeinschaft“ schauten dem Terror der Nationalsozialisten mit Sympathie zu. Die Feuerwehr schützte nur die den Synagogen benachbarten Häuser und die Polizei schritt gegen die Brandstifter, Schläger und Plünderer nicht ein. Kaum jemand im Inland protestierte gegen die zügellose Gewalt. Viele Kommunen bereicherten sich durch den Kauf der verwüsteten Synagogengebäude oder -grundstücke weit unter Wert.



Stadtarchiv Ludwigsburg S15/1/Foto: Nicole Beck

Zahlreiche Menschen schauten dem Brand der Synagoge in Ludwigsburg zu.

weiteren Gotteshäusern die Inneneinrichtung. Zahlreiche Geschäfte u. a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Horb und Schwäbisch Hall wurden demoliert und Waren und Schaufensterauslagen geplündert.²² Die Gewalt der Nationalsozialisten machte auch vor Menschen nicht Halt. Sie trieben jüdische Bürger zusammen, demütigten sie und schlugen viele zusammen. In Ulm misshandelten hunderte NS-Anhänger und deren Helfer unter den Augen vieler grölender Schaulustiger die Juden in einem Brunnen vor der brennenden Synagoge. Der NS-Terror schüchtern auch die Bewohnerinnen und Bewohner des jüdischen Landesaltenheims Heilbronn-Sonthem sowie die Kinder und Jugendlichen des jüdischen Waisenhauses in Esslingen ein. Fast 900 Männer verhaftete die Gestapo und verschleppte sie in die Konzentrationslager Dachau und Welzheim. Mehr als 20 Menschen starben in der

Die Pogromnacht war ein Zivilisationsbruch und ein radikaler Einschnitt für die schockierte jüdische Bevölkerung. Ab jetzt ging es nur noch um das nackte Überleben. Die Fluchtzahlen schnellten nun auch in Württemberg massiv in die Höhe. Direkt nach dem Pogrom wurde den Jüdinnen und Juden – bis auf wenige Ausnahmen – jede Gewerbetätigkeit und Arbeit untersagt. Der Heilbronner Arzt Dr. Oskar Moos erinnert sich: „Wir mussten die lieb gewonnene Wohnung [...] verlassen und zogen in die Gustloffstraße 53 mit dem Schild an der Tür: ‚Zugelassen zur Behandlung von Juden‘. Nach [dem] 10. November entschlossen wir uns, Deutschland zu verlassen und Zuflucht bei unseren Kindern in Holland zu suchen.“²³

Die deutschen Jüdinnen und Juden mussten für das Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath eine sogenannte Reichssühneleistung („Judenvermögensabgabe“) von insgesamt über eine Milliarde Reichsmark bezahlen. Diese horrenden Summe diente der völligen Enteignung zugunsten des NS-Staats. Weitere Sonderabgaben folgten. Während sich die Kassen der Finanzbehörden u. a. zur Vorbereitung des geplanten Kriegs füllten, verarmten zahlreiche jüdische Menschen. Diese NS-Ausplünderungspolitik und viele Einwanderungsbeschränkungen in Ländern wie der Schweiz, Palästina oder den USA erschwerten die Flucht ins Ausland. 70 Prozent der Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern konnten bis 1940 nach Palästina, Großbritannien, Frankreich, Holland oder in die Schweiz fliehen.²⁴ Die Emigrantinnen und Emigranten verloren ihre Heimat, sie konnten bis auf Koffer und Gepäck nichts über die Grenze mitnehmen und kamen häufig mittellos an. Viele konnten nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten und mussten

sich mühsam eine neue, oft bescheidene Existenz aufbauen. Alle jüdischen Gemeinden bis auf die Großgemeinde Stuttgart und die beiden hohenzollerischen Gemeinden

Hechingen und Haigerloch waren im Herbst 1939 nach den Zerstörungen der Synagogen und der Massenflucht aufgelöst worden.²⁵

T5

Ghettoisierung und Entrechtung vor den Deportationen

Das Novemberpogrom stellte den Auftakt für die Ghettoisierungspolitik ab 1939 dar, die in die Deportationen ab Ende 1941 mündete. Die staatliche Verfolgung der jüdischen Bevölkerung radikalisierte sich erneut. Antijüdische Gesetze und Erlasse kamen in dichter Folge. Neben der totalen Ausschaltung aus der Wirtschaft durch Gewerbe- und Berufsverbote und den horrenden Sonderabgaben an die Finanzbehörden zielte die Ghettoisierungspolitik auf die systematische Separierung von der nichtjüdischen Gesellschaft und auf die Schwächung und Demütigung der Jüdinnen und Juden. Ab Januar 1939 mussten sie zur Kenntlichmachung die Zwangsnamen Sara und Israel in offiziellen Dokumenten und im Schriftverkehr führen. Im selben Jahr wurde die jüdische Bevölkerung auch in Württemberg in „Judenhäusern“ konzentriert, das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ zwang ab Mai 1939 jüdische Personen, die in Mietshäusern oder -wohnungen von nichtjüdischen Besitzerinnen oder Besitzern wohnten, umzuziehen.²⁶ In Stuttgart mussten 381 Familien mit rund 1.000 Menschen ausziehen und in einem der bereits belegten 290 Häuser, die Jüdinnen oder Juden gehörten, unterkommen.²⁷ Es herrschte drangvolle Enge. Ähnliches ist aus den beiden größeren Städten Heilbronn und Ulm bekannt. In Kleinstädten und auf dem Land trat die Ghettoisierung etwas später ab 1941 auf, wie die Konzentrierung vieler Jüdinnen und Juden aus Württemberg im jüdischen Viertel Haag in Haigerloch oder anderen Orten wie Baisingen, Buttenhausen, Oberdorf am Ipf sowie die Einrichtung von sechs Zwangsaltenheimen in Buttenhausen, Dellmensingen, Eschenau, Herrlingen, Tigerfeld und Weißenstein belegen.²⁸

Mit dem Krieg, der in der NS-Propaganda „den Juden“ angelastet wurde, kam am 1. September 1939 ein Ausgehverbot für die jüdische Bevölkerung in den Nachtstunden hinzu.²⁹ Am 23. September 1939 – es war der jüdische Feiertag Jom Kippur (Versöhnungstag) – erzwang die Gestapo die Abgabe der Radiogeräte. Im Sommer 1940 wurden die Telefonanschlüsse von Jüdinnen und Juden gesperrt.³⁰ Sie erhielten besondere Lebensmittelkarten, für die es nur reduzierte Mengen gab. Außerdem durften sie nur noch in bestimmten Geschäften einkaufen. Auf Druck der Stuttgarter NSDAP und im Zuge der weiteren Radikalisierung wurde ab April 1941 in der Seestraße gegen den Protest der Jüdischen Mittelstelle ein sogenannter Judenladen eingerichtet, der als einziger Einkaufsort den 1.600 Jüdinnen und Juden in Stuttgart übrig blieb.³¹ Rückblickend erinnert sich die damals 18-jährige Hannelore Kahn an die Isolation: „Niemand sprach mit uns [...] Menschen [...] wandten sich im Hass gegen uns. [...] Jeden Tag litten die Juden unter neuen Vorschriften und Verboten: Es gab nun eine Ausgangssperre.“³²

Eine Reihe von Jüdinnen und Juden musste ab Herbst 1939 Zwangsarbeit in kriegswichtigen Bereichen leis-

ten. Die genaue Zahl ist für Württemberg nicht bekannt, Schätzungen gehen von etwa 500 bis 700 Personen aus. In Heilbronn beispielsweise waren mindestens 80 Menschen davon betroffen. Die Familie Henle, die seit November 1939 in einem Heilbronner „Judenhaus“ wohnte, war dort zur Säckeproduktion verpflichtet.³³ Der Viehhändler Elias Schwarz aus Rexingen wurde längere Zeit zu Bahngleis- und Fernmeldearbeiten im Landkreis Horb gezwungen.³⁴

Im Vorfeld der Deportationen aus dem Deutschen Reich schränkte das NS-Regime im September 1941 die wenigen Rechte der Jüdinnen und Juden vollends ein. Ab 15. September war das Tragen des gelben Judensterns, der gut sichtbar an der Kleidung angebracht werden musste, für alle Jüdinnen und Juden, die nicht in einer „Mischehe“ lebten, obligatorisch. Die Stigmatisierung wurde perfektioniert und die jüdische Bevölkerung der Verachtung der „Volksgenossen“ preisgegeben. „Natürlich starteten uns die Leute auf der Straße an, manche fluchten oder beleidigten uns. Es war ein unbeschreibliches Gefühl der Schmach“³⁵, schreibt Hannelore Kahn. Das NS-Reichsverkehrsministerium erlaubte Jüdinnen und Juden das Verlassen des Wohnorts und das Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln nur noch mit polizeilicher Genehmigung. Nachdem ihnen das Autofahren schon seit Dezember 1938 verboten war, kam dieser Erlass einer Festsetzung am Wohnort gleich.

Jüdische Zwangsaltenheime

1941 drängten der NS-Staat und die Partei (württembergisches Innenministerium, Gauleitung, Kreisleiter und Gestapo) auf „judenfreie“ Kommunen: Alte Menschen aus Stuttgart, Heilbronn, Ulm und mehreren Kleinstädten



gemeinfrei/Foto: Rudolf Stricker

Das Gebäude des jüdischen Zwangsaltenheims Eschenau heute

sollten im Vorfeld der Deportationen in von der Jüdischen Kultusvereinigung betriebenen Zwangsaltenheimen in der ländlichen Provinz ghettoisiert werden. In Eschenau bei Heilbronn wurde im leerstehenden Schlossgebäude im Dezember 1941 notdürftig ein überbelegtes und bewachtes Altenheim eingerichtet, das der Besitzer des Schlosses

profitabel zu diesem Zweck vermietete.³⁶ Die 93 Insassinnen und Insassen litten an Kälte, Hunger, Depressionen, das Leben war eintönig und durch viele Verbote extrem eingeschränkt. Zwölf Menschen starben bis zur Räumung im August 1942, als die Bewohnerschaft und das Personal in das KZ Theresienstadt deportiert wurden.

T6 Erste Deportation nach Riga im Dezember 1941

Seit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 stand für die NS-Führung die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden fest. Hitler beauftragte am 31. Juli 1941 den Chef des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), Reinhardt Heydrich, mit der Vorbereitung der „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“.³⁷ Der Stuttgarter Gestapochef Friedrich Mußgay sprach bereits am 10. Juni 1941 in einem Erlass von der „zweifellos kommenden Endlösung der Judenfrage“³⁸. Die regionalen Gestapoleiter waren im Frühsommer 1941 über die Völkermordziele ganz im Bilde. Auch wenn der genaue Ablauf des Massenmords zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig klar war, bekam das Verbrechen im Sommer/Herbst 1941 immer schärfere Konturen: Massentötungen von über 500.000 Männern, Frauen und Kindern in der besetzten Sowjetunion durch SS-Einsatzkommandos, Aufbau von Vernichtungslagern, verschärfte Ghettoisierung in Deutschland und Beginn der Deportationen in die Todeslager.

Zahlreiche NS-Funktionäre wetteiferten auch im Südwesten des Deutschen Reichs um das Prädikat der ersten „judenfreien“ Stadt bzw. des ersten „judenfreien“ Kreises oder Gaus. In Stuttgart wurden zahlreiche „Judenwohnungen“ und jüdische Altenheime geräumt und die Bewohne-

rinnen und Bewohner in Zwangsaltenheime außerhalb der Stadt verbracht oder die Jüdinnen und Juden wurden in den Osten Europas deportiert. Der „nützliche“ Effekt dieser antijüdischen Maßnahmen war die Schaffung von Wohnraum für ausgebombte „Volksgenossen“ und Rüstungsarbeiter sowie Platz für die Einrichtung von Krankenhäusern. Auch bereicherten sich NS-Regime und „Volksgemeinschaft“ am Eigentum und an der zurückgelassenen Habe der jüdischen Bevölkerung. Bei all dem wirkten zahlreiche Behörden, Institutionen und Personen wie Gestapo, SS, kommunale Wohnungsämter, Finanzämter, Landräte und Bürgermeister, Polizisten, Eisenbahnbeamte, Speditionen, Sparkassen und Banken sowie zahllose kleine und große Profiteure arbeitsteilig zusammen. Sie alle waren auch in Württemberg vor Ort in die Shoah involviert.

Ab Herbst 1941 war die systematische Deportation der deutschen Jüdinnen und Juden in die Todeslager im Osten geplant.³⁹ In vielen Fällen wurde die örtliche jüdische Bevölkerung in Osteuropa vor der Ankunft der Deportierten ermordet, um Platz für die neuen Opfer zu schaffen. Zur Vorbereitung der Deportationen hatte das RSHA am 23. Oktober 1941 die Auswanderung von Jüdinnen und Juden während des Kriegs verboten.⁴⁰

Der nationalsozialistische Antisemitismus



Antisemitisches Propagandaplakat in Stuttgart 1943

Der Historiker Saul Friedländer prägte für die antisemitische Weltanschauung des Nationalsozialismus den Begriff „Erlösungsantisemitismus“. Adolf Hitler und die Nationalsozialisten bekämpften Juden als angebliche Todfeinde Deutschlands und der ganzen Welt. In ihrer Vorstellung strebten die Juden nach der Weltherrschaft. Deshalb mussten laut der NS-Ideologie alle Juden in einem Endkampf der deutsch-arischen Rasse gegen die alles zersetzende jüdische Rasse vernichtet werden. Die Nationalsozialisten waren in ihrem antisemitischen Denken und Handeln vollkommen irrational, wahnhaft, besessen und missionarisch. Erst die Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus würde die Welt vom angeblich bösen und gefährlichen Judentum erlösen. Am 30. Januar 1939 kündigte Hitler an: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Hitlers Rede stieß im Reichstag auf stürmischen Beifall.

Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung, München 1998, S. 87ff.; Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2: Untergang, Erster Halbband: 1939–1940, München 1965, S. 1057.

Verlauf der ersten Deportation nach Riga

Die Befehle zur Deportation kamen aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Der Leiter der Gestapo-Zentrale für Württemberg und Hohenzollern, Friedrich Mußgay, gab diese an sein „Judenreferat“ weiter, das in Abstimmung mit ihm regionalspezifische Anweisungen entwarf. Den ersten großen Transport von Stuttgart nach Riga am 1. Dezember 1941 hatte die Gestapo noch als Umsiedlungsaktion in den Osten getarnt.⁴¹ Der seit Herbst 1940 amtierende Leiter der Jüdischen Mittelstelle für Auswanderung (Mittelstelle) als Teil der Jüdischen Kultusvereinigung Württemberg, Alfred Marx, wurde zwölf Tage vorher in die Gestapo-Leitstelle im Hotel Silber zum „Judenreferat“ bestellt, dessen Leiter Hans Koch ihm eröffnete, dass 1.000 Juden unter 65 Jahren in den Osten abgeschoben werden sollten, die von der Mittelstelle ausgewählt werden müssten: „Bis zum nächsten Tage schon hatten wir festzustellen, welche der württembergischen Juden unter die von Koch angegebenen Kategorien fielen“, bezeugte Marx 1948 in seiner Aussage bei der württembergischen Staatsanwaltschaft. Und weiter: „Koch erklärte wiederholt, dass ich und jedes einzelne Mitglied der jüdischen Kultusvereinigung mit dem Kopf für ordnungsgemäße Angaben hafteten und dass etwaige Schiebungen unachtsam geahndet würden. Alles spielte sich in einer Terroratmosphäre ab, von der man sich heute kaum mehr eine Vorstellung machen kann. Wir hatten dann im Anschluss [...] die ganze Nacht über zusammengesessen und sofort die notwendigen Unterlagen schaffen wollen. Das war eine mühselige Arbeit, die mehrere Tage in Anspruch genommen hat“⁴².

Das RSHA hatte die Zahl und den Personenkreis genau vorgeschrieben: Es sollten hauptsächlich jüngere und arbeitsfähige Personen bis 65 Jahre ausgewählt werden. Ausgenommen waren zunächst ältere und kranke Personen, Jüdinnen und Juden, die in einer „privilegierten Mischehe“ lebten, jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, ausländische Staatsangehörige und das Gemeindepersonal. Aufgrund der Altersschichtung – viele Jüngere und Erwachsene mittleren Alters waren bereits geflohen – gab es große Probleme und schwierige Verhandlungen mit dem „Judenreferat“, um die vorgeschriebene Personenzahl zu erreichen. Die Jüdische Kultusvereinigung wurde gezwungen, jeden Einzelnen der von ihr Ausgewählten aufzufordern, sich für die Deportation bereit zu machen: Der Hinweis, Schaufeln, Werkzeuge, Öfen, Küchengeräte, Eimer etc. mitzunehmen, sollte eine Umsiedlungsaktion in ein neu zu errichtendes Ghetto im Osten vortäuschen. Während die württembergische Gestapo, die Landräte, Polizeibehörden und andere Dienststellen das Ziel Riga kannten, wurden die Mittelstelle und die Opfer über den Zielort im Unklaren gelassen.⁴³

Zynischerweise mussten die Kultusvereinigung und die einzelnen Deportierten mit jeweils 60 Reichsmark auch noch die Kosten dieses Unternehmens bezahlen.⁴⁴ Die Landräte und Polizeidirektionen wurden am 18. November 1941 in einem Schreiben des Gestapochefs Mußgay angewiesen, für einen ordnungsgemäßen Ablauf und die

Überwachung der Abschiebungsaktion ins Reichskommissariat Ostland, d. h. nach Riga, zu sorgen: „Im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung gehen zur Zeit laufend Eisenbahntransporte mit je 1.000 Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Reichskommissariat Ostland. Württemberg und Hohenzollern ist daran mit einem Transport von 1.000 Juden beteiligt, der am 1.12.1941 von Stuttgart abgeht.“⁴⁵

Die Staatspolizeileitstelle im Hotel Silber in Stuttgart war das Leitungs- und Steuerungsorgan der Gestapo im Gau Württemberg-Hohenzollern. Sie beauftragte die lokalen Gestapo- und Polizeibehörden, Landräte und Bürgermeister mit der Durchführung und Überwachung der ersten Etappe der Deportation bis zur Abfahrt des ersten Deportationszugs nach Riga. Ab 27. November wurden etwa 1.000 Menschen in drangvoller Enge im Sammellager auf dem Reichsgartenschauland Killesberg konzentriert.⁴⁶

Die Gestapo-Außenstellen organisierten mit der örtlichen Schutz- und Kriminalpolizei den lokalen Beginn der Deportation. In Heilbronn mussten sich 47 bis 53 Menschen am 26. November auf dem Wollhausplatz sammeln und wurden mit Bussen nach Stuttgart gebracht.⁴⁷ In der oberschwäbischen Kleinstadt Laupheim eskortierte die Ortspolizei die Opfer zum Bahnhof Laupheim-West, wo am 28. November der bewachte Zug pünktlich um 10.12 Uhr mit 21 Laupheimer Jüdinnen und Juden und zwei Personen aus Heggbach nach Stuttgart abfuhr. In Laupheim sind dabei seltene Fotos der Deportationen aus Deutschland entstanden.⁴⁸ Für 111 Menschen aus



Fotoarchiv Ernst Schall/Museum zur Geschichte von Christen und Juden, Laupheim

Beginn der Deportation der Jüdinnen und Juden aus Laupheim, November 1941

Haigerloch und elf aus Hechingen bestellte der Landrat Paul Schraermeyer drei Bahnwagen bei der Reichsbahn und gab den beiden Bürgermeistern genaue Anweisungen zum Ablauf wie Sammlung und Bewachung der zu Deportierenden und Beschlagnahmung des Vermögens und der Wohnungen durch das Finanzamt Sigmaringen.⁴⁹

Aus 30 Orten in Württemberg und Hohenzollern waren die Jüdinnen und Juden mit maximal 50 Kilogramm Handgepäck in Begleitung von Polizei- oder Gestapo-Beamten meist in größeren und kleineren Gruppen in bewachten Zügen oder Bussen nach Stuttgart gebracht worden. Diese Deportation geschah wie die zweite große nach Theresienstadt vor den Augen der örtlichen Bevölkerung. Die Wohnungen der Deportierten versiegelten Gestapo und Polizei und ihr gesamtes Vermögen, Geld, Immobilien, Wohnungseinrichtung und Hausrat wurden beschlagnahmt. Unter Androhung schwerster Konsequenzen mussten alle Opfer umfangreiche Verzeichnisse ihres Vermögens, des Kleinbesitzes und des Hausrats ausfüllen, die vor dem Abtransport nach Stuttgart und im Sammellager Killesberg von der Gestapo oder der Polizei genau kontrolliert wurden. Den zurückgelassenen Hausrat ließ die Oberfinanzdirektion teilweise in der Rotebühl-Kaserne im Dezember 1941 versteigern oder er ging an den Stuttgarter Altwarenhändler Max Kaupp, den die Gestapo dafür privilegiert hatte.⁵⁰

Sammellager Killesberg

Im bewachten provisorischen Sammellager Killesberg in der Ehrenhalle des Reichsgartenschaulandes herrschten drangvolle Enge und eine schreckliche Atmosphäre. Die Jüdische Mittelstelle war gezwungen worden, das Lager einzurichten.⁵¹ Bei der Ankunft sorgten entwürdigende Leibesvisitationen für die restlose Ausplünderung des am Körper getragenen Schmucks. Kriminalbeamtinnen, die die Gestapo-Beamten Koch, Gottfried Mauch, Eugen Ott und Alfred Amthor auf dem Killesberg unterstützten, räumten in Vernehmungen nach dem Krieg ein, dass sich die jüdischen Frauen teilweise nackt ausziehen mussten. Überlebende berichteten von Willkür und großer Angst. Geschlafen wurde auf einem Matratzenlager



Stadtarchiv Stuttgart

Kontrollen durch die Gestapo im Sammellager Killesberg, November 1941

in acht Reihen zu 125 Personen. Der Überlebende Victor Marx erinnert sich: „An Schlafen war nicht zu denken, die ganze Nacht hindurch blieb man wach. Von überall her kamen württembergische Juden in dieses Sammellager und es herrschte ein unbeschreibliches Elend.“⁵² Mit dem Transport des größeren Gepäcks zum Nordbahnhof wurde die Stuttgarter Spedition Barr & Moering beauftragt. Die Stadt Stuttgart produzierte einen Propagandafilm über das Sammellager Killesberg.⁵³

In der Nacht zum 1. Dezember wurden die Menschen vom Killesberg zum Nordbahnhof verbracht, wo sie den Sonderzug der Reichsbahn „Da 33“ mit 20 ungeheizten Personenabteilwagen besteigen mussten. Für das Gepäck standen mehrere Güterwagen bereit. Jede der 1.013 Personen hatte eine Transportnummer bekommen.⁵⁴ Es waren hauptsächlich Menschen mittleren Alters unter 65 Jahren, darunter auch viele Familien mit Kindern; das Durchschnittsalter betrug 43 Jahre. Nur 43 Menschen aus diesem Transport überlebten die Shoah.⁵⁵ Der Zug verließ den Nordbahnhof „fahrplanmäßig“ zwischen 8 und 9 Uhr in bewaffneter Begleitung des Leiters des „Judenreferats“ Koch, des langjährigen Gestapo-Beamten Mauch und von zwölf Schutzpolizisten in Richtung Riga im besetzten Lettland.⁵⁶ Beim Grenzübertritt verfiel das noch vorhandene Vermögen der Deportierten vollends dem NS-Staat. Während der dreitägigen Fahrt durften gelegentlich zwei Personen die verschlossenen Wagen zum Wasserholen verlassen. Bei der Ankunft am 4. Dezember am Güterbahnhof Riga erlebten die Jüdinnen und Juden einen brutalen Empfang: „Jeder SS-Mann hatte einen Stock in der Hand, so dass wir dachten, es seien Verwundete. Als wir aber geschlagen wurden, spürten wir gleich am eigenen Leib, daß wir es mit kerngesunden Nazis zu tun hatten“⁵⁷, schrieb Victor Marx 1964.

Sterben im Arbeitslager Jungfernhof und Massenerschießungen

Unter Schlägen mussten die Verschleppten vom Bahnhof Skirotawa eine Stunde zum leerstehenden Jungfernhof bei Riga marschieren. Die SS plante zur Eigenversorgung im Jungfernhof eine Landwirtschaft, die die Jüdinnen und Juden in brutaler Zwangsarbeit betreiben mussten. Das große Gut war in einem desolaten Zustand und für die Unterbringung von mehreren Tausend Menschen völlig ungeeignet. Im Konzentrations- und Arbeitslager Jungfernhof warteten bereits im Winter 1941/42 der Tod durch eisige Kälte, Krankheit, Hunger, schlimmste Sklavenarbeit, grausame SS-Männer und willkürliche Morde. Die Überlebende Sofi Billig schildert ihre Eindrücke: „Die Frauen waren in baufälligen Scheunen und Viehställen untergebracht. Die Männer in einer riesengroßen Wellblechhütte. [...] Die Temperatur war innerhalb der Scheune zwischen minus 30–40 Grad [...] In dieser Baracke lagen 2.500–3.000 Menschen. Täglich erforderte eine größere Anzahl [...] Jeden Morgen fragte der SS-Lagerkommandant Seck: Wieviel Tote habt ihr? Ganz gleich welche Zahl genannt wurde, darauf die Antwort: Viel zu wenig!“⁵⁸ Wer von den aus Württemberg Deportierten bis zum Frühjahr 1942 an diesen Haftbedingungen nicht verstarb, wurde

Fotografien als Quelle

Seit der Erfindung der Fotografie Mitte des 19. Jahrhunderts gelten Fotos als Medium der Moderne und wichtige Quelle für die Geschichte mit großem dokumentarischem Wert. Aufnahmen erscheinen als Abbildung von Ereignissen oder Lebensverhältnissen der Vergangenheit. Tatsächlich hält die Fotografin oder der Fotograf mit der Kamera aber in einem bestimmten Blickwinkel und Ausschnitt nur einen kurzen Augenblick fest, dessen Vorgeschichte oder genaue Umstände wir häufig ebenso wenig kennen wie

die dahinterstehenden Absichten. Ist das Foto zufällig entstanden oder wurde es in Auftrag gegeben? Wurde eine Szene nachgestellt, weil Fotografieren aufwändig und kostspielig war? Wurde die Aufnahme nachträglich bearbeitet, um Details zu ändern? Auch angesichts der Möglichkeiten digitaler Bildbearbeitung in der Gegenwart muss man ein Foto als Quelle kritisch betrachten, analysieren, ggf. zusätzliche Informationen recherchieren und abschließend den Quellenwert beurteilen.

Wichtige Schritte bei der Arbeit mit Fotos

Formale Merkmale und Thema

- Wer ist die Fotografin oder der Fotograf?
- Wann, wo, aus welchem Anlass wurde das Foto gemacht?
- Wann, wo, von wem, unter welchem Titel wurde das Foto veröffentlicht?
- Was ist das Thema des Fotos?

Beschreibung

- Welche Gebäude, Gegenstände, Personen und/oder Tätigkeiten sind abgebildet?
- Wie ist das Foto gestaltet (z. B. Bildaufteilung, Perspektive, Farben, Lichtverhältnisse)?
- Welche technischen Bearbeitungen sind zu erkennen (z. B. Schnappschuss, professionelle Fotografie, Ausschnitt, Retusche, Fotomontage/Collage)?
- Besitzt das Foto eine Bildunterschrift oder Anmerkungen?

Einordnung in den historischen Kontext

- In welche politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zusammenhänge kann man das Foto einordnen?
- Welche weiteren Fotos/Quellen können im Vergleich herangezogen werden?
- Welches Interesse verfolgt die Fotografin bzw. der Fotograf oder die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber? Mit welcher Zielsetzung wurde das Foto veröffentlicht?

Interpretation und Bewertung

- Was ist die Aussage des Fotos?
- Wie wirkt das Foto in seinem jeweiligen historischen Kontext auf die Betrachterinnen und Betrachter?
- Welche Bedeutung kommt dem Foto im historischen Kontext zu?
- Wie wirkt das Foto auf heutige Betrachterinnen und Betrachter? Wie ist es aus heutiger Sicht zu bewerten (z. B. politisch, gesellschaftlich, persönlich)?

Literaturhinweise:

Christoph Hamann: Fotografien im Geschichtsunterricht. Visual History als didaktisches Konzept, Frankfurt a. M. 2019.
 Gerhard Paul: Das visuelle Zeitalter. Punkt und Pixel, Göttingen 2016.
 Michael Sauer: Bilder im Geschichtsunterricht. Typen, Interpretationsmethoden, Unterrichtsverfahren, Seelze-Velber
 32007, hier S. 160–176.

vom Kommandanten Rudolf Seck selektiert: Die jüngeren Arbeitsfähigen mussten weiter unter menschenverachtenden Bedingungen für die SS schuften. Der größere Teil der Deportierten, die Seck als nicht arbeitsfähig ein-

stufte – darunter alle Kinder –, wurde am 26. März 1942 von deutschen SS- und Polizeiverbänden und lettischen Hilfspolizisten im Wald von Biķernieki erschossen und in vorbereiteten Massengräbern verscharrt.⁵⁹

Zweite große Deportation ins KZ Theresienstadt im August 1942

Am 20. Januar 1942 trafen sich NS-Spitzenbeamte bei der Wannseekonferenz, um die Ermordung aller europäischen Juden zu besprechen und logistisch zu planen. Zu diesem Zeitpunkt war die Shoah bereits im Gange. Täglich wurden Tausende Menschen durch Massenerschießungen in Osteuropa und Jugoslawien ermordet. Zahlreiche Züge aus dem besetzten Europa und dem „Großdeutschen Reich“ erreichten die inzwischen erbauten deutschen Vernichtungslager Auschwitz, Belzec, Chelmino, Majdanek, Treblinka und Sobibor. Noch an der Bahnrampe selektierte die SS die Ankommenden in eine kleinere Gruppe von Arbeitsfähigen, die durch Zwangsarbeit zugrunde gehen sollten, und in eine größere Gruppe von Frauen, Kindern, Älteren und Kranken, die sofort in den Gaskammern umgebracht wurden.

Nach der zweiten großen Deportation vorwiegend alter und kranker Menschen am 22. August 1942 in das KZ Theresienstadt war Württemberg fast „judenfrei“. Gestapochef Mußgay hatte in seinem unerbittlichen Erlass angeordnet, dass alle kranken und gebrechlichen Menschen ohne jede Ausnahme deportiert werden müssten und die lokalen Behörden rechtzeitig Krankentransporte nach Stuttgart zu organisieren hätten.⁶⁰ Um dies durchzusetzen, stellte die Gestapo die Listen mit 1.078 Menschen selbst zusammen, ohne die Jüdische Mittelstelle einzubeziehen. Darunter waren auch 160 Jüdinnen und Juden aus Baden. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und die regionalen Gestapobehörden agierten mit drakonischer Härte für ein „judenfreies“ Deutschland. In den Tagen vor der Deportation in das KZ Theresienstadt entzogen sich eine Reihe der zur Deportation bestimmten Menschen u. a. aus Stuttgart, Tübingen, Eschenau und Buttenhausen den drohenden Qualen durch Selbsttötung.

Die Züge zum Sammellager Killesberg fuhren am 19. August 1942 von Baisingen, Laupheim, Ulm, Dellmensingen, Oberstotzingen, Haigerloch, Tübingen, Tigerfeld, Rexingen, Eschenau, Heilbronn und Oberdorf mit insgesamt 420 Menschen.⁶¹ Hinzu kamen etwa 500 Stuttgarter Jüdinnen und Juden. Exemplarisch soll hier die Räumung des jüdischen Zwangsaltenheims Eschenau bei Heilbronn geschildert werden: Der Sonderzug der Reichsbahn ging um 10.17 Uhr vom Bahnhof Eschenau über Heilbronn nach Stuttgart. Zuvor hatten 82 Heimbewohnerinnen und -bewohner und ihr Betreuungspersonal zu Fuß zum Bahnhof gehen müssen. Gebrechliche wurden in einem Fuhrwerk gefahren. Einige Eschenauerinnen und Eschenauer beobachteten still das Geschehen. Der Dorfpolizist Christian Koch trieb die Hochbetagten an und beschimpfte sie am Bahnhof als „Saujuden“. Zuvor hatte Koch im Beisein des Eschenauer Bürgermeisters Gottlob Winter die Verschleppten einer scharfen Gepäckkontrolle unterzogen.

Sie durften nur einen Koffer mit Bekleidung, Bettzeug, Essgeschirr und Verpflegung für wenige Tage mitnehmen. Zurück blieben der beschlagnahmte Hausrat, Möbel, Kleidung, die restlichen Wertgegenstände, Schmuck und Bargeld, an dem sich Polizisten, aber auch viele Menschen aus Eschenau und Umgebung sowie der NS-Staat bereicherten.⁶²

Im Sammellager Killesberg spielten sich nach Zeitzeugenberichten schlimme Szenen ab: Leibbesquisitionen, Diebstahl von persönlichen Gegenständen durch die Gestapo, Androhung von Erschießung bei Verlassen des Sammel-lagers, Schlafen auf Stühlen statt Betten. Auch wurden falsche Erzählungen über ein angeblich schönes Theresienstadt verbreitet. Acht Menschen starben im Sammellager, zwölf wurden sterbend zurückgelassen, wie die überlebende Krankenschwester Resi Weglein aus Ulm schreibt.⁶³ In der Nacht zum Samstag, dem 22. August, – und damit an Shabbat zur weiteren Demütigung – wurden die Inhaftierten zum Nordbahnhof gebracht.⁶⁴ Der aus 25 Personenwagen der Klasse 3 und mehreren Gepäckwagen bestehende Sonderzug „Da 505“ startete am frühen Morgen in das 400 Kilometer entfernte KZ Theresienstadt. Zwei Sachbearbeiter des „Judenreferats“, Walter Becker und Alfred Amthor, sowie zwölf Schutzpolizisten eskortierten den Transport.⁶⁵ Zurück blieben die jüdischen Partnerinnen und Partner von „Mischehen“, ausländische Jüdinnen und Juden, die jüdischen Gemeindevertreter und einige Untergetauchte. In Württemberg lebten nach der Deportation noch etwa 350 Jüdinnen und Juden.

Ankunft in Theresienstadt

In dieser Ghettostadt mit Dutzenden Kasernen aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia aus dem Hause Habsburg herrschten drangvolle Enge, katastrophale Hygiene, verheerende Schlafbedingungen, Hunger, Kälte, Krankheit und Seuchen.⁶⁶ Das KZ Theresienstadt diente der gezielten Dezimierung der Schwachen und als Durchgangslager in die Vernichtungslager. 1944 war Theresienstadt auch Schauplatz der NS-Propaganda zur Täuschung der Weltöffentlichkeit, indem die Lagerstadt für den Besuch des Internationalen Roten Kreuzes als Vorzeigelager angeblich umgesiedelter und zufriedener Jüdinnen und Juden präsentiert wurde.

Die Ankunft in dem im August 1942 vollkommen überbelegten „Altersghetto“ der Festungsstadt war für viele ein Schock. Viele von ihnen hatten eine Stunde vom Bahnhof ins Ghetto zu Fuß gehen müssen, angetrieben und schikaniert von deutschen und tschechischen Wachmannschaften mit Schäferhunden. Etwa 35 bis 40

gebrechliche Menschen aus dem Stuttgarter Deportationszug wurden auf LKWs verladen, die mit rasendem Tempo ins KZ fuhren. Dabei kam es zu einem schweren Unfall mit mehreren Toten und zahlreichen Verletzten.⁶⁷ Vor Ort bot sich den Deportierten ein von den Versprechungen völlig abweichendes, schockierendes Bild. Heimeinkaufsverträge hatten die Hoffnung geweckt, dort in einem Zimmer eines Altenheims in Ruhe und Würde den Lebensabend verbringen zu dürfen. Doch anstatt die bezahlten Leistungen zu erhalten, wurden die teuren Heimeinkaufsverträge von teilweise über 10.000 Reichsmark von der Gestapo beschlagnahmt. Basis dafür war die Einziehung des Vermögens von „Staatsfeinden“.⁶⁸

Rasches Sterben

Im August 1942 war das Lager durch neu ankommende Transporte aus dem Deutschen Reich extrem überbelegt. Die alten Menschen mussten nach Geschlechtern getrennt auf dem Dachboden der Dresdner und Hannover-Kaserne auf dem nackten Fußboden schlafen.⁶⁹ Die Frauen und Ehepaare waren in der Dresdner Kaserne untergebracht. Die Toiletten waren in den unteren Stockwerken und für viele nicht erreichbar, was die Bedingungen zusätzlich verschlimmerte: „Es gab zu dieser Zeit [...] nicht mal Eimer und Putztücher“, erinnerte sich die Leiterin der früheren Altenheime Sontheim und Eschenau, Johanna Gottschalk, „so war es für das Pflegepersonal sehr schwer, den Dachboden sauber zu halten. Die alten Leute erkrankten fast alle [...] und es starben in den ersten Wochen täglich zwischen 180 und 200 Menschen.“⁷⁰ Die Menschen bekamen durchschnittlich nur 400 bis 600 Kalorien pro Tag in Form von Tee, Wassersuppe und abwechselnd Kartoffeln oder einem Gebäckstück. Läuse, Flöhe und Ratten setzten den Ghettobewohnerinnen und -bewohnern zu und verbreite-



Fotograf unbekannt/Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn F001N-198801778

Die Leiterin des früheren jüdischen Altenheims Heilbronn-Sontheim und des Zwangsaltenheims Eschenau, Johanna Gottschalk, war mit den deportierten Altenheimbewohnerinnen und -bewohnern im KZ Theresienstadt inhaftiert.

ten Seuchen. Zwar gab es genügend medizinisches Personal, doch fehlte es an den nötigen Medikamenten.⁷¹ Die ständige Unsicherheit, für die nächste Todesfahrt in die Vernichtungslager ausgewählt zu werden, war zermürbend. Die SS setzte auch im „Altersghetto“ auf gezielte Tötung: Bis Oktober 1942 wurden rund 23 Prozent der aus Stuttgart deportierten Jüdinnen und Juden in Theresienstadt und in den Vernichtungslagern Maly Trostinez (Weißrussland) und Treblinka ermordet. Beispielsweise starben aufgrund der katastrophalen Haftbedingungen 34 ehemalige Heimbewohnerinnen und -bewohner von Eschenau in den ersten Wochen nach der Ankunft, weitere elf zwischen Oktober und Dezember 1942.⁷² Am 23. September ging ein Transport nach Maly Trostinez und Ende September 1942 folgten zwei Transporte nach Treblinka. Das Gemeindepersonal wie Krankenschwestern und Köche überlebte Theresienstadt, weil sie durch ihr jüngeres Alter und ihre relevante Tätigkeit bessere Überlebenschancen hatten. Nur 48 der mehr als 1.000 Deportierten erlebten am 9. Mai 1945 ihre Befreiung.

Radikalisierung bei den kleineren Deportationen 1942 bis 1945

In den Jahren 1942 und 1943 waren die Massendeportationen aus dem Deutschen Reich und dem besetzten Europa auf dem Höhepunkt. Württemberg und Hohenzollern sollten laut NSDAP-Gauleitung und Gestapo völlig „judenfrei“ werden, und aufgrund ideologischer Härte wurde jetzt keine Rücksicht mehr auf Ausnahmeregelungen und ab 1944 auch die nationalsozialistischen „Mischlingsgesetze“ genommen. Vor dem zweiten großen Transport im August 1942 nach Theresienstadt organisierte die Gestapo im April und Juli 1942 bereits zwei kleinere Deportationen.

Am 25. März 1942 hieß es in einem Erlass der Gestapo-Leitstelle Stuttgart an die Landräte und Polizeidirektoren, dass die begonnene Umsiedlungsaktion von Juden nach dem Osten den „Beginn der Endlösung der Judenfrage“ in Deutschland darstelle.⁷³ Wie für die Deportation nach Riga waren auch für die Aktion im April Personen unter 65 Jahren und alle noch in Württemberg lebenden Kinder und Jugendlichen vorgesehen. Ab dieser Deportation legte die Gestapo der Jüdischen Mittelstelle bereits genaue

Listen mit einzelnen Namen vor. Im April musste die Mittelstelle 273 Betroffene informieren. Im Gegensatz zur ersten Deportation nach Riga durfte nur ein Rucksack oder Koffer mitgenommen werden und kein größeres Gepäck, Öfen oder Schaufeln. Dies war ein Indiz, dass der Transport nicht in ein Arbeitslager, sondern in ein Todeslager ging. Die zu deportierenden Personen wurden zwei Tage vor dem Transport am 26. April 1942 auf dem Killesberg in der „Ländlichen Gaststätte“ konzentriert.⁷⁴ Sie kamen – wie schon bei der Deportation nach Riga – aus fast allen Kommunen, in denen bis 1939 jüdische Gemeinden bestanden hatten. Hinzu kamen 74 Jüdinnen und Juden aus Baden sowie weitere aus der Pfalz, Trier und Luxemburg.⁷⁵ Dieser Transport mit insgesamt 441 Menschen startete am 26. April 1942 vom Nordbahnhof mit der Sonderzugnummer „Da 56“ und kam nach dreitägiger Fahrt mit Zwischenstopp in Lublin-Majdanek im ostpolnischen Izbica an.⁷⁶ Begleiter waren Koch und Amthor mit einigen Polizisten. Der neue Leiter des „Judenreferats“, Eugen Krause, beaufsichtigte die Deportation.⁷⁷

Izbica war aufgrund des Eisenbahnknotenpunkts ein Transitghetto in die Vernichtungslager. Im April 1942 war es mit 14.000 Deportierten aus Deutschland, Österreich, Luxemburg, Böhmen und Mähren völlig überfüllt. Es gab keine sanitären Anlagen, kaum Lebensmittel, die wenigen dort befindlichen Steinhäuser waren hoffnungslos überbelegt, viele mussten trotz Kälte im Freien schlafen. Tödliche Krankheiten wie Typhus bedrohten alle.⁷⁸ Wer dort nicht an den Haftbedingungen verstarb, wurde 1942 weiter deportiert. Die noch lebenden Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern wurden von der SS in mehreren Transporten in die Vernichtungslager Belzec und Majdanek verschleppt und dort ermordet. Von den 273 Menschen aus Württemberg und Hohenzollern überlebte niemand.⁷⁹

Die für Juni vorgesehene kleinere Deportation verzögerte sich infolge kriegsbedingter Verkehrsprobleme um einige Wochen, wie Krause den Landräten mitteilte.⁸⁰ Sie ging am 13. Juli 1942 nach Auschwitz und umfasste etwa 49 Menschen, darunter mehrere Kinder und Jugendliche sowie eine Reihe alter und kranker Menschen, u. a. acht Personen aus der Pflegeanstalt Heggbach im Landkreis Biberach. Beamte der Gestapo-Zentrale Stuttgart holten die wenigen Personen aus dem Kreis am 11. Juli mit dem LKW ab.⁸¹ Die Menschen wurden in den Gemeinderäumen der Jüdischen Kultusvereinigung in der Stuttgarter Hospitalstraße gesammelt, die bei den kleineren Deportationen 1942 und 1943 als Sammellager diente. In Tübingen gelang es dem Polizeichef Friedrich Bücheler mit Attesten die drei vorgesehenen Opfer wiederholt wegen Transportunfähigkeit zurückzustellen.⁸² Den meisten half jedoch niemand. Ein Mann aus Leutkirch schnitt sich im Gemeindezentrum die Pulsadern auf und kam schwerverletzt in ein Stuttgarter Krankenhaus. Nachdem seine Frau und Tochter am 13. Juli nach Auschwitz

deportiert worden waren, erhängte er sich in der Gestapohaft. Auch die verzweifelte Mutter eines zweimonatigen Kindes tötete sich auf der Fahrt.⁸³ Der kleine Sonderzug aus Stuttgart wurde in Chemnitz einem größeren Transportzug angeschlossen, der die Opfer direkt nach Auschwitz-Birkenau in den Tod fuhr.

Aufgrund der unbedingten antisemitischen Weltanschauung des Nationalsozialismus und des Kriegsverlaufs steigerte die Gestapo nochmals den ohnehin hohen Verfolgungsdruck auf alle noch etwa 350 in Württemberg lebenden Jüdinnen und Juden, d. h. jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter, die Beschäftigten der Jüdischen Kultusvereinigung und in „privilegierten Mischehen“ lebenden jüdischen Partnerinnen und Partner. Diese Gruppen waren von den Deportationen aus funktionalen Gründen bisher noch verschont geblieben.

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und die Gestapo verhafteten Ende Februar 1943 nach der Sportpalastrede von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels zum „Totalen Krieg“ teilweise von der Straße oder vom Arbeitsplatz weg 27 Personen, die am 1. März nach Auschwitz deportiert wurden. Der einzige Überlebende dieser Deportation, der Stuttgarter Eier- und Geflügelhändler Chaskel Schlüsselberg, schilderte den Transport im geschlossenen Schnellzug nach Trier in Begleitung der Gestapobeamten Ott und Amthor und deren antisemitische Äußerungen.⁸⁴ Von Trier ging dann ein großer Deportationszug mit 1.000 Menschen, die in sieben Personenwaggons zusammengedrückt und ohne Verpflegung und Toilette waren, in zwei Tagen nach Auschwitz. Fast alle wurden ermordet.

In rascher Folge schlossen sich vier kleine Deportationen aus Stuttgart an: Am 16. April 1943 erfolgte der Transport von 20 Menschen nach Theresienstadt. Der Gestapobeamte Hermann Mozer bewachte den Zug. Zuvor hatten der Rabbiner Josef Wochenmark und seine Frau Bella am 8. März versucht, sich das Leben zu nehmen.⁸⁵ Während Josef in Stuttgart starb, wurde Bella ins KZ Theresienstadt deportiert und im Oktober 1944 in Auschwitz getötet. Am 17. Juni gingen parallel zwei kleine Transporte vom Gemeindezentrum weg: Einmal neun Menschen nach Theresienstadt, darunter waren Mitglieder der direkt zuvor zwangsaufgelösten Jüdischen Kultusvereinigung Württem-

Foto: Willi Moegle/Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart



In der „Ländlichen Gaststätte“ auf dem Killesberg wurden 440 Menschen interniert, bevor sie vom Stuttgarter Nordbahnhof in das Transitghetto Izbica in Ostpolen deportiert wurden.

berg, und ein zweiter Transport mit 13 Personen nach Auschwitz.⁸⁶ Mit welchem ideologischen Eifer und organisatorischen Aufwand die Gestapo die Deportationen zu Ende führte, zeigte sich im September 1943, als sie zwei jüdische Witwen aus Calw und Friedrichshafen, die vormals in einer „privilegierten Mischehe“ gelebt hatten, von einer Kripobeamtin und einem Gestapo-Angehörigen in einem Sonderabteil nach Auschwitz bringen ließ.⁸⁷

Eine weitere Radikalisierung stellte die Entscheidung des RSHA dar, ab 1944 alle jüdischen Partnerinnen und Partner einer „privilegierten Mischehe“ zu deportieren. Aufgrund der Ehe mit einem nichtjüdischen Partner oder Partnerin waren sie bis dahin von den Deportationen ausgenommen und mussten keinen Judenstern tragen. Sie wurden jedoch von der Gestapo überwacht. Im Januar 1944 kamen erstmals die Jüdinnen und Juden an die Reihe, deren Ehen mit nichtjüdischen Personen durch Tod oder Trennung nicht mehr bestanden. 35 Menschen befahl die Gestapo ins Hotel Silber; nach kurzer Abholung ihrer persönlichen Sachen wurden sie nach Theresienstadt gebracht. Der Gestapobeamte Mozer hat diese Depor-

tion begleitet und wurde von den Sachbearbeitern Ott und Amthor organisatorisch unterstützt. 29 Menschen konnten überleben.⁸⁸

Am 30. November 1944 deportierte die Gestapo eine unbekannte Zahl von Jüdinnen und Juden aus „privilegierten Mischehen“ in das Durchgangslager Bietigheim. Von dort wurden sie in ein Arbeitslager bei Wolfenbüttel gebracht, wo alle schließlich das Kriegsende und ihre Befreiung erlebten.⁸⁹

Der letzte Transport am 12. Februar 1945 galt 58 in „Mischehe“ lebenden jüdischen Partnerinnen und Partnern. Die Gestapo bestellte sie in das Durchgangslager Bietigheim.⁹⁰ Am 12. Februar fuhr der Zug in viertägiger Fahrt ohne Verpflegung zum Arbeitseinsatz nach Theresienstadt. Dabei waren auch der frühere Leiter der Mittelstelle Alfred Marx und der Mitarbeiter Albert Schloss. Dieser berichtete von schlechter Massenunterbringung, miserabler Verpflegung und Zwangsarbeit.⁹¹ Der Gestapobeamte Mozer bewachte den Deportationszug mit vier Schutzpolizisten. Aufgrund des baldigen Kriegsendes konnten 55 der Deportierten überleben.

T9

Die Todeslager im Osten

Das Lagersystem des nationalsozialistischen Deutschland war komplex und hatte unterschiedliche Ausprägungen. Neben größeren Konzentrationslagern, zahlreichen KZ-Außenlagern und Arbeitslagern für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gab es auch Ghettos und spezifische Vernichtungslager. Sie wurden von den Nationalsozialisten vor allem im Osten Europas errichtet. Ziel war die Ausbeutung und Vernichtung durch brutale und unmenschliche Haft- und Arbeitsbedingungen sowie der Massenmord durch Erschießen oder durch Giftgas in Gaskammern und Gaswagen. Die deportierten Jüdinnen und Juden wurden systematisch ermordet.

Ghetto Riga und Konzentrations- und Arbeitslager Jungfernhof

Das Ghetto Riga war Anfang Dezember 1941 das ursprüngliche Ziel der ersten Deportation aus Stuttgart. Die Wehrmacht richtete im Juli 1941 ein abgeriegeltes Ghetto in der Moskauer Vorstadt von Riga mit fast 30.000 jüdischen Arbeitskräften ein.⁹² Ein Großteil von ihnen wurde am 30. November und am 8./9. Dezember von lettischer SS unter Aufsicht deutscher SS im Wald von Rumbula erschossen, um Platz für neue Deportierte zu schaffen. 25.000 Verschleppte aus Deutschland, Österreich sowie Böhmen und Mähren sollten ins Ghetto kommen, das aber zu wenig Platz bot. Auf Befehl des aus Tübingen stammenden Leiters der Einsatzgruppe A, Walter Stahlecker, wurden daher 4.000 Jüdinnen und Juden, darunter alle Stuttgarter Deportierten, in dem leerstehenden Jungfernhof bei Riga notdürftig zur Zwangsarbeit untergebracht. Im Lager Jungfernhof herrschten aufgrund von Kälte, Hunger, Überbelegung, Typhus und anderer schwerer

Krankheiten lebensfeindliche Umstände. Geschwächte wurden erschossen. Der Kommandant, SS-Oberscharführer Rudolf Seck, setzte ganz auf Vernichtung durch Arbeit. Im März 1942 wurden 1.900 Menschen, die arbeitsunfähig waren, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, unter dem Vorwand, in Dünamünde zu leichter Arbeit bei der Fischverarbeitung eingesetzt zu werden, im Wald von Biķernieki erschossen. Darunter war auch die Mehrzahl



Ghetto Riga

der Deportierten aus Württemberg. Zum Ghetto kam im Sommer 1942 das KZ Riga-Kaiserwald hinzu, in dem die Inhaftierten Zwangsarbeit für Wehrmachtsausrüstungen und Bekleidung leisten mussten. Immer wieder wurden Kranke nach Auschwitz deportiert. Ab Sommer 1944 räumte die SS die Lager vor den anrückenden sowjetischen Truppen. Der Kommandant Seck wurde nach Kriegsende von den Briten interniert und vom Landgericht Hamburg wegen der Selektionen zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt.

KZ Theresienstadt: „Altersghetto“, Transitlager und Propagandaprojekt

Das KZ Theresienstadt – 70 Kilometer nördlich von Prag – wurde von der SS im November 1941 für jüdische Gefangene aus Böhmen und Mähren in der alten Garnisonsstadt eingerichtet und im Frühjahr 1942 zum „Altersghetto“ für alte und prominente Jüdinnen und Juden sowie als Transitlager zu den Vernichtungsstätten ausgebaut. Vor allem deutsche Jüdinnen und Juden hatten teure Heimkaufverträge abgeschlossen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben als in anderen Lagern. Stattdessen erwarteten sie im Ghetto überfüllte Unterkünfte, Schlafen ohne Matratzen auf den Fußböden der Kasernen, zu wenig Sanitäreinrichtungen, Hunger, Seuchen und Krankheiten und kaum Medikamente. Auf einer Fläche von 115.000 Quadratmetern lebten im August 1942 53.000 Menschen.⁹³ Die drei aufeinanderfolgenden Lagerkommandanten Siegfried Seidl, Anton Burger und Karl Rahm agierten brutal und rücksichtslos. Durchschnittlich starben in Theresienstadt jeden Tag 100 Menschen. Regelmäßig kamen zwischen 1943 und 1945 auch kleinere Deportationszüge aus dem Deutschen Reich an. Wer die Bedingungen überlebte und keine relevante Tätigkeit im Ghetto hatte, kam in die Vernichtungslager Treblinka, Auschwitz und Maly Trostinez (Weißrussland). Die innere Verwaltung des Ghettos Theresienstadt wurde dem jüdischen Ältestenrat aufgezogen, also die Organisation der Arbeit, die Zuteilung der Lebensmittel, die Aufsicht über die medizinische Versorgung und die Bildung und Erziehung in den Jugendheimen. Auch ein kulturelles Angebot mit Theater, Oper, Orchester und Vorträgen gab es. Die SS zwang jedoch den Ältestenrat, Listen der weiter in die Vernichtungslager zu Deportierenden zusammenzustellen. Theresienstadt diente den NS-Machthabern nach außen auch als Vorzeigelager gegenüber der Weltöffentlichkeit. Auch das Internationale Rote Kreuz schenkte beim Inspektionsbesuch 1944 der Propaganda Glauben und ließ sich von der schnell errichteten Fassade eines normalen Siedlungslebens täuschen. Nach der Flucht des SS-Wachpersonals stand das Lager im Mai 1945 wenige Tage unter dem Schutz des Roten Kreuzes und am 9. Mai befreite die Rote Armee das Lager. Von 140.000 jüdischen Opfern vorwiegend aus Deutschland und der Tschechoslowakei überlebten nur 19.000.⁹⁴ 88.000 wurden in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet, rund 33.000 starben in Theresienstadt.

Transitghetto Izbica: Vorhof der Vernichtungslager

Izbica in Ostpolen diente durch seinen verkehrsgünstigen Bahnknotenpunkt als Durchgangsghetto in die Vernichtungslager.⁹⁵ 1941 lebten etwa 5.000 einheimische Jüdinnen und Juden und 2.000 Deportierte in der Kleinstadt. Anfang 1942 legten die SS-Führer im Generalgouvernement Izbica als Haupttransitlager für Deportierte aus Deutschland, Österreich, Luxemburg, Böhmen und Mähren fest. Im April 1942 war es mit 14.000 Menschen völlig überfüllt. Zuvor waren 2.200 polnische Jüdinnen und Juden im Vernichtungslager Belzec ermordet worden. Im Ghetto Izbica gab es keine sanitären Anlagen, kaum Lebensmittel, die Häuser waren völlig überbelegt,

viele mussten trotz Kälte im Freien schlafen. Tödliche Krankheiten wie Typhus grassierten. Im Sommer und Herbst gingen mehrere Deportationszüge in die Vernichtungslager Belzec, Majdanek und Sobibor. Im April 1943 wurde das Ghetto endgültig aufgelöst und die 300 noch lebenden polnischen Jüdinnen und Juden im Vernichtungslager Sobibor getötet. 26.000 Personen aus Polen, Mittel- und Westeuropa befanden sich zeitweise in Izbica, davon starben etwa 3.000 Personen vor Ort.

Vernichtungslager Treblinka

Die SS errichtete im Juli 1942 im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ das Vernichtungslager Treblinka im Nordosten Polens. 870.000 Jüdinnen und Juden wurden bis zur Auflösung im Herbst 1943 direkt nach der Ankunft durch Gas oder Erschießen ermordet. Die meisten Opfer stammten aus Polen, aber es waren auch 8.000 Personen aus Theresienstadt darunter. Etwa 20 bis 30 SS-Männer, die zuvor in Deutschland am „Euthanasie“-Programm beteiligt waren, führten das Vernichtungslager. Mehr als 100 ukrainische Freiwillige, sogenannte Trawniki, bewachten das Lager. Eine Widerstandsgruppe wagte kurz vor Auflösung des Todeslagers einen mutigen Aufstand, der jedoch niedergeschlagen wurde. 70 Gefangenen gelang die Flucht. In den 1960er Jahren fanden gegen das SS-Wachpersonal beim Düsseldorfer Landgericht Prozesse statt; es erhielt mehrjährige oder lebenslängliche Haftstrafen. Der Lagerkommandant Franz Stangl wurde 1970 zu einer lebenslänglichen Strafe verurteilt.⁹⁶

Todeslager Maly Trostinez

Das zwischen 1942 und Sommer 1944 bestehende Lager in der Nähe von Minsk umfasste ein Zwangsarbeitsareal und eine Massenerschießungsstätte im Wald. Zur Tötung wurden auch Gaswagen eingesetzt. Die Sicherheitspolizei ermordete 60.000 Menschen, mehr als die Hälfte von ihnen waren Jüdinnen und Juden, vorwiegend aus Deutschland, Österreich und Tschechien.⁹⁷ Rund 50 Menschen aus Württemberg wurden hier getötet.



State Archives of Belarus

Konzentrations- und Vernichtungslager Maly Trostinez

Auschwitz: größter Tatort der Shoah

Auschwitz war das größte deutsche Konzentrations-, Vernichtungs- und Arbeitslager. Das Lager bestand seit 1940 als KZ für politische Gefangene, im Herbst 1941 kam das Vernichtungslager Birkenau hinzu. In Monowitz

Gedenkstättenbesuch

In Baden-Württemberg gibt es über 80 Gedenkstätten (siehe Karte Seite 61). Die meisten dieser Lern- und Gedenkorte erinnern an die Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten: an die Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Menschen unter NS-Herrschaft, an den Holocaust, an die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, an die Verfolgung Andersdenkender und unterschiedlicher Minderheiten sowie an den Widerstand. Neben diesen Lern- und Gedenkorten gibt es auch einige Gedenkstätten in Baden-Württemberg, die auf die Demokratiegeschichte verweisen. Gedenkstätten sind „begehbare Geschichtsbücher“ (Aleida Assmann). Der Besuch einer Gedenkstätte macht Geschichte direkt vor Ort greifbar.

Er dient der Informationsvermittlung und ermöglicht die Vertiefung von Wissensinhalten. Er lädt dazu ein, historische Zusammenhänge zu erkunden, einzuordnen und zu reflektieren. Ein solcher Besuch geht somit deutlich über die reine Vermittlung von Informationen hinaus. Zudem kann die Besichtigung mitunter Emotionen hervorrufen und zu Verunsicherungen oder Irritationen führen. Deshalb sollten eine inhaltliche Reflexion sowie die unerlässliche Vor- und Nachbereitung stets Voraussetzung eines Gedenkstättenbesuchs sein. Das Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gedenkstätten sowie pädagogisch begleitete Führungen können eine Hilfestellung bieten.

Vorbereitung

- Vorbereitung im Unterricht: Die Schülerinnen und Schüler kennen beim Gedenkstättenbesuch die historischen Zusammenhänge und können die Informationen einordnen.
- Vorbereitung in Absprache mit der Gedenkstätte: Lehrkraft und Gedenkstättenmitarbeiterin bzw. -mitarbeiter tauschen sich über Wissensstand, Erwartungen und Wünsche der Besuchergruppe sowie über pädagogische Angebote der Gedenkstätte aus (Führung, Arbeit in Kleingruppen, Projektarbeit, Möglichkeiten zur eigenständigen Erkundung usw.).
- Organisation des Gedenkstättenbesuchs: Klärung von Zeitumfang der Führung und der weiteren Angebote vor Ort sowie eventuell entstehender Kosten.

Gedenkstättenbesuch

- Gestaltung vor Ort: Ein Gedenkstättenpädagoge oder eine Gedenkstättenpädagogin bzw. ehrenamtlich Mitarbeitende der Gedenkstätte übernehmen die Begleitung der Gruppe unter Einbeziehung des Vorwissens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Führung, Arbeit in Kleingruppen, Projektarbeit, Möglichkeiten zur eigenständigen Erkundung, Arbeit mit Materialien der Gedenkstätte).
- Raum für Gespräche vor Ort: Gedenkstätten verstehen sich als diskursive Orte. Schülerinnen und Schüler haben die Gelegenheit, Fragen zu stellen und sich über ihre Erfahrungen an der Gedenkstätte auszutauschen. Auch die Gefühle können dabei ein Thema sein. Gedenkstätten gelten als verunsichernde Orte.

Nachbereitung

- Einordnung der Erfahrungen: Die Schülerinnen und Schüler reflektieren ihre Erfahrungen und Erkenntnisse beim Gedenkstättenbesuch.
- Dokumentation des Gedenkstättenbesuchs: Die Schülerinnen und Schüler halten ihre Eindrücke fest. Dabei können auch kreative Verarbeitungsformen gewählt werden (Bericht, Bilder, Film, Fotos usw.).
- Weitere inhaltliche Arbeit im Unterricht: Die Schülerinnen und Schüler vertiefen ihr Wissen mit ergänzenden Möglichkeiten (Zeitzeugengespräche, Filme usw.).

Weitere Informationen:

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.): Gedenkstätten in Baden-Württemberg.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.): Gedenkstätten. Lernen an Orten nationalsozialistischer Gewalt, Politik & Unterricht, Heft 4/2015.

www.gedenkstaetten-bw.de

befand sich das Arbeitslager Auschwitz III mit dort angesiedelten deutschen Rüstungsunternehmen. Die Forschung geht von 1,1 bis 1,5 Millionen Menschen (hauptsächlich Jüdinnen und Juden sowie 20.000 Roma und Romnja sowie Sinti und Sintize) aus, die in Birkenau durch Giftgas ermordet wurden.⁹⁸ Am 27. Januar 1945

befreiten sowjetische Truppen die 7.000 noch lebenden Häftlinge. Der wichtigste Lagerkommandant, Rudolf Höß, wurde 1947 in Polen für die Shoah-Verbrechen zum Tode verurteilt. Auschwitz ist heute eine Chiffre für das größte Menschheitsverbrechen, den singulären Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden.

T 10

„Aktion 3“ und „Finanztod“ nach der Deportation

Den Schlusspunkt der totalen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung im Zuge der Deportationen in die Todeslager ab Ende 1941 bildete die „Aktion 3“, wie der Deckname der großen Aktion für die „Verwertung des jüdischen Vermögens“ lautete.⁹⁹ Am 4. November 1941 erteilte das Reichsfinanzministerium allen Oberfinanzpräsidenten Anweisungen zu Verbleib und Verwertung des Vermögens der zu Deportierenden. Durch die „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ (Ausbürgerung der Juden) und später durch Beschlagnahme des Vermögens von sogenannten Staatsfeinden fiel ihr gesamtes Vermögen dem Deutschen Reich zu. Die Finanzämter exekutierten den „Finanztod“¹⁰⁰ bis zum Schluss, indem sie nicht nur das Vermögen der Deportierten verwerteten und ihren Hausrat gewinnbringend an die lokale Bevölkerung versteigerten, sondern auch ganz bürokratisch Vermögens- und Einkommensteuern von bereits deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden festsetzten wie z. B. das Finanzamt Heilbronn im April 1943 für die Insassinnen und Insassen des jüdischen Zwangsaltenheims Eschenau, acht Monate nach der Deportation.

Die württembergische Gestapo, die Polizei und die Finanzbehörden arbeiteten bei der Beraubung der über 2.500 Deportierten eng zusammen. Die Polizeibehörden beschlagnahmten das Vermögen, versiegelten die Wohnungen und schickten die Vermögensverzeichnisse der einzelnen Opfer an das Oberfinanzpräsidium Stuttgart. Die Reichsfinanzverwaltung verwertete das beschlagnahmte Vermögen einschließlich Kapital- und Grundvermögen und vermietete die geraubten Wohnungen.

Große und kleine Profiteure in zahlreichen Behörden und Parteistellen

Nach der ersten großen Deportation nach Riga im Dezember 1941 erging ein Schreiben des Oberfinanzpräsidenten an alle Finanzämter bezüglich des Hausrats. So sollten Schlafzimmereinrichtungen vor Ort veräußert werden, Vorhänge, Bestecke, Spiele nach Stuttgart gesendet werden, Wäsche sollte an die Reichsfinanzschule Sigmaringen gehen und jüdisches Schrifttum sichergestellt, andere Bücher sollten in die Amtsbücherei integriert werden. Eifrig meldeten alle Finanzämter in Stuttgart Bedarf an und bewiesen ihr dringendes Eigeninteresse an der „Aktion 3“. Der Oberfinanzpräsident Dr. Rudolf Mitze beauftragte die Finanzämter außerhalb Stuttgarts mit der Verwaltung und Verwertung des dem Reich verfallenen Vermögens. Nachdem die Finanzbehörden und andere Organisationen sich großzügig bedienten, sollte auch die deutsche „Volksgemeinschaft“ nicht zu kurz kommen. Kriegsgeschädigten

und kinderreichen Familien wurden z. B. Wohnungen und Mobiliar zur Verfügung gestellt. Der totale Raub wurde dabei durch viele engmaschige Gesetze und Verordnungen in ein scheinlegales bürokratisches Regelwerk gegossen. In der Rolle des Großhählers verteilte das Oberfinanzpräsidium nicht nur unter den Finanzämtern, anderen Behörden und der Parteiorganisation das Raubgut, sondern profitierte auch selbst von wertvollem Schmuck, Kunstwerken und Möbeleinrichtungen. Nutznießer waren alle Spitzenbeamten bis zum Referatsleiter, die dafür nichts bezahlen mussten.

Die Finanzämter zogen nicht nur Versteigerungserlöse für das Reich ein, sondern profitierten auch von Grundbesitz und Wohnungen, die an Privatleute weiterverkauft oder vermietet wurden. Als 1941 und 1942 die Jüdinnen und Juden aus Laupheim deportiert wurden, übernahm das Finanzamt 30 Immobilien in Reichsbesitz und vermietete sie an die Stadt und an Privatpersonen wie Beschäftigte des Reichs und Fliegergeschädigte. Das Finanzamt Biberach kassierte auch nach 1945 mehrere Jahre die Mieten, bis zur Restitution der Objekte.

Versteigerungen begleiteten die Shoah

An vielen Orten wie Stuttgart, Horb, Baisingen, Haigerloch, Laupheim oder Künzelsau fanden nach den Deportationen im Winter 1941 und Sommer/Herbst 1942 größere Versteigerungen statt, die die Finanzämter gemeinsam mit Inventierern organisierten.¹⁰¹ Weniger wertvolle Sachen sollten laut Oberfinanzpräsident an die „Volksgemeinschaft“ abgegeben werden. Nach der Räumung des jüdischen Zwangsaltenheims Eschenau im

August 1942 fand dort im Herbst eine große Versteigerung statt. Heilbronner Finanzbeamte und der dortige Stadtinventierer organisierten im Schlosspark den Verkauf. Zahlreiche Menschen aus dem Ort und der Region waren anwesend. Ein Teilnehmer erinnert sich: „Drei Tische, da waren Utensilien drauf, vorwiegend Weißwäsche, meine Mut-



Stuttgarter Neues Tagblatt

Anzeige einer Zwangsversteigerung in Stuttgart nach der Deportation nach Riga, Dezember 1941

ter hat ein geflochtenes Nähkörble ersteigert. Es wurde die Habe aufgerufen und hochgehoben. Es wurde gleich bezahlt.“¹⁰²

Vor der Versteigerung teilten Polizisten und Parteifunktionäre Wertgegenstände unter sich auf. Persönliche Bereicherungen waren in der Region und reichsweit häufiger zu beobachten. Bei der Versteigerung wurden Kleidungsstücke, Bettzeug und Kommoden zu einem Spottpreis erworben. Den Gesamterlös von mehreren Tausend Reichsmark kassierte das Finanzamt Heilbronn. Die Aneignung

der Dinge zeigt die gesamtgesellschaftliche Dimension und moralische Verwicklung von „normalen“ Deutschen in den Prozess der Auslöschung der jüdischen Existenz. Man ging bei allen Versteigerungen davon aus, dass die Deportierten nie mehr zurückkehren würden. Die Gründe für die Beteiligung waren unterschiedlich: Antisemitismus, mangelndes Unrechtsbewusstsein, das Gefühl, nicht verantwortlich zu sein, weil der NS-Staat solche „legalen“ Versteigerungen organisierte, und die materiellen Interessen im Krieg, die den verbrecherischen Kontext der Versteigerungen ausblendeten.

T11

Täter, Beteiligte, Profiteure

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin und die regionalen Gestapo-Leitstellen waren die Leitorgane der Deportationen. Ab 1936 überwachte die Gestapo die jüdische Bevölkerung mit Blick auf die „Nürnberger Rassengesetze“, sie kontrollierte sogenannte Misch-ehen, überwachte die Emigrantinnen und Emigranten, verschleppte jüdische Männer nach der Pogromnacht in die KZs, ordnete die Ghettoisierung, das Radio- und Ausgehverbot und das Tragen des Judensterns an. Minutiös plante und realisierte sie auch die Vernichtungspolitik und beschlagnahmte und raubte in Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden das Restvermögen der Jüdinnen und Juden. Gestapo und SS übernahmen die Führungsrolle bei der NS-Judenpolitik, die sich zunehmend radikalisierte und mit Kriegsbeginn 1939 auch gegen die europäischen Jüdinnen und Juden richtete.

Täter in Württemberg

Die Gestapo-Leitstelle Stuttgart im Hotel Silber hatte 1941 300 Mitarbeiter.¹⁰³ Ihr Leiter war ab 1941 der SS-Obersturmbannführer Friedrich Mußgay. Der Stuttgarter Zentrale waren die Gestapo-Außenstellen Ellwangen, Friedrichshafen, Heilbronn, Oberndorf, Sigmaringen,

Tübingen und Ulm angegliedert. Mußgay hatte nach Kriegsteilnahme eine Karriere bei der Kripo eingeschlagen. Er war seit 1933 NSDAP- und SS-Mitglied und hatte sich bei der politischen Polizei als „Kommunistenjäger“ profiliert, bis er 1941 zum Leiter der Gestapo aufstieg. Die Radikalisierung der Gestapo war auch auf seine extrem fanatische Haltung zurückzuführen. 1946 beging Mußgay in Kriegsgefangenschaft Selbstmord.

Das „Judenreferat“ der Gestapo-Zentrale hatte bis zu zehn Beschäftigte, die bei den beiden großen Deportationen von weiteren Gestapo- und Kripobeamtinnen sowie der Schutzpolizei unterstützt wurden.¹⁰⁴ Referatsleiter war bis Februar 1942 Hans Koch und danach bis März 1943 SS-Obersturmbannführer Eugen Krause. Sein Nachfolger war der SS-Obersturmbannführer Walter Schurer. Die beiden aus dem unteren Mittelstand kommenden Sachbearbeiter Alfred Amthor und Eugen Ott wickelten alle bürokratischen Aufgaben der Deportation (Transportlisten, Bestellung von Zügen, Information der Institutionen, Beschlagnahmungen etc.) ab, kontrollierten das Sammel-lager und begleiteten als Bewacher mehrere Deportationszüge. Der aus der Kriegsgeneration stammende Gottfried Mauch arbeitete im Referat „Kommunismus und Marxismus“. Der besonders brutale Gestapobeamte war Begleiter des ersten Transports nach Riga. Der SS-Unterscharführer Hermann Mozer war im Kirchenreferat der Gestapo-Zentrale tätig und wurde bei der Deportation nach Theresienstadt als Transportbegleiter eingesetzt. Auch ohne die bereitwillige Mitwirkung der Sekretärinnen wäre das reibungslose Funktionieren des „Judenreferats“ nicht möglich gewesen: Sie führten die „Judenkartei“, schrieben die Anweisungen an die Opfer und verfassten Vernehmungsprotokolle.

Beim Personal des „Judenreferats“ und beim Gestapochef Mußgay werden Spezifika der Gewaltmilieus deutlich, die die NS-Täterforschung herausgearbeitet hat.¹⁰⁵ Während Mußgay und Mauch der Kriegsgeneration angehörten und vom Kampf gegen den „jüdischen Marxismus“ geprägt waren, gehörten Krause, Koch und Mozer der Kriegsjugendgeneration mit völkischem



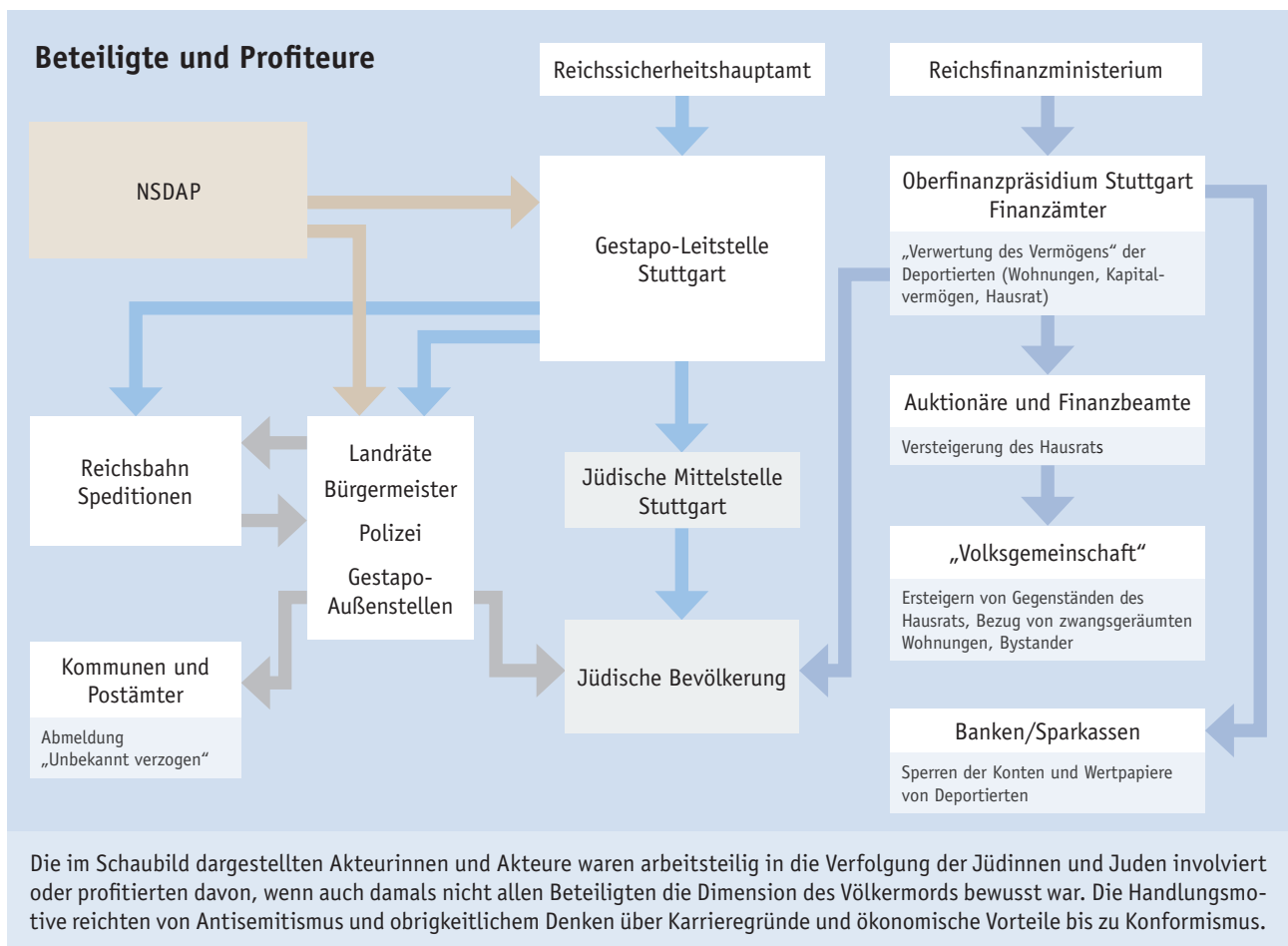
Das Hotel Silber: Gestapo-Zentrale von Württemberg

Engagement in der späten Weimarer Republik an. Als überzeugte Nationalsozialisten dienten sie sich früh der NSDAP und SS an und machten als junge Weltanschauungstäter rasch Karriere in der Gestapo.¹⁰⁶ Die beiden NS-Anhänger Alfred Amthor und Walter Becker sahen nach dem Scheitern ihrer freiberuflichen Existenz in der Gestapo eine angesehene Karrierechance. Sie integrierten sich als effiziente Sachbearbeiter rasch in das Gewaltmilieu.

Alle Täter kamen aus dem unteren und mittleren Mittelstand und strebten eine Laufbahn bei der politischen Polizei an. Akademiker waren im Gegensatz zum RSHA keine darunter. Die Gestapospitzen Mußgay, Koch und Krause waren fanatische Weltanschauungstäter und legten eine drakonische Härte an den Tag.¹⁰⁷ Die Sachbearbeiter Amthor und Ott verhielten sich im persönlichen Umgang mit einzelnen Jüdinnen und Juden sachlich-distanziert, dennoch war – wie bei allen anderen – Antisemitismus eine wichtige Triebfeder ihres staatspolizeilichen Handelns. Bei der Deportation im März 1943 nach Auschwitz sagte der Bewacher Ott zu Amthor: „Guck mal den frechen Juden an, der raucht auch noch.“ (Juden bekamen keine Zigaretten.) Amthor antwortete: „Lass ihn nur: dort wo er hinkommt, wird er Rossbollen rauchen“.¹⁰⁸ Der Wortwechsel der beiden Gestapobeamten zeigt das antisemitische Stereotyp von der jüdischen Frechheit, das sie zugleich ihr Handeln legitimieren ließ. Auch wird ihr Wissen darüber deutlich, was die Deportierten in den Todeslagern erwartete, und ihr zynischer Umgang mit diesem. Dieses Wissen leugneten sie nach 1945.

Profiteure und Beteiligte vor Ort

Zahlreiche weitere Akteure wirkten in Württemberg und Hohenzollern an den Deportationen in arbeitsteiliger Weise mit: Die lokalen NSDAP-Funktionäre drängten auf „judenfreie“ Orte und ließen die jüdische Bevölkerung überwachen. Die Landräte, Bürgermeister und ihre Verwaltungen exekutierten den reibungslosen und rechtzeitigen Abtransport der Opfer in das Sammellager Killesberg. Speditionen brachten das Gepäck dorthin. Polizisten vor Ort und in Stuttgart überwachten die Sammlung und den Abtransport der Jüdinnen und Juden und unterstützten die Gestapo bei der Beschlagnahme des Vermögens. Die Reichsbahn fuhr die Menschen in die Todeslager. Finanzbeamte verwerteten restlos das Vermögen und den Hausrat. Bank- und Postangestellte schlossen die gesperrten Konten und meldeten, dass die Betroffenen „unbekannt verzogen“ seien. Auktionäre ließen das weniger wertvolle Hab und Gut versteigern. Der Stuttgarter Altwarenhändler Max Kaupp hatte ab 1941 eine Monopolstellung erhalten, um beschlagnahmten Hausrat der Jüdinnen und Juden lukrativ zu verwerten. Seine Schwester hatte dafür die Gestapo bestochen, z. B. durch regelmäßiges Bezahlen der Zechgelage. Kaupp trat bei der Auflösung der sechs Zwangsaltenheime 1942, der Jüdischen Kultusvereinigung 1943 und an vielen anderen Orten als Profiteur in Erscheinung.¹⁰⁹ Viele „Volksgenossen“ waren Zeugen des Abtransports und beteiligten sich als Schnäppchenjäger bei Versteigerungen. Ohne aktives Handeln vieler Akteurinnen und Akteure wäre die Shoah nicht oder nur schwer möglich gewesen.



Das Schicksal der Deportierten

Unter den rund 2.500 deportierten Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern waren etwa 70 Prozent geschwächte Menschen – Ältere, behinderte und gebrechliche Personen aus Alten- und Pflegeeinrichtungen – und Kinder. Vielen der Deportierten war die Flucht aus Deutschland durch die restriktive NS-Ausreisepolitik und seit Kriegsbeginn fehlende Einreisemöglichkeiten nicht mehr gelungen. Noch 1940/41 kämpften zahlreiche Verfolgte vergeblich mit den Finanzbehörden und der Gestapo, um nach ihrer Ausplünderung die nötigen Ausreisepapiere zu erhalten.¹¹⁰ Die Menschen saßen in den Jahren 1940 und 1941 in der Falle. Der NS-Staat setzte seit Sommer 1941 auf die totale Auslöschung der Jüdinnen und Juden und die Beseitigung aller Spuren ihrer Existenz, indem er auch die Synagogengrundstücke und Friedhöfe verkaufte, die an das Judentum in Deutschland erinnerten.

Bei der ersten Deportation nach Riga im Dezember 1941 wurden Familien auseinandergerissen, wie die 1922 in Stuttgart geborene Hannelore Kahn schreibt: „Großvater musste zunächst noch in der Wohnung bleiben. Viele Jahre später erfuhr ich, dass sie ihn nach Theresienstadt gebracht hatten und von da nach Auschwitz, wo er vergast und verbrannt wurde. Ich vergesse nie, wie wir von ihm Abschied nahmen. Er klammerte sich an Papa und Mama und wir weinten uns die Augen aus, weil wir wussten, dass wir uns in diesem Leben nie wieder sehen würden. Solange ich lebe, wird mich dieses Bild nicht verlassen.“¹¹¹

Viele Opfer ahnten das Kommende – besonders nach der ersten Deportation nach Riga, die noch als Umsiedlungsaktion verschleiert wurde. Das rigorose Vorgehen der Gestapo ab der zweiten Deportation im Jahr 1942 nach Izbica, Auschwitz und Theresienstadt – ohne jegliche Ausnahme, ohne Umzugsgut und unter schärfsten Kontrollen – versetzte viele in Todesangst. 260 Menschen setzten ihrem Leben vor oder während der Deportation selbst ein Ende.¹¹²

Der 1903 geborene Textilkaufmann Victor Marx überlebte nach der Deportation nach Riga sechs Todeslager in dreieinhalb Jahren. Seine Frau und seine achtjährige Tochter ermordete die SS in der „Dünamünde-Aktion“. Er schrieb 1964 darüber: „So kam der 26. März 1942. Im Lager wurde uns gesagt, daß alle Frauen mit Kindern vom Jungfernhof wegkämen, und zwar nach Dinamuende. Dort seien Krankenhäuser, Schulen und massiv gebaute Steinhäuser [...]. Ich bat den Kommandanten, auch mich nach Dinamuende zu verschicken, was er jedoch ablehnte, da ich ein zu guter Arbeiter sei. Erst Monate später haben wir erfahren, was mit unseren Angehörigen geschah. Ersparen Sie es mir, darüber zu berichten.“ Das Leben hing jeden Tag am seidenen Faden, berichtete er weiter: Gewalt der Wärter, Hunger, Krankheit und Mord, wenn jemand von einem Zivilisten ein Brot bekam. Von Buchenwald kamen die Häftlinge beim Todesmarsch, auf dem über 1.000 Menschen starben, in ein KZ in Tschechien und danach nach Theresienstadt, wo

Marx am 10. Mai 1945 befreit wurde. Gegen die schweren physischen und psychischen Qualen half ihm „starkes Gottvertrauen, ohne das ich diese schweren Jahre nicht überstanden hätte.“¹¹³

Die geringen Überlebenschancen waren in Theresienstadt etwas höher als in den Mordstätten Riga und Auschwitz. Dies galt zum einen für die deportierten Opfer ab 1943, die aus funktionalen und ideologischen Gründen zunächst von früheren Transporten ausgenommen und auch meist jünger waren. Zum anderen spielte gerade im KZ Theresienstadt die Tätigkeit als Krankenschwester, Arzt, Koch oder andere Fachkraft eine lebenswichtige Rolle, weil diese im Ghetto benötigt wurden. Funktionshäftlinge wie die in der Großküche arbeitende Tübinger Familie Pollak hatten größere Chancen, den Vernichtungslagern zu entgehen.¹¹⁴ Diese Umstände waren jedoch die Ausnahme. Dass etwa zwei frühere Altenheimbewohnerinnen, Rosa Kirchheimer und Jenny Moos, ab August 1942 die zahlreichen Strapazen überlebten und nicht für eine Weiterdeportation selektiert wurden, ist reiner Zufall.¹¹⁵ Mehr als 2.300 Menschen wurden von der SS erschossen, durch Giftgas getötet oder verstarben an den schlimmen Haftbedingungen. Für viele Deportierte existiert bis heute kein Grab, für manche gibt es nicht einmal ein Datum und einen Ort ihres Todes. Ihre Existenz hat das nationalsozialistische Deutschland radikal ausgelöscht.

Die Chemikerin Martha Haarbürger aus Stuttgart schildert ihre Erlebnisse in Theresienstadt nach der Deportation im Juni 1943, wo sie Zwangsarbeit leisten musste: stundenlange Zählappelle in Todesangst, Schmutz und Ungeziefer, eine Augenkrankheit, quälender Hunger, starke Hitze und große Kälte sowie die zermürbende Angst vor der Selektion in die Vernichtungslager. Sie schrieb: „Herbst 1944. Die Zahl der Häftlinge wird kleiner und kleiner, denn ständig gehen große Transporte nach Auschwitz ab. Ich sehe, wie man Alte und Kranke gleich Säcken übereinander auf einen Wagen wirft und zum Bahnhof, in die Viehwagen fährt.“¹¹⁶ Sie erlebte aber auch den Trost und die Kraft menschlicher Begegnung in der Schicksalsgemeinschaft und die vertraute gemeinsame Herkunft aus Württemberg.



Victor Marx (Siebter von links) im Kreis von Shoah-Überlebenden aus Württemberg und Hohenzollern

Für die 180 Überlebenden der Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern¹¹⁷ war das Leiden nach der Befreiung im Mai 1945 nicht zu Ende: Von Verfolgung, Deportation, grausamem Lageralltag und vom gewaltsamen Tod von Angehörigen traumatisiert und nur durch Zufall noch am Leben, stürzten diese Erfahrungen viele in lebenslange Qualen. Auch nach dem Ende des NS-Regimes waren sie mit anhaltenden antisemitischen Ressentiments konfrontiert. Zugleich herrschte in der deutschen Gesellschaft eine Erinnerungsabwehr der NS-Verbrechen vor und die staatliche Bürokratie war mehr an der Verweigerung als an der Leistung von Ent-

schädigungszahlungen interessiert. So kämpfte die Überlebende Bertha Schwarz aus Rexingen jahrelang für eine Entschädigung der erlittenen Schläge in Riga.¹¹⁸ Bei Jenny Moos aus Buchau stritten sich bayerische und württembergische Behörden bis zu ihrem Tod 1953 über die Zuständigkeit.¹¹⁹ Die meisten Überlebenden verließen das Land der Täter und bauten sich mühsam in Israel, den USA oder anderswo eine neue Existenz auf. Einige wenige blieben, wie der Jurist Alfred Marx, den die amerikanische Militärregierung zum Richter beim Landgericht Stuttgart ernannte. Später wurde er Landgerichtspräsident.

T 13

Der juristische Umgang mit den Deportationsverbrechen nach 1945

Die juristische Ahndung der Verbrechen der Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern ist in der frühen Nachkriegszeit gescheitert. Das zeigen mehrere regionale Gerichtsprozesse gegen beteiligte Beamte der Gestapo und der Zivilverwaltung, die mit Verfahrenseinstellungen und Freisprüchen endeten. In der Nachkriegsjustiz und der Öffentlichkeit fehlte damals die Einsicht, dass es sich bei den Deportationen in die Todeslager um verbrecherische Akte gegen die Menschlichkeit oder eine Unterstützung bzw. Beihilfe hierzu handelte. Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnte eine Strafverfolgung der NS-Täter ab.

Prozess und Freispruch des Hechinger Landrats

Ein singulärer Prozess war der Prozess gegen den ehemaligen Hechinger Landrat Paul Schraermeyer, der von 1924 bis 1945 im Amt war und in dieser Funktion an der Deportation der Hechinger und Haigerlocher Jüdinnen und Juden mitgewirkt hatte. Der Prozess kam durch eine Anzeige der Shoah-Überlebenden Selma Weil aus Haigerloch am 3. November 1946 bei der französischen Gendarmerie ins Rollen.¹²⁰ Im Frühjahr 1947 begann der Prozess: Schraermeyer wurde von der Hechinger Staatsanwaltschaft wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und der frühere Amtsarzt des Landkreises sowie drei Frauen, die die Leibesvisitationen vor der Deportation vorgenommen hatten, wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Juni 1947 wurde die Hauptverhandlung eröffnet. Die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dem Prozess und den handelnden Richtern war feindselig; der frühere Landrat war beliebt und anerkannt. Während der Arzt im Zuge des Prozesses freigesprochen wurde und die drei Helferinnen zu ein- bis viermonatigen Haftstrafen verurteilt wurden, erhielt der Hauptangeklagte Schraermeyer wegen Beihilfe zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Das Urteil wurde jedoch nicht rechtskräftig. Es wurde im Januar 1948 im Revisionsverfahren aufgehoben und an das Landgericht Tübingen zurückverwiesen. Dabei wurden die Frauen freigesprochen. Im August 1948 folgte dann der Freispruch für Schraermeyer bei der gleichen Kammer.

Der Hechinger Deportationsprozess war das erste Gerichtsverfahren in Westdeutschland, das sich gegen Akteure der Zivilverwaltung richtete, die an den Deportationen beteiligt waren.¹²¹ Der Freispruch Schraermeyers durch das Landgericht Tübingen hatte Signalcharakter für den weiteren justiziellen Umgang mit den Tätern und Beteiligten der Deportationen der jüdischen Bevölkerung: Anklagen gegen Angehörige der Zivilverwaltung gab es in Westdeutschland keine mehr.¹²²

Ermittlungen gegen Stuttgarter Akteure

In Stuttgart ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Gestapobeamte, die an den Deportationen und der Ausplünderung der Jüdinnen und Juden beteiligt waren, und gegen den früheren Oberfinanzpräsidenten Dr. Rudolf Mitze als Hauptverantwortlichem für den Einzug und die „Verwertung“ des Vermögens der Deportierten.¹²³ Die Verfahren wurden Ende 1949 eingestellt. Auch die beiden Ermittlungsverfahren gegen den früheren Leiter der Gestapo-Leitstelle, Friedrich Mußgay, und den früheren Leiter des Judenreferats, Hans Koch, wurden eingestellt, weil sie inzwischen verstorben waren.

Gegen sieben ehemalige Mitarbeiter der Gestapo, darunter Alfred Amthor, Eugen Krause, Gottfried Mauch, Hermann Mozer und Eugen Ott, erhob die Staatsanwaltschaft 1950 Anklage wegen Beihilfe zur Freiheitsberaubung im Amt mit Todesfolge. Die Staatsanwaltschaft begründete die Anklage u. a. damit, dass es keinen Zwang gegeben habe, Gestapobeamter zu sein.¹²⁴ Die Angeklagten verteidigten sich im Prozess mit den damals typischen Argumenten des Befehlsnotstands und ihrer angeblichen Unkenntnis der gezielten Ermordung der Jüdinnen und Juden. Das Verfahren wurde im Mai 1951 durch das Stuttgarter Schwurgericht eingestellt. Der Bundesgerichtshof hob die Verfahrenseinstellung wegen Fehlern in der Urteilsbegründung auf. Im erneuten Gerichtsverfahren im September 1952 wurden die Angeklagten vom Vorwurf der Freiheitsberaubung sogar freigesprochen, weil sie aufgrund von Befehlsnotstand gehandelt hätten.¹²⁵

Erinnern und Gedenken

Nach 1945 war der Umgang mit der NS-Vergangenheit und der Shoah in Baden-Württemberg wie in der gesamten Bundesrepublik jahrzehntelang vom Beschweigen und Verdrängen geprägt. Über Opfer und Täter wurde nicht gesprochen, die Deportationsverbrechen wurden verharmlost.

Victor Marx, einer der 180 Überlebenden der aus Württemberg und Hohenzollern deportierten Jüdinnen und Juden, ließ kurz nach seiner Befreiung in Theresienstadt das erste Denkmal für diese Deportierten errichten. Im Herbst 1945 ließ er dann einen Gedenkstein für die Tübinger Opfer der Shoah – darunter auch seine Frau, Tochter und Mutter – durch den Tübinger Bildhauer Heinrich Krauß anfertigen. Der Gedenkstein, der sich auf dem jüdischen Friedhof Wankheim befindet, nennt die damals bekannten Namen von 14 Tübinger Deportierten. Insgesamt wurden jedoch 23 Menschen aus Tübingen deportiert, nur Marx und Pauline Pollak überlebten die Shoah. Der Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof Wankheim war auf dem Gebiet von Württemberg und Hohenzollern das erste Zeichen des Gedenkens und Erinnerns, gesetzt von einem Überlebenden wenige Monate nach Kriegsende und Befreiung. An wenigen weiteren Orte entstanden danach Gedenkzeichen von Überlebenden für die Ermordeten, so z. B. auf den jüdischen Friedhöfen in Rexingen und Baisingen 1947/48. Von Seiten der „Tätergesellschaft“ gab es über Jahre hinweg keine Erinnerungsinitiativen.

Gedenkstein am Killesberg

1950 fand auf dem Stuttgarter Killesberg wieder eine Gartenschau statt. Die dazu eingeladene jüdische Gemeinde lehnte eine Teilnahme wegen des unsensiblen Umgangs mit dem Ort, an dem sich während der NS-Zeit das Sammellager für die Deportationen befunden hatte, ab. Auch mehr als ein Jahrzehnt später gab es noch keine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Orts und die Erinnerung daran wurde abgewehrt: Die Eröffnungsreden der Bundesgartenschau 1961 auf dem Killesberg enthielten keine Hinweise auf das frühere Sammellager.¹²⁶ Im Sommer 1960 hatten die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und die Evangelische Kirche einen Gedenkstein angeregt, der durch den Künstler Albrecht von Hauff geschaffen und im Juni 1962 von Oberbürgermeister Arnulf Klett eingeweiht wurde. Doch erst ab 1989 fanden jährliche Gedenkfeiern zum Jahrestag der ersten Deportation nach Riga statt, die von der Evangelischen Kirche und ab 1994 auch von der Stadt, der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit veranstaltet wurden. Der vage, die NS-Zeit verschleiernde Text auf dem Gedenkstein bildete 2008 den Anstoß für eine bürgerschaftliche Initiative, den Gedenkort auf dem Killesberg neu zu gestalten. Nach einem studentischen Wettbewerb konnte die Künstlerin Ülkü Süngün ihren Entwurf „Erinnerungskörper“ realisieren. Die Installation besteht aus einem

großen, in den Boden eingelassenen Stahlring und zwei Informationsstelen aus Beton. Die Kreisfläche des Rings ist so bemessen, dass darin 2.000 Personen Schulter an Schulter stehen könnten, und steht somit symbolhaft für die Deportierten. Der neue Gedenkort wurde am 26. April 2013, dem 71. Jahrestag der Deportation ins Transitghetto Izbica, eingeweiht.



Text auf dem Gedenkstein am Killesberg

„Zeichen der Erinnerung“ am Inneren Nordbahnhof

Die Gedenkstätte, die an die von Stuttgart aus deportierten Menschen erinnert, wurde 2006 eingeweiht. Sie symbolisiert den Wandel zu einer aktiven Erinnerungskultur seit den 1990er Jahren. Auch hier waren es bürgerschaftliche Akteurinnen und Akteure, die die Gleisanlagen am Nordbahnhof in der Nachbarschaft des Pragfriedhofs Anfang der 2000er Jahre dem Vergessen entrissen und vor der Überbauung durch das Großprojekt „Stuttgart 21“ der Deutschen Bahn bewahrten. Der Info-Laden Stuttgart 21 „Auf der Prag“ e. V., die „Stiftung Geißstraße 7“ und die Evangelische Nordgemeinde klärten die Öffentlichkeit über die Geschichte des Orts auf und gründeten den Verein „Zeichen der Erinnerung“, der die Gleise als Erinnerungsort bewahren sollte. In einem internationalen Architekturwettbewerb mit 50 Studierenden und namhaften Professorinnen und Professoren wurde schließlich der Entwurf der Architekten Anne-Christin und Ole Saß 2002 prämiert. Der Stuttgarter Gemeinderat stimmte im Juli 2005 der Realisierung zu, stellte das Areal zur Verfügung und beteiligte sich mit 250.000 Euro zur Hälfte an den Kosten. Die begehbare Gedenkstätte umrahmt die originalen Gleisanlagen. Auf einer großen Wand sind die Namen von 2.216 deportierten jüdischen Menschen sowie 234 Roma und Romnja und Sinti und Sintize zu lesen.

2022 werden rund 450 Namen nachgetragen, die erst in den letzten Jahren durch wissenschaftliche Forschungen herausgefunden wurden. Eine weitere Wand führt die Deportationsdaten und Todesorte auf und mehrere Informationstafeln stellen die Geschichte der Deportationen dar. Seit 2006 wird am „Zeichen der Erinnerung“ zu den jeweiligen Jahrestagen an die verschiedenen Deportationen erinnert.¹²⁷

Vielfalt des Erinnerns heute

Neben Denkmälern und Gedenktafeln erinnern in Baden-Württemberg zahlreiche Gedenkstätten, insbesondere jüdische Erinnerungsorte, und Geschichtsinitiativen an die Deportationen, so dass heute eine vielfältige und dezentrale Erinnerungskultur besteht. Dazu gehören auch die zahlreichen lokalen Stolperstein-Initiativen für die jüdischen Opfer, schulische Aktivitäten und Projekte und Geschichtspfade. Hinzu kommen die Stimmen von jüdischen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die durch Autobiografien, Filme und auch persönlich bei Veranstaltungen und in Schulen präsent sind. Bald werden die letzten Überlebenden verstummen. Freilich werden ihre schriftlichen und aufgezeichneten Berichte auch in der Zukunft von unschätzbarem Wert für die Forschung und Erinnerungsarbeit sein.

- 1 Paul Sauer: Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern. Denkmale, Geschichte, Schicksal, Stuttgart 1966; Utz Jeggle: Judendörfer in Württemberg, Tübingen 1999 [1969]; Andrea Hoffmann/Utz Jeggle/Martin Ulmer: Jüdische Modernität und Antisemitismus 1871–1938. Exemplarische Miniaturen, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 63 (2004), S. 309–368.
- 2 Zahlen zu den Orten aus der Alemannia Judaica: www.alemannia-judaica.de [Zugriff 12.06.2021].
- 3 Heinz Högerle/Peter Müller/Martin Ulmer (Hrsg.): Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2019, S. 12.
- 4 Hoffmann/Jeggle/Ulmer: Jüdische Modernität (wie Anm. 1), S. 317ff., 365f.
- 5 Martin Burkhardt: Zur Wirtschafts- und Berufssituation der Juden in Württemberg und Hohenzollern vor 1933 – ein Überblick, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 19–31, hier S. 23.
- 6 Allgemeine Zeitung des Judentums Nr. 12, 17.3.1885.
- 7 Martin Ulmer: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag, Berlin 2011, S. 199ff.
- 8 Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933), Düsseldorf 2004, S. 538.
- 9 Sauer: Gemeinden (wie Anm. 1), S. 15f. Zur Entwicklung der NS-Judenpolitik und zu den Auswirkungen im Alltag vgl. Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung, München 1998.
- 10 In Tübingen verbot der Gemeinderat im Mai 1933 „Juden und Fremdrassigen“ den Besuch des Freibads. Diese Ausgrenzungsmaßnahme war die erste in ganz Deutschland; Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden, Stuttgart 1995, S. 105f.
- 11 Hartwig Behr/Horst F. Rupp: Vom Leben und Sterben – Juden in Creglingen, Creglingen 1999; Gerhard Naser (Hrsg.): Lebenswege Creglinger Juden. Das Pogrom von 1933. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit, Bergatreute 1999.
- 12 Zitiert in Geschichtswerkstatt: Zerstörte Hoffnungen (wie Anm. 10), S. 122.
- 13 Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 b Nr. 1479.
- 14 Susanne Wein: Die Entrechtung der jüdischen Rechtsanwälte, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 55–76, hier S. 63ff.
- 15 Susanne Rueß: Die Ausgrenzung jüdischer Ärzte in Württemberg und Hohenzollern, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 77–92, hier S. 79f.
- 16 Fabienne Störzinger: „Die alte Heimat für immer zu verlassen.“ Die Ausgrenzung der drei Stuttgarter Jüdinnen Emma Weil, Bona Feigenheimer und Rosa Kirchheimer, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 169–182, hier S. 170–172.
- 17 Martin Ulmer: Die Ausplünderung der Juden durch die regionalen Finanzbehörden, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 269–294, hier S. 269.
- 18 Ders.: Boykottaufakt in Württemberg – NS-Organisatoren und „Volksgemeinschaft“ vereint gegen die Juden, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 41–54, hier S. 41ff.
- 19 Ders.: Ausplünderung (wie Anm. 17), S. 277ff.
- 20 Ders.: Das Netzwerk der Akteure in der NSDAP, der Bürokratie und den Wirtschaftsunternehmen bei der Ausschaltung jüdischer Fabrikanten, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 219–250, hier S. 226ff.
- 21 Ebd., S. 244ff.
- 22 Ders.: Das Novemberpogrom – auf die Nacht der Brandstifter und Schläger folgte die Zeit der Räuber, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 397–406, hier S. 397ff.

- 23 Zitiert in Hans Franke: Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn. Vom Mittelalter bis zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen (1045–1945), Heilbronn 1963, S. 238.
- 24 Sauer: Gemeinden (wie Anm. 1), S. 20.
- 25 Ebd.
- 26 Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg ²1996, S. 292.
- 27 Maria Zelzer: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch herausgegeben von der Stadt Stuttgart, Stuttgart o. J. [1964], S. 211.
- 28 Sauer: Gemeinden (wie Anm. 1), S. 21. Zu drei Zwangsaltenheimen liegen Monografien vor: Michael Koch: Schloss Dellmensingen 1942. Ein jüdisches Zwangsaltenheim in Württemberg, Laupheim 2020; Martin Ulmer/Martin Ritter (Hrsg.): Das jüdische Zwangsaltenheim Eschenau und seine Bewohner, Horb 2013; Ulrich Seemüller: Das jüdische Altersheim Herrlingen und die Schicksale seiner Bewohner, Ulm 2009.
- 29 Walk: Sonderrecht (wie Anm. 26), S. 303.
- 30 Roland Maier: Die Verfolgung und Deportation der jüdischen Bevölkerung, in: Ingrid Bauz/Sigrid Brüggemann/Roland Maier (Hrsg.): Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart ²2013, S. 259–304, hier S. 286.
- 31 Jupp Klegraf: Der Stuttgarter „Judenladen“. Dokumentation eines fast vergessenen Stücks der Stuttgarter Stadtgeschichte, Stuttgart 2007.
- 32 Hannelore Marx: Stuttgart – Riga – New York. Mein jüdischer Lebensweg. Erinnerungen, Horb 2005, S. 41.
- 33 Anna Aurast: „In allernächster Zeit ist mit der Umsiedlung sämtlicher noch in Württemberg ansässigen Juden zu rechnen“ – Deportationen und Ermordung von Heilbronner Jüdinnen und Juden (1941–1945), in: Christhard Schrenk/Peter Wanner (Hrsg.): Heilbronn 1933 ff. Beiträge zum Nationalsozialismus in der Stadtgeschichte, Heilbronn 2020, S. 113–144, hier S. 126.
- 34 Staatsarchiv Sigmaringen Wü 33 T 1 Nr. 1500.
- 35 Marx: Jüdischer Lebensweg (wie Anm. 32), S. 44.
- 36 Ulmer/Ritter: Zwangsaltenheim (wie Anm. 28).
- 37 Walk: Sonderrecht (wie Anm. 26), S. 345.
- 38 Zitiert bei Matthias Beer: Friedrich Mußgay, in: Marlene P. Hiller (Hrsg.): Stuttgart im Zweiten Weltkrieg. Ausstellungskatalog, Gerlingen 1989, S. 230.
- 39 Wolf Gruner: Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.): Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004, S. 21–62, hier S. 46ff.
- 40 Walk: Sonderrecht (wie Anm. 26), S. 353.
- 41 Paul Sauer (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945, Bd. 2, Stuttgart 1966, Nr. 462.
- 42 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071, Zeugenvernehmung von Alfred Marx vom 15.12.1948.
- 43 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 294.
- 44 Gruner: Deportation (wie Anm. 39), S. 47.
- 45 Sauer: Dokumente (wie Anm. 41), Nr. 462.
- 46 Zum Ablauf der Deportation nach Riga siehe Maier: Deportation (wie Anm. 30); Aurast: Heilbronner Juden (wie Anm. 33); Sauer: Gemeinden (wie Anm. 1); Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004; Benigna Schönhagen: „Wir waren von Feinden und Gleichgültigen umgeben“. Die Deportation der Stuttgarter Juden, in: Marlene P. Hiller (Hrsg.): Stuttgart im Zweiten Weltkrieg. Ausstellungskatalog, Gerlingen 1989, S. 170–185; Geschichtswerkstatt Tübingen: Zerstörte Hoffnungen (wie Anm. 10), S. 383–396; Martin Ulmer: Vom Bahnhof Tübingen fuhren die Züge stets pünktlich und reibungslos. Zur Rolle der Deutschen Reichsbahn in der nationalsozialistischen Judenpolitik, in: Evamarie Blattner/Ulrich Hägele/Sarah Willner (Hrsg.): Schwelle zur Moderne. 150 Jahre Eisenbahn in Tübingen, Tübingen 2011, S. 117–127; Barbara Staudacher: Die Deportierten, in: Stadtarchiv Horb/Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen (Hrsg.): Vom Leben in Horb am Neckar. Die Geschichte der jüdischen Gemeinde und die Dokumentation ihres Friedhofs, Horb 2019, S. 322–329; Heinz Keil: Dokumentation über die Verfolgungen der jüdischen Bürger von Ulm/Donau, Ulm 1961, S. 231–290; Helmut Gabeli: „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“: Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern, 1941–1945, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“. Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945, MATERIALIEN, Stuttgart ³2008, S. 11–30.
- 47 Aurast: Heilbronner Juden (wie Anm. 33), S. 118f.
- 48 Hecht/Köhlerschmidt: Deportation (wie Anm. 46), S. 59ff.
- 49 Otto Werner: Deportation und Vernichtung hohenzollerischer Juden, Balingen 2011, S. 77ff.; Gabeli: „Evakuiert“ (wie Anm. 46), S. 16f.
- 50 Martin Ulmer: Versteigerungen vor und nach den Deportationen, in: Högerle/Müller/Ulmer: Ausgrenzung (wie Anm. 3), S. 463–470, hier S. 464ff.
- 51 Sauer: Dokumente (wie Anm. 41), Nr. 464.
- 52 Zitiert in Lilli Zapf: Die Tübinger Juden. Eine Dokumentation, Tübingen ³1981, S. 210.
- 53 Zelzer: Stuttgarter Juden (wie Anm. 27), S. 224.
- 54 Dies war die offizielle Zahl, es gab jedoch gelegentlich einige Doppelzählungen und Zweifelsfälle, daher wird von rund 1.000 Menschen ausgegangen; Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 293.
- 55 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 124.
- 56 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071; Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 298.
- 57 Zitiert in Zapf: Tübinger Juden (wie Anm. 52), S. 210.
- 58 Zitiert in Hecht/Köhlerschmidt: Deportation (wie Anm. 46), S. 73.
- 59 Peter Klein: Die deutschen, Wiener und tschechischen Jüdinnen und Juden am Deportationsziel Riga, in: Beate Meyer (Hrsg.): Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Lodz, Chelmno, Minsk, Riga, Auschwitz, Theresienstadt, Hamburg 2017, S. 128–151, hier S. 131f.
- 60 Sauer: Dokumente (wie Anm. 41), Nr. 508.
- 61 Ebd., Nr. 509.
- 62 Ulmer/Ritter: Zwangsaltenheim (wie Anm. 28), S. 65ff.
- 63 Dokument in Hecht/Köhlerschmidt: Deportation (wie Anm. 46), S. 92.
- 64 Institut Theresienstädter Initiative (Hrsg.): Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, Prag 2000, S. 651.

- 65 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071.
- 66 Hans G. Adler: Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte – Soziologie – Psychologie, Tübingen ²1960; Eberhard Jäckel/Peter Longerich/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. III: Q–Z, München 1998, S. 1403–1407; www.ghetto-theresienstadt.de [Zugriff 12.06.2021].
- 67 Franke: Juden in Heilbronn (wie Anm. 23), S. 218.
- 68 Gruner: Deportationen (wie Anm. 39), S. 57.
- 69 Ebd.; www.ghetto-theresienstadt.de [Zugriff 12.06.2021].
- 70 Brief von Johanna Gottschalk zitiert in Franke: Juden in Heilbronn (wie Anm. 23), S. 218.
- 71 Adler: Theresienstadt (wie Anm. 66), S. 363, 496.
- 72 Ulmer/Ritter: Zwangsaltenheim (wie Anm. 28), S. 70.
- 73 Sauer: Dokumente (wie Anm. 41), Nr. 486.
- 74 Roland Müller: Gartenschau und Sammellager: Eine stadtgeschichtliche Verortung, in: ders. (Hrsg.): Killesberg. Reichsgartenschau – Gartendenkmal – Gedenkort, Stuttgart 2020, S. 23–37, hier S. 33.
- 75 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 299.
- 76 Aurast: Heilbronner Juden (wie Anm. 33), S. 129.
- 77 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071.
- 78 Steffen Hänchen: Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust, Berlin 2018.
- 79 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 299.
- 80 Ulmer: Reichsbahn (wie Anm. 46), S. 122.
- 81 Sauer: Dokumente (wie Anm. 41), Nr. 503.
- 82 Ulmer: Reichsbahn (wie Anm. 46), S. 122.
- 83 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 299.
- 84 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071, Zeugenaussage Chaskel Schlüsselberg.
- 85 Geschichtswerkstatt Tübingen: Zerstörte Hoffnungen (wie Anm. 10), S. 326.
- 86 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071.
- 87 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 301.
- 88 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071.
- 89 Zelzer: Stuttgarter Juden (wie Anm. 27), S. 228.
- 90 Sauer: Dokumente (wie Anm. 41), Nr. 550.
- 91 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071, Zeugenaussage Alfred Schloss.
- 92 Andrej Angrick/Peter Klein: Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006.
- 93 Jäckel/Longerich/Schoeps: Holocaust (wie Anm. 66), S. 1404.
- 94 Ebd., S. 1406f.
- 95 Hänchen: Transitghetto (wie Anm. 78).
- 96 Jäckel/Longerich/Schoeps: Holocaust (wie Anm. 66), S. 1427ff.
- 97 Petra Rentrop: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez, Berlin 2011.
- 98 Jäckel/Longerich/Schoeps: Holocaust (wie Anm. 66), S. 1427ff.
- 99 Christiane Kuller: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013, S. 402ff.; für Württemberg und zum Folgenden: Ulmer: Ausplünderung (wie Anm. 17), S. 289ff.
- 100 Den Begriff prägte Hans G. Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 166.
- 101 Ulmer: Versteigerungen (wie Anm. 50), S. 464ff.
- 102 Zitiert in ebd., S. 468.
- 103 Ingrid Bauz: Von der politischen Polizei zur Gestapo – Brüche und Kontinuitäten, in: dies./Sigrid Brüggemann/Roland Maier (Hrsg.): Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart ²2013, S. 23–77, hier S. 55.
- 104 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071, auch zum Folgenden.
- 105 Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul (Hrsg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt ²2005, S. 1ff.
- 106 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071; Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 302.
- 107 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071.
- 108 Ebd., Zeugenaussage Chaskel Schlüsselberg.
- 109 Ulmer: Versteigerungen (wie Anm. 50), S. 469.
- 110 Ders.: Ausplünderung (wie Anm. 17), S. 289.
- 111 Marx: Jüdischer Lebensweg (wie Anm. 32), S. 45.
- 112 Sauer: Gemeinden (wie Anm. 1), S. 23.
- 113 Zitiert in Zapf: Tübinger Juden (wie Anm. 52), S. 210f.
- 114 Archiv der Geschichtswerkstatt Tübingen: Interview mit Ruth Suakay vom 21.07.1995.
- 115 Ulmer/Ritter: Zwangsaltenheim (wie Anm. 28), S. 70.
- 116 Zitiert in Zelzer: Stuttgarter Juden (wie Anm. 27), S. 238.
- 117 Sauer: Gemeinden (wie Anm. 1), S. 23.
- 118 Staatsarchiv Sigmaringen Wü 33 T 1 Nr. 1515.
- 119 Ulmer/Ritter: Zwangsaltenheim (wie Anm. 28), S. 111f.
- 120 Markus Fiederer: „Ich habe noch nie auch nur das leiseste Gefühl gehabt, dass ich mich einmal gegen die Menschenrechte vergangen hätte.“ Der ehemalige Landrat Paul Schraermeyer im Hechinger Deportationsprozess 1947/48, Unterrichtsmodul abrufbar unter www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/brd_und_ddr/1940er_jahre/hechinger-deportationsprozess-1947-48 [Zugriff: 10.07.2021].
- 121 Edith Raim: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949, München 2013, S. 1097, 1109.
- 122 Fiederer: Hechinger Deportationsprozess (wie Anm. 120).
- 123 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 303.
- 124 Staatsarchiv Ludwigsburg EL 317 III Bü 1071.
- 125 Maier: Deportation (wie Anm. 30), S. 304.
- 126 Müller: Gartenschau und Sammellager (wie Anm. 74), S. 34f.
- 127 www.zeichen-der-erinnerung.org [Zugriff: 10.07.2021].

Übersicht

- A 1** Die Situation der jüdischen Bevölkerung in Württemberg 1933
- A 2** Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden in Alltag, Schule und Beruf
- A 3** Wirtschaftliche Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung
- A 4** Pogromnacht 1938 und Massenflucht
- A 5** Ghettoisierung und Entrechtung vor den Deportationen
- A 6** Erste Deportation nach Riga im Dezember 1941
- A 7** Zweite große Deportation ins KZ Theresienstadt im August 1942
- A 8** Radikalisierung bei den kleineren Deportationen 1942 bis 1945
- A 9** Die Todeslager im Osten
- A 10** „Aktion 3“ und „Finanztod“ nach der Deportation
- A 11** Täter, Beteiligte, Profiteure
- A 12** Das Schicksal der Deportierten
- A 13** Der juristische Umgang mit den Deportationsverbrechen nach 1945
- A 14** Erinnern und Gedenken

Hinweise zu den Arbeitsmaterialien und Aufgaben

Die Arbeitsmaterialien orientieren sich an der Gliederung der Texteinheiten T 1 bis T 14. Sie richten sich primär an Lehrkräfte, die das Thema „Deportationen der Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern“ im Unterricht behandeln, und sollen Schülerinnen und Schülern einen interessanten Zugang zur NS-Geschichte ermöglichen. Sie bieten aber auch Anknüpfungspunkte für Leserinnen und Leser aus nicht-pädagogischen Kontexten, die sich vertieft mit einzelnen Aspekten der Texteinheiten beschäftigen oder selbst auf lokale Spurensuche gehen möchten.

Die Materialien enthalten Auszüge aus Quellen zu jüdischem Leben, zur Ausgrenzung, Ausplünderung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden während der NS-Diktatur in Württemberg und Hohenzollern, zu den Deportationen zwischen 1941 und 1945 und zu den Schicksalen der Deportierten. Der Blick richtet sich auch auf die Lager im Osten Europas, in die die Jüdinnen und Juden deportiert wurden. Darüber hinaus beleuchten die Materialien die Frage nach den Verantwortlichen für Ausplünderung und Deportationen sowie das Gedenken und die Erinnerung an die Opfer seit 1945.

Die ausgewählten Quellen umfassen neben staatlichen Dokumenten und Zeitzeugenberichten auch Fotografien, Karten und Statistiken. Ergänzt werden diese durch Kurzbiografien von Opfern und Tätern. Die schriftlichen Quellen wurden gekürzt, aber soweit möglich im Originaltext belassen, ggf. auch mit orthografischen oder grammatikalischen Fehlern.

Analog zum regionalen Bezug der Materialien wurden die Arbeitsaufträge überwiegend mit Operatoren gemäß den Anforderungsbereichen aus dem Bildungsplan für Baden-Württemberg formuliert. Die Arbeitsaufträge folgen einem methodischen Dreischritt aus Beschreibung der Quellen und Materialien, Analyse mit Einordnung in den historischen Kontext und Interpretation. Auch Anregungen für eigene Recherchen zu lokalen Fallbeispielen und zur Diskussion weiterführender Fragen wie der Zukunft des Gedenkens werden gegeben. Außerdem finden sich Ideen für Gegenwartsbezüge und problemorientierten Transfer.

Die Aufgaben sind so gestaltet, dass sie nach Interessenschwerpunkten und Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler differenziert werden können. Auch der punktuelle Einsatz von einzelnen Aufgaben und Aufgabenteilen ist möglich.

Die Situation der jüdischen Bevölkerung in Württemberg 1933

A 1

1933 war der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Württemberg und Hohenzollern mit jeweils 0,4 Prozent gering und es gab ein klares Stadt-Land-Gefälle. Das Judentum in der Stadt zeichnete sich durch eine spezifische Modernität aus, die sich beispielsweise in einer Aufgeschlossenheit für technische Entwicklungen und

in der Werbung für ihre Produkte zeigte. Aber auch in kleineren Städten und auf dem Land gab es lebendige jüdische Gemeinden. Das Leben der jüdischen Bürgerinnen und Bürger wurde zunehmend durch einen wachsenden Antisemitismus überschattet und erschwert.

Jüdisches Leben in der Stadt vor 1933

Bericht

Fred Uhlman wurde 1901 als Sohn eines Kaufmanns in Stuttgart geboren. Rückblickend berichtet er über das jüdische Leben in seiner Stadt vor 1933:



Fred Uhlman 1905 mit seinen Eltern und seiner Schwester

„Einige waren Handwerker, aber die meisten lebten vom Handel; eine verhältnismäßig große Zahl arbeitete als Rechtsanwälte und Ärzte, die beiden akademischen Berufe, die den Juden am ehesten offenstanden. Die Mehrheit gehörte dem Mittelstand an und ich habe den Eindruck, daß es ihnen im allgemeinen recht gut ging und nur wenige von ihnen wirklich arm waren. [...] Das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden war im großen und ganzen freundlich, aber ihr sozialer Verkehr war eingeschränkt. Im allgemeinen blieben die Juden oft für sich und zogen es vor, sich untereinander zu treffen. Sie wollten nicht riskieren, geschnitten zu werden. [...] Die Religion spielte kaum eine Rolle im Leben der jüdischen Gemeinde und fast während des ganzen Jahres blieb die Synagoge so gut wie leer; nur zweimal, am Versöhnungsfest und am Neujahrstag war sie

überfüllt. Die meisten Juden gehörten der liberalen Synagoge an [...]. Wie fast überall, so waren auch die deutschen Juden große Patrioten. Es war fast lächerlich, wie stolz sie darauf waren, zuerst Deutsche und dann Juden zu sein. Deshalb gaben sie ihren Kindern germanisch klingende Namen. Das ging sogar so weit, daß die Namen Siegfried und Siegmund fast ausschließlich jüdische Namen waren.“

Fred Uhlman: Erinnerungen eines Stuttgarter Juden, Stuttgart 1992, S. 182–184.

Wahlwerbung der NSDAP zur Reichstagswahl im November 1932

Plakat



Erfolgreiche jüdische Unternehmen in Stuttgart

Fotografie und Anzeigen

Jüdische Unternehmen spielten eine große Rolle im Wirtschaftsleben der Stadt, so u. a. das Kaufhaus Schocken, das Textilunternehmen W. Wolf & Söhne und das Bekleidungshaus S. Lindauer & Co.

Landesmedienzentrum Baden-Württemberg/Foto: Robert Bothner



Kaufhaus Schocken

Archiv Pro All-Gannstatt e. V.



Werbung der Firma S. Lindauer & Co

Bürgerverein Untertürkheim e. V.



Werbung der Firma W. Wolf & Söhne

Aufgaben

1. Arbeite aus dem Bericht von Fred Uhlman das Selbstverständnis der Jüdinnen und Juden in Stuttgart heraus.

2. Das Kaufhaus Schocken, die Firma W. Wolf & Söhne und die Firma S. Lindauer & Co waren drei erfolgreiche Unternehmen in Stuttgart. Überlege, welche Produkte die Firmen anbieten, und diskutiere die Gründe für ihren Erfolg.

3. Analysiere das Wahlplakat der NSDAP von 1932 und arbeite dabei besonders die antisemitischen Stereotype heraus.

4. Erörtere, warum viele Wählerinnen und Wähler für die Botschaften des Wahlplakats empfänglich waren.

5. Auch heute erhalten antisemitische Einstellungen wieder vermehrt Zustimmung und Unterstützung. Erörtere, welche Möglichkeiten bestehen, gegen antisemitische Einstellungen vorzugehen.

Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden in Alltag, Schule und Beruf

A 2

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann die systematische Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Dies konnte gewalttätige Formen eines Pogroms annehmen wie in dem kleinen Städtchen Creglingen, bei dem zwei jüdische Bürger zu Tode geprügelt wurden. Auch wenn es 1933 noch nicht überall zu solchen Gewaltaus-

brüchen kam, erfuhren Jüdinnen und Juden vielfältige Diskriminierung im Berufsleben, in der Schule und im Alltag. Ein Teil suchte den Weg in die Emigration, andere hofften jedoch weiterhin, dass der „Spuk“ bald vorüber sein würde.

Erfahrungen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme

Berichte

Der 1921 geborene Arnold Wochenmark ging in Tübingen zu Schule. Sein Vater war Kantor der jüdischen Gemeinde. Er berichtet über 1933:

„Plötzlich war ich ein Fremder. Ich kann mich erinnern, es war so Sitte, die Schüler kamen zur Schule, vor dem Schulgebäude hat man sich versammelt. Noch bevor die Glocke geläutet hat zum Eintreten, ist man herumgegangen und hat sich zur Begrüßung die Hand geschüttelt. Nach dem Januar 1933 hat es keine Handschläge mehr für mich gegeben. Ich habe mich isoliert gefühlt. Dann kann ich mich an einen Schulausflug mit der Bahn erinnern, und dabei sind wir gewandert, und vom Anfang bis zum Ende des Ausflugs wurde ich gemieden, wie wenn ich aussätzig wäre. Ich kann mich erinnern: Meine Mutter hat mir das Essen eingepackt in den Rucksack. Ich war so zerschlagen, daß ich nichts gegessen hatte. Ich kam nach Hause, und die Mutter sah, daß ich ziemlich zerstört war und schaute in den Rucksack: ‚Aber Kind, du hast ja gar nichts gegessen‘. Da bin ich in Tränen ausgebrochen und habe ihr erzählt, daß von dem Moment, als ich am Bahnhof eintraf, nicht ein Mitschüler neben mir gelaufen ist. Im Gegenteil, wenn jemand aus Versehen an mich herangekommen war, ist er weggegangen. Sogar der Lehrer hat mich gemieden.“



Arnold Wochenmark (rechts) mit seinem Bruder und seinem Vater 1931

Geschichtswerkstatt Tübingen e. V.

Zitiert nach Martin Ulmer: Neue Heimat nach 13 Jahren Fluchtodyssee. Auf den Spuren von Arnold und Johanna Marque, in: Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden, Tübingen 1995, S. 319–344, hier S. 322.

Therese Kappenmacher, geb. 1925, ging ebenfalls in Tübingen zur Schule. Sie erzählt:

„Und ich hatte keine Freunde mehr und die Kinder waren schlecht zu mir. Später haben mir sogar Kinder im Winter Schneebälle in mein Gesicht geschmissen und Steine an mich geschmissen und mich verleumdet. Sie haben gesagt ‚Du dreckige Jüdin, was machst denn du noch hier? Wir wollen dich hier nimmer sehn.‘ [...] Und ich hab noch der Großmutter gesagt: Was ist n das, ein Jude? Denn ich konnte gar nicht verstehen, was bin ich anders wie die andren Kinder? Das hab ich gar nicht gewusst, denn früher hat man da keinen Unterschied gehabt zwischen Juden und Christlichen. Wir haben da zusammen gewohnt. Wir waren alle deutsch, und haben deutsch gefühlt.“

Zitiert nach Online-Ausstellung „Kinder aus dem Südwesten im Holocaust“ des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb, www.gedenkstaettenverbund-gna.org/online-ausstellung/therese-stern-lawrence [Zugriff 19.08.2021].

Eine nichtjüdische Schülerin berichtet über Therese Kappenmacher:

„Therese Kappenmacher war bei mir in der Schule. Sie war die einzige Jüdin in der Klasse. [...] Und die Therese ist ziemlich schikaniert worden von unserer Lehrerin, von der Fräulein März, denn dann kam der Hitler an die Macht, und wir mußten die erste Führerrede anhören im Physiksaal. Nachher hat sie die Therese geschlagen und uns angewiesen, sie auch zu schlagen. [...] Ja, die war eine religiöse Antisemitin. Die war sehr fromm. Das war eine Pfarrerstochter.“



Therese Kappenmacher und ihre Eltern Ende der 1920er Jahre

Geschichtswerkstatt Tübingen e. V.

Zitiert nach Martin Ulmer: Reaktionen von TübingerInnen auf die Ausgrenzung von Juden, in: Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden, Stuttgart 1995, S. 121–132, hier S. 122.

Die Familie Bernheim besaß eine Textilfabrik, die sie 1938 verkaufen mussten. Hanna Bernheim berichtet über die Erfahrungen ihrer Kinder Doris, geb. 1923, und Hans, geb. 1924:



Privatbesitz

„Als meine kleine Tochter in die Schule ging, war sie die erste jüdische Schülerin, die ihre demokratisch gesinnte Lehrerin jemals hatte. Diese Lehrerin war völlig unvoreingenommen [...]. Ähnlich war ihre nächste Lehrerin, die mich im April 1933 anrief, um mir zu sagen, dass sie verpflichtet gewesen sei, zu Hitlers Geburtstag eine Rede zu halten, aber dabei versucht hätte, Rücksicht auf mein Kind zu nehmen. [...] [Meine Kinder waren] natürlich in einer schwierigen Lage. Es gab zum

Beispiel Aufsätze mit heiklen Themen, und es war ihnen nicht erlaubt, kontroverse Meinungen zu vertreten. Manchmal stellte ein verständnisvoller Lehrer mehrere Aufsatzthemen zu Wahl, aber ansonsten wussten alle Kinder, was von ihnen erwartet wurde. Es war schlimm, dass diese Art staatlicher Erziehung sie lehrte, zu hassen, zu verachten, misstrauisch zu sein und zu denunzieren, aber am schlimmsten war wahrscheinlich, wie selbstverständlich das Lügen wurde. Es ist extrem schwierig, es wieder zu lassen, wenn es einmal zur Gewohnheit geworden ist, besonders wenn den Kindern bewusst wird, dass ihre Eltern, die Lügen immer verurteilt hatten, unter bestimmten Umständen auch gezwungen waren, die Obrigkeit anzulügen. [...] Obwohl es meinen Kindern besser ging als den meisten anderen, konnten sie sich doch nicht uneingeschränkt mit ihren Freunden treffen. Auch wenn sie es gewollt hätten, wollte ich sie nicht in Gefahr bringen. So entschieden wir uns, unseren Sohn auf eine jüdische Schule in Berlin zu schicken und unsere Tochter mit vielen anderen Kindern unter der Aufsicht einer jüdischen Begleitung nach England.“

Zitiert nach Benigna Schönhagen/Wilfried Setzler (Hrsg.): Hanna Bernheim (1895–1990): „History of my life“. Der Rückblick einer deutschen Jüdin auf ihr Leben vor der Emigration 1939, Tübingen 2014, S. 97, 151, 153, 155.

Klassenfoto aus der NS-Zeit

Fotografie

Hans Bernheim und seine Mitschüler. Er ist der Junge rechts in der zweiten Reihe. Sein Bild ist mit einem Kreuz markiert.



Privatbesitz

Aufgaben

1. Erarbeite die Erfahrungen von Arnold Wochenmark, Therese Kappenmacher, Doris und Hans Bernheim aus den Textquellen.
2. Vergleiche ihre Erfahrungen und erörtere, welche Ursachen die unterschiedlichen Erfahrungen hatten.
3. Betrachte das Foto von Hans Bernheim und schreibe auf, wie er wohl seine Situation in der Schule empfunden haben mag. Vergleiche seine Gefühle mit denen seiner Mitschüler.
4. Überlege dir, welche Erfahrungen der Ausgrenzung du selbst gemacht hast und wie du damit umgegangen bist.
5. Nennt Hilfsangebote für Schülerinnen und Schüler, die es an eurer Schule gibt, und diskutiere, ob diese Angebote die Betroffenen unterstützen.

Wirtschaftliche Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung

A 3

Am 1. April 1933 begann ein landesweiter Boykott von Geschäften, Kanzleien und Arztpraxen, die von Jüdinnen und Juden geführt wurden. Die zentral gesteuerte Massenaktion wurde von Angehörigen der örtlichen SA und SS durchgeführt. Aufgrund des weit verbreiteten Antisemitismus schlossen sich viele Menschen dem

Boykott an. Vereinzelt gab es Proteste. Im Laufe der folgenden Jahre verschärfte sich der wirtschaftliche Existenzkampf und viele Jüdinnen und Juden verloren durch die von den Nationalsozialisten betriebenen sogenannten Arierisierungen ihr Eigentum.

Das Textilgeschäft von Gustav Lion

Fallbeispiel aus Tübingen

Gustav Lion war Soldat im Ersten Weltkrieg und ausgebildeter Kaufmann. 1930 kam er von Oldenburg nach Tübingen und übernahm das Textilgeschäft „Julius Stern“, das im Zentrum der Stadt lag. Davon versprach sich Lion für seine Familie eine gesicherte Existenz.



Vorlage: Stadtarchiv Tübingen

SA-Posten vor Gustav Lions Geschäft in der Neckarstraße (heute Neckargasse) am 1. April 1933



Tübinger Chronik

Anzeige in der Tübinger Chronik vom November 1933

Gustav Lion berichtet über antisemitische Anfeindungen und den Boykott jüdischer Einrichtungen:

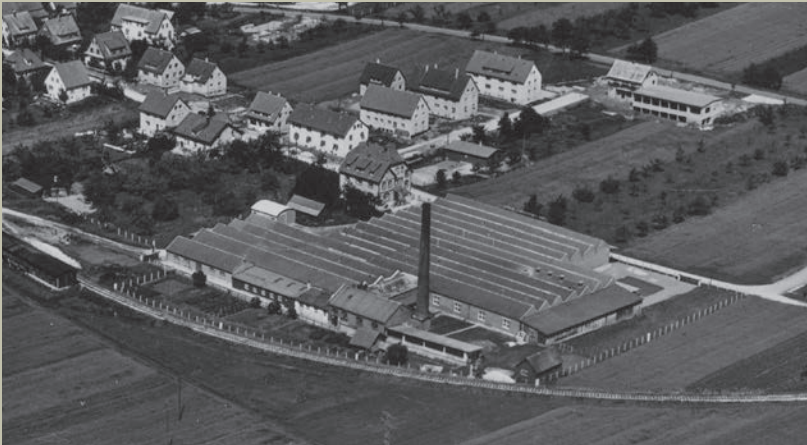
„Im Oktober 1930 kamen wir nach Tübingen. Voller Hoffnung fing ich an, das Geschäft nach allgemeinen sehr guten Bedingungen zu führen. Doch bereits nach kurzer Zeit merkte ich, daß ich mich in der Universitätsstadt Tübingen und deren Bevölkerung sehr getäuscht hatte. Denn schon 1930/31 wurde von der Universität aus ein ganz großer Boykott gegen die jüdischen Geschäfte betrieben. Selten kam ein Student in mein Geschäft. Im Kino wurde geschrien ‚Juden raus‘. Und so geschah manches, das man leider unterschätzte. Ich dachte, es ginge vorüber, aber ich täuschte mich. Die Verbrecher kamen. [...] Am 1.4.1933 standen zwei SA-Posten vor meinem Geschäft, welche an diesem Samstag die Leute hinderten, das Geschäft zu betreten. Bis um 10 Uhr vormittags stand ich in meinem Geschäft mit allen Kriegsauszeich-

nungen wie Eisernes Oldenburgisches Verdienstkreuz und Verwundetenabzeichen. Als ich um 10 Uhr schloß, gingen die SA-Leute weg. Dann öffnete ich wieder um 10.30 Uhr und die SA-Posten erschienen wieder vor dem Geschäft. Dann schloß ich mittags endgültig. [...] Im Februar 1934 verließ ich Tübingen. Ich ließ alles zurück, niemand sollte wissen, daß ich weg wollte; denn man mußte zur politischen Polizei, und das wollte ich nicht. So fuhr ich nach Hagenau im Elsaß, d.h. die erste Station war Mülhausen im Elsaß. Dort meldete ich mich im Flüchtlingsheim und bekam einen Posten als Reisender für Wäsche für drei Bezirke von Frankreich. Bemerken möchte ich noch, daß ich keine Arbeitsgenehmigung bekam. Sie können sich vielleicht vorstellen, wie mir zumute war, wenn ich einen Polizisten sah oder er mich anhielt.“

Zitiert nach Lilli Zapf: Die Tübinger Juden, Tübingen 1981, S. 147, und Lioba Schlör: „Ich konnte das Gebaren der Nazis nicht stillschweigend ertragen“. Die Vertreibung des Textilhändlers Gustav Lion, in: Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden, Stuttgart 1995, S. 195–199, hier S. 197.

Die Mechanische Leinenweberei Laichingen (MLL)

Fallbeispiel aus Laichingen



Cekade/Ansichtskarten-Center

Seit 1903 bestand die MLL in Laichingen, einem kleinen Ort auf der Schwäbischen Alb. Das Unternehmen war der größte Arbeitgeber in Laichingen. Die Familie Kahn führte die MLL von der Zentrale in Stuttgart aus. Seit 1937 stieg der Druck auf die Firma massiv und die Inhaber mussten den Verkauf vorantreiben. 1938 wurde die Familie schließlich zum Verkauf gezwungen.

Rudolf Kahn berichtet:

„Eines Tages [...] kam Dr. Linder [der von den Kahns mit dem Verkauf beauftragte Experte] und teilte uns mit, er sei von interessierter Seite angesprochen worden und brauche genauere Zahlen. Als wir fragten, um wen es sich handle, konnte er keine Auskunft geben. Das Wirtschaftsministerium des Landes Württemberg sei an ihn herantreten und wolle Informationen. Das war ziemlich ungewöhnlich, aber wir mussten es akzeptieren. [...] Die Verhandlungen – wenn man sie so nennen kann – waren völlig einseitig. Zunächst wurden wir informiert, der höchste Preis für Liegenschaften sei der Einheitswert, der etwa 35 % des Verkehrswerts ausmache. Auch die Maschinenanlagen erbrachten demnach nicht mehr als 40 % des Werts. [...] Während der ganzen Zeit erfuhren wir nicht, in wessen Auftrag das Wirtschaftsministerium handelte. [Erst bei der Vertragsunterzeichnung erfuhren die Kahns den Namen des Käufers Dr. Weiss.] [...] Und so verkauften wir mit einem Federstrich das Lebenswerk meines Vaters und Onkel Hugos, für weniger als die Hälfte des Preises, den wir auf dem offenen Markt erzielt hätten. [...] In den Tagen nach der Unterzeichnung des Kaufvertrages versuchten wir, über Dr. Weiss ein paar Erkundigungen einzuholen. Das erste, was wir erfuhren, war, dass er zum engsten Kreis um Gauleiter Murr gehörte und einer seiner Busenfreunde war. Er hatte eine Anstellung beim Winterhilfswerk gehabt, wo es anscheinend zu Unregelmäßigkeiten gekommen war, sodass er gehen musste. Dann wurde er zum Chef der Presseabteilung der Nazi-Partei für das Land Württemberg ernannt und später zum Vizepräsidenten der Württembergischen Landessparkasse [...]. Nun versuchte er, eine Textilfabrik zu leiten, wofür er genauso wenig Kenntnisse mitbrachte. [...] Es stellte sich bald heraus, dass er nicht viel Zeit bei der MLL zubringen würde, da er seine Stelle bei der Württembergischen Landessparkasse behielt. Er sagte unseren langjährigen Angestellten, sie müssten sich um alles kümmern, er werde nur morgens eine Stunde anwesend sein.“

Zitiert nach Alfred R. Kandler: In der Höhle des Löwen. Lebensbericht eines schwäbisch-jüdischen Textilunternehmers, Stuttgart 2010, S. 138–141.

Aufgaben

1. Beschreibe die beiden Enteignungsprozesse und gehe dabei besonders auf die NS-Akteure und ihr Verhalten ein.
2. Beschreibe die Reaktionen der Betroffenen und die Folgen, die der Boykott und die Enteignungen für sie besaßen.
3. Vergleiche die beiden Fallbeispiele.
4. Erkläre, warum Gustav Lion und Rudolf Kahn von ihrer nicht-jüdischen Umwelt so wenig Unterstützung bekommen haben.
5. Historikerinnen und Historiker bezeichnen die nationalsozialistische Gesellschaft als „Raubgemeinschaft“. Diskutiert in eurer Klasse, inwiefern dieser Begriff auf die Fallbeispiele zutrifft.

Pogromnacht 1938 und Massenflucht

A 4

Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 zog für die dortige jüdische Bevölkerung eine ungeheure Welle der Gewalt nach sich. Mit dem reichsweiten Pogrom am 9./10. November 1938 erreichte sie

einen neuen Höhepunkt. Zahlreiche Synagogen wurden abgebrannt und zerstört. Vielerorts kam es zu gewalttätigen Übergriffen auf Jüdinnen und Juden. In der Folge nahmen die Auswanderungszahlen deutlich zu.

Das Pogrom in Ulm aus der Sicht der Betroffenen

Erfahrungsberichte

Nach einem Bericht des „Ulmer Tagblatts“ vom 11. November 1938 wurden 56 Juden in „Schutzhaft“ genommen. Einige Betroffene schildern ihre Erlebnisse nach der NS-Zeit rückblickend:

Herr F. B.: „[...] morgens zwischen 3 und 4 Uhr wurde ich aus dem Bett von der SA geholt. Trotz der Kälte hatte ich nur Unterwäsche an, da es mir nicht erlaubt wurde, mich anzuziehen. Die 3 Leute von der SA schleppten mich in ihr Auto und brachten mich zum Neuen Bau, wo sie mich aus dem Auto herausgeworfen haben. Ich wurde dann von der Masse, die am Neuen Bau stand, schwer misshandelt. Mein ganzer Körper war durch die Misshandlungen blutunterlaufen. Nachmittags kam ich ins Gefängnis in Ulm, wo ich ebenfalls verprügelt wurde. Am nächsten Tag kam ich nach Dachau, wo ich auch sehr misshandelt wurde [...]. Ich war 6 Wochen in Dachau und wurde dann, da ich im Ersten Weltkrieg an der Westfront für Deutschland gekämpft habe, entlassen.“

Herr M.: „In der Nacht [...] wurde ich von zwei mir unbekanntem Burschen, die in das Haus eingedrungen waren, aus meiner Wohnung auf den Weinhof weggeführt. Dort fand ich mich sofort von einem Haufen Menschen umzingelt, die in rohester Weise auf mich einschlugen, mich zu Boden warfen und mit ihren Schuhen auf mir herumtrampelten [...].“

Herr S. L.: „Ich kam mit anderen per Omnibus nach Dachau. Als wir vom Gefängnis aus den Omnibus bestiegen, sahen viele Neugierige von der Bevölkerung zu und gaben unzweideutig zu erkennen, dass sie sich über den Abtransport freuten. Das Benehmen von besonders einem der Anwesenden hat mich besonders gewundert. Es war ein Fotograf, der ein kleines Photogeschäft in der Nähe des Münsterplatzes hatte, und den ich durch regelmäßige Käufe und Aufträge unterstützte [...]. T. machte Aufnahmen von uns und machte kein Hehl daraus zu zeigen, dass ihm dieser Auftrag sympathisch war. Das Benehmen der Zuschauer im allgemeinen hat mich besonders beeindruckt und ich konnte darüber lange nicht hinwegkommen.“

Zitiert nach Heinz Keil: Dokumentation über die Verfolgungen der jüdischen Bürger von Ulm/Donau, Ulm 1961, S. 153, 155, 159f.

Das Pogrom aus der Sicht der Täter

Geheimbericht des Sicherheitsdienstes (Auszug) vom 1. Februar 1939 für Württemberg-Hohenzollern

„Das Hauptereignis der Berichtszeit war die als Folge des Mordes an vom Rath entstandene Aktion gegen die Juden am 9.11.1938 und der folgenden Zeit. Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden:

1. Der durch die Aktion entstandene Gesamtschaden beträgt RM 197 950.-.
2. Insgesamt wurden 18 Synagogen verbrannt, bei 12 Synagogen wurde die Inneneinrichtung demoliert.
3. Die Gesamtzahl der verhafteten Juden beträgt 878, von denen nunmehr noch 40 inhaftiert sind.
4. Im Verlauf der Aktion (einschließlich Dachau) ereigneten sich 13 Todesfälle. Außerdem wurden 2 Selbstmordversuche gezählt.
5. Insgesamt ereigneten sich 5 Plünderungen von Geschäften und Wohnungen, und zwar in Heilbronn und Stuttgart.
6. Die Aufnahme in Parteikreisen war durchwegs gut. Es wurde teilweise bemängelt, dass einzelne Pgg. [Parteigenossen] sich bei der Übernahme von jüdischen Geschäften und Besitzes unrühmlich benahmen. [...]
8. Bezüglich der Auswanderung hat die Aktion bewirkt, daß von den verhafteten Juden 253 sich sofort zur Auswanderung bereiterklärten.“

Zitiert nach Paul Sauer (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 53–58, Nr. 318, hier S. 54.

Die Synagoge in Ulm nach dem Novemberpogrom

Fotografie

Stadtarchiv Ulm



In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die Synagoge zerstört. Ab dem 24. November wurde sie auf Kosten der jüdischen Gemeinde abgebrochen.

Auswanderung von Jüdinnen und Juden aus Deutschland

Statistik

	Nordamerika	Mittelamerika	Südamerika	Australien Neuseeland	Afrika	Asien ohne Palästina	Palästina	Europa	Gesamt
1933 seit 30.1.	4300	700	3600	200	1400	100	10000	43100	63400
1934	5000	900	6700	250	2000	150	10000	20000	45000
1935	5000	800	6200	250	2100	650	12700	7800	35500
1936	6700	800	8200	300	5050	550	7200	5200	34000
1937	6000	800	5800	500	1600	500	3000	7300	25500
1938	9300	1100	7150	500	1500	5150	3300	20611	49001
1939	9600	3100	10450	1600	900	6800	6200	29350	68000
1940	5409	581	2504	15	199	1734	1009	9545	20996
1941	3804	582	821	0	11	108	21	430	5787
Gesamt	57189	9728	53472	4015	14760	16374	53430	143326	352294

Nach www.statistik-des-holocaust.de [Zugriff 21.05.2021].

Flucht und Emigration

Erfahrungsberichte aus Ludwigsburg

Herr H.: „Im Jahre 1939 wanderten wir nach Argentinien aus [...] als wir hier ankamen, waren hier sehr schlechte Zeiten und wir mußten in der Landwirtschaft arbeiten, eine sehr schlecht bezahlte Arbeit zu jener Zeit [...].“

Frau J.: „Ende Juni 1939 wanderte ich nach England aus [...] Als der Krieg ausbrach, nahm ich eine Haushaltsstelle an der Westküste an [...] Im Juni 1940 mußte ich die Küste als Ausländerin verlassen. Vom Juni 1940 bis 1946 lebte ich in London und arbeitete in bescheidener Weise wieder im Lehrberuf. In der Hauptsache unterrichtete ich erwachsene Emigranten in der englischen Sprache [...].“

Herr H.: „Über unser persönliches Schicksal ist zu berichten, daß ich das Glück hatte, Anfang 1939 nach Amerika zu entkommen, nicht ohne vorher im Zusammenhang mit der Kristallnacht ein kurzes Gastspiel im KZ Dachau absolviert zu haben.“

Frau A.: „Mein ältester Sohn [...] wurde nach Dachau gebracht (17-jährig). Auch mein Mann kam zu derselben Zeit in ein sogenanntes Schutzhaft-Gefängnis. Damals habe ich eine Weile gefürchtet, den Verstand zu verlieren, mußte mich aber aufraffen, um unsere Auswanderung zu betreiben. Zum Glück ist es uns gelungen, kurz vor Toresschluß nach USA auszuwandern [...].“

Zitiert nach Beate Schüßler: Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung (Ludwigsburger Geschichtsblätter 30), Ludwigsburg 1978, S. 67, 69.

Aufgaben

1. Beschreibe das Pogrom im November 1938 aus Sicht der Betroffenen und der Täter.
2. Arbeite heraus, inwiefern das Geschehen aus Tätersicht im Vergleich zur Opfersicht verharmlosend dargestellt ist.
3. Erläutere die Folgen des Pogroms mithilfe der Statistik und der Erfahrungsberichte aus Ludwigsburg.
4. Charakterisiere die Erfahrungen der Emigrantinnen und Emigranten.
5. Recherchiere, was in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 bei dir vor Ort passiert ist.

Ghettoisierung und Entrechtung vor den Deportationen

A 5

Die Entrechtung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die sich nach dem Novemberpogrom noch in Deutschland befanden, beschleunigte sich rasant. Durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen wurde ihr Leben immer weiter eingeschränkt und sie wurden immer stärker isoliert. Einschneidend für ihren Alltag war auch die

Entscheidung der NS-Regierung, Jüdinnen und Juden in „Judenhäusern“ oder jüdischen Altenheimen zu „konzentrieren“. Durch die Ghettoisierung wurden sie von den „arischen“ Deutschen getrennt und ihre Deportation wurde vorbereitet. Mit Kriegsbeginn spitzte sich die Lage weiter zu.

Antijüdische Gesetze und Verordnungen 1938–1941

Chronologie

November 1938	<ul style="list-style-type: none"> • Juden ist der Besitz und Erwerb von Waffen und Munition verboten. • Juden wird eine „Sühneleistung“ für die Schäden des Pogroms von einer Milliarde Reichsmark auferlegt. • Juden dürfen nur noch jüdische Schulen besuchen. • Juden verlieren ihren Anspruch auf staatliche Fürsorge in Notsituationen und sind auf die freie jüdische Wohlfahrtspflege angewiesen.
Dezember 1938	<ul style="list-style-type: none"> • Führerscheine und Kfz-Zulassungsbescheinigungen von Juden werden ungültig und müssen abgeliefert werden.
April 1939	<ul style="list-style-type: none"> • Mit dem „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden“ verlieren Juden ihren Kündigungsschutz; die Zusammenlegung von jüdischen Familien in „Judenhäusern“ wird angeordnet.
Juli 1939	<ul style="list-style-type: none"> • Die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ wird gegründet: Diese Einrichtung muss in Zusammenarbeit mit dem NS-Staat die jüdische Auswanderung forcieren.
September 1939	<ul style="list-style-type: none"> • Juden dürfen nach 8 Uhr abends ihre Wohnungen nicht mehr verlassen.
Oktober 1939	<ul style="list-style-type: none"> • Juden wird KZ-Haft angedroht, falls sie behördlichen Anweisungen nicht folgen oder ein „staatsabträgliches Verhalten“ zeigen.
September 1941	<ul style="list-style-type: none"> • Juden ab dem 6. Lebensjahr müssen einen „Judenstern“ an ihrer Kleidung tragen; sie dürfen ihren Wohnort nicht mehr ohne Genehmigung verlassen; das Tragen von Orden und Abzeichen ist ihnen untersagt.
November 1941	<ul style="list-style-type: none"> • Juden müssen Fahrräder, Fotoapparate, Ferngläser und andere im Privatbesitz verbliebene Geräte abliefern.

Nach Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1996.

Erinnerung eines jüdischen Mädchens aus Stuttgart

Bericht



Hannelore Marx und ihr Bruder in den 1920er Jahren

Hannelore Marx wurde 1922 in Stuttgart geboren und überlebte die Deportation nach Riga 1941, wo ihre Eltern ermordet wurden. Sie berichtet über die Zeit nach dem Novemberpogrom 1938:

„In der Zwischenzeit war uns alles verboten. Schon lange vorher durften wir nicht mehr zu Sportveranstaltungen, ins Kino, Theater oder in ein Restaurant gehen. Aber nun stellten auch die Einzelhändler Schilder auf: ‚Juden sind hier nicht erlaubt‘. Klassenkameraden und Kinder, mit denen wir aufgewachsen waren, grüßten uns nicht mehr. Niemand sprach mit uns, aus Angst, gesehen zu werden, aus Angst, denunziert zu werden. Menschen, denen Mama mit Lebensmitteln und Kleidern geholfen hatte, als sie in Not waren, wandten sich im Hass gegen uns. [...] Am 1. September 1939 brach der Krieg zwischen England und Deutschland aus. [...] Wenn die Sirenen ertönten, packten wir unsere kleinen Koffer oder eine große Tasche, die unsere Papiere und Fotos enthielten, und rannten die Treppe hinunter in den Keller. Wir, die Juden, mussten im Keller getrennt von den Nichtjuden sitzen und wir durften uns nicht unter die anderen mischen. [...] Im

Aufgaben

Frühjahr 1941 schickte uns der Vermieter des Mehrfamilienhauses, in dem wir seit 19 Jahren lebten, einen Brief, mit dem er uns die Wohnung kündigte, um sein Haus ‚judenrein‘ zu machen. Papa ging zur Jüdischen Kultusgemeinde und fragte um Rat. Einige der Häuser in jüdischem Besitz waren noch nicht enteignet worden, und glücklicherweise bekamen wir dort eine Wohnung. Sie hatte ein Schlafzimmer und ein Wohnzimmer für uns und zwei andere Zimmer, die schon von zwei Juden belegt waren, und eine Küche, die wir uns teilen mussten. Ich schlief im Wohnzimmer, zusammen mit einem anderen Mädchen. [...] Schon 1939 [...] hatten alle Juden eine Mitteilung erhalten, dass sie ihre Radios an einer bestimmten Stelle abzuliefern hätten. Es war strengstens untersagt, eines zu behalten. [...] Lange vorher schon mussten wir unseren Schmuck und andere Gold- und Silbersachen abliefern. Sogar Eheringe wurden weggenommen. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt nichts Wertvolles mehr in unserem Besitz [...]. Jeden Tag litten die Juden unter neuen Vorschriften und Verboten. Es gab nun eine Ausgangssperre für uns, die uns verbot, abends und nachts das Haus zu verlassen. Alle Nahrungsmittel wurden rationiert. Wir bekamen auch Lebensmittelkarten, die alle ein kleines ‚J‘ aufgedruckt hatten, um es uns unmöglich zu machen, sie in einem beliebigen Lebensmittelladen einzulösen. Es gab jetzt nur noch einen Laden für uns in ganz Stuttgart, den Judenladen, wo wir einkaufen

konnten. Er lag ziemlich weit von unserer Wohnung entfernt in der Seestraße im Norden von Stuttgart. Ich erledigte alle Einkäufe und musste eine Straßenbahn benutzen, um dorthin und wieder nach Hause zu kommen. Die eine Hälfte des Ladens war für Lebensmittel, die andere für Fleisch. Man kann sich denken, dass sich draußen lange Warteschlangen bildeten, und man musste geduldig warten bis man an die Reihe kam. Viele Nahrungsmittel waren nicht erhältlich,

auch wenn wir die entsprechenden Karten hatten, und die Rationen waren sehr dürftig. Kaffee, Zucker, Tee, Öl und Butter, um nur einiges zu nennen, erschienen nicht auf unseren Lebensmittelkarten, aber auch andere Dinge waren entweder ausverkauft oder der Laden machte sich nicht die Mühe, sie uns zu verkaufen. Kleider und Schuhe bekamen Juden nicht. [...] Im Herbst 1941 wurden die Juden gezwungen, einen gelben Stern zu tragen mit schwarzen Buchstaben, die so ähnlich wie hebräische Buchstaben aussahen. Dieser Stern musste auf der linken Seite unserer Kleidung in Höhe des Herzens aufgenäht werden. Es war nicht erlaubt, ihn zu bedecken, sondern man musste ihn offen und für jedermann sichtbar tragen. Natürlich starrten uns die Leute auf der Straße an, und manche fluchten oder beleidigten uns. Es war ein unbeschreibliches Gefühl von Schmach, und es gehörte Mut dazu, auf die Straße zu gehen und sich der Öffentlichkeit auszusetzen. Während der ersten Tage weigerte ich mich, nach draußen zu gehen und mich auf der Straße zu zeigen, aber dann musste irgendjemand die Einkäufe erledigen, und ich musste zur Arbeit gehen. In den Straßenbahnen durften Juden nicht ins Innere gehen, sie hatten auf der Plattform beim Fahrer zu stehen. Ich drückte mich immer in eine Ecke, das Gesicht nach außen dem Fenster zugewandt, aus Angst, jemand anzusehen oder angesehen zu werden. Ich war verlegen und schämte mich. Wenn Leute in der Bahn waren, die ich kannte, schaute ich lieber auf den Boden als in ihre schuldbewussten Gesichter.“

Hannelore Marx: Stuttgart – Riga – New York. Mein jüdischer Lebensweg. Lebenserinnerungen, Horb 2005, S. 41–45.

1. Beschreibe die Veränderungen im Leben von Hannelore Marx und charakterisiere ihre Erfahrungen.

2. „Wenn Leute in der Bahn waren, die ich kannte, schaute ich lieber auf den Boden als in ihre schuldbewussten Gesichter.“ Erkläre die Situation und die Gefühle von Hannelore Marx und ihren Bekannten.

3. Hannelore Marx hat ihre Erinnerungen erst im Alter von 71 Jahren über einen Zeitraum von fünf Jahren für ihren Sohn und ihre Enkel in ihrer neuen Heimat New York verfasst. Charakterisiere die Absicht, die sie mit ihrem Bericht verfolgt. Überlege, worauf man beim Lesen der Quelle achten muss.

4. Recherchiere, welche Folgen die antijüdischen Verordnungen für Jüdinnen und Juden in deinem Ort hatten.



Propagandafoto vom Stuttgarter „Judenladen“ in der Seestraße

Erste Deportation nach Riga im Dezember 1941

A 6

Mit der ersten Deportation nach Riga am 1. Dezember 1941 setzte auch in Württemberg und Hohenzollern eine Politik zur Umsetzung der „Endlösung der Judenfrage“ ein. 1.000 Menschen, nach den Vorgaben der Gestapo vornehmlich jüngere und arbeitsfähige, mussten ihre Heimat verlassen und dabei fast ihr gesamtes Hab und Gut zurücklassen; kranke und ältere Personen waren noch ausgenommen. Die Jüdische Mittelstelle für Auswanderung hatte die Menschen, die von dieser als „Umsiedlung“ getarnten Aktion betroffen waren, auf

Druck der Gestapo auszuwählen und zu benachrichtigen. Ende November wurden aus zahlreichen Gemeinden Menschen nach Stuttgart gebracht und unter menschenunwürdigen Verhältnissen im Sammellager Killesberg „konzentriert“. In der Nacht zum 1. Dezember wurden die Menschen vom Nordbahnhof aus in Personenwagen ins lettische Riga verbracht. Im Lager Jungfernhof erwarteten sie Zwangsarbeit, Hunger und gezielte Tötungsaktionen. Von den etwa 1.000 Deportierten überlebten nur 43 Menschen.

Hitler am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag Rede

„Denn Europa kann nicht mehr zur Ruhe kommen, bevor nicht die jüdische Frage ausgeräumt ist. [...] Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist. Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. [...]“

Die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, damit diese wurzellose internationale Rasse an den Geschäften des Krieges verdient und ihre alttestamentarische Rachsucht befriedigt. Über die jüdische Parole ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich: ‚Schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!‘“

Zitiert nach Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2: Untergang, Erster Halbband: 1939–1940, München 1965, S. 1057f.

Abtransport der Jüdinnen und Juden aus Laupheim am 28. November 1941

Fotografie



Fotoarchiv Ernst Schäl/Museum zur Geschichte von Christen und Juden, Laupheim

Sammellager am Stuttgarter Killesberg (1941)

Fotografie



Stadtarchiv Stuttgart

Vorbereitung der Deportation

Erlass der Gestapo (Auszug) vom 18. November 1941

I.

Im Rahmen der gesamt-europäischen Entjudung gehen z.Zt. laufend Eisenbahntransporte mit je 1000 Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Reichskommissariat Ostland, Württemberg und Hohenzollern ist daran zunächst mit einem Transport von 1000 Juden beteiligt, der am 1.12.1941 von Stuttgart aus abgeht. (Näheres siehe Ziffer III).

II.

Die in Frage kommenden Juden wurden bereits hier zahlenmäßig und personell erfasst. Massgebend war dafür § 5 der Ersten VO. zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.35 - RGBl. I, Seite 1335. Ausgenommen wurden

1. in deutsch-jüdischer Mischehe lebende Juden;
2. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit;
3. Juden im Alter von über 65 Jahren.

In Einzelfällen wurde allerdings dieser Rahmen durchbrochen. Die aus dem dortigen Bereich für die Evakuierung in Betracht kommenden Juden sind aus der Anlage / 1 ersichtlich. Einzelne Änderungen, die durch die parallel laufende Umsiedlung der restlichen Juden innerhalb Württembergs, durch besondere Verhältnisse, Krankheit usw. unvermeidlich sind, werden laufend mitgeteilt. Ich mache besonders darauf aufmerksam, dass auf keinen Fall von der für den dortigen Bereich vorgesehenen Kopfsahl, sowohl nach oben als nach unten, abgewichen werden darf. Überzählige Juden werden wieder in ihre früheren Wohnorte zurückgeschickt. Ausfälle (durch Selbstmord usw.) sind unverzüglich mitzuteilen.

III.

Der für die Beförderung der Juden vorgesehene Eisenbahnzug fährt fahrplanmäßig am 1. Dezember 1941 zwischen 8 und 9 Uhr von Stuttgart ab.

Die zu evakuierenden Juden sowohl aus Stuttgart selbst als auch aus dem Lande werden in einem Durchgangslager auf dem Gelände der früheren Reichsgartenschau (Killesberg) in Stuttgart vom 27.11.1941 ab konzentriert.

IV.

Es darf pro Person mitgenommen werden:

- a) Zahlungsmittel bis zu RM 50.-- in Reichskreditkassenscheinen. Die Beschaffung dieser Zahlungsmittel erfolgt von hier aus, sodass die dortigen Juden praktisch keine Zahlungsmittel beim Transport hierher mit sich führen dürfen.
 - b) 1 oder 2 Koffer mit Ausrüstungsstücken, (kein sperriges Gut). Dieses Gepäck darf das Gewicht von 50 kg nicht überschreiten.
 - c) Bettzeug, bestehend aus 1-2 Wolldecken, 2 Leintüchern und für 2 Personen 1 vollständige Matratze (jedoch ohne Kopfteil).
 - d) Vollständige Bekleidung (besonders warmes Überzeug und ordentliches Schuhwerk).
 - e) Mundvorrat für 1-2 Tage. Für die übrige Verpflegung aller Transportteilnehmer ist bereits von hier aus ausreichende Vorsorge getroffen).
 - f) Essgeschirr (Teller oder Topf mit Löffel)
- Nicht mitgenommen werden dürfen:
- Wertpapiere,
 - Devisen,
 - Sparkassenbücher usw.,
 - Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin mit Ausnahme des Eherings),
 - lebendes Inventar.
- ./.

Die ab 1.12.1941 gültigen Lebensmittelkarten sind vorher gegen Aushändigung einer Bescheinigung beim zuständigen Ernährungsamt abzugeben. Diese Bescheinigung ist im Sammellager hier vorzulegen.

Die Arbeitsbücher sind einzuziehen und dem örtlichen Arbeitsamt zu übergeben.

Aufgaben

1. Arbeite heraus, welche Gründe Adolf Hitler in seiner Rede für die Verfolgung der Jüdinnen und Juden nennt.

2. Recherchiere zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Ideologie. Erläutere, was ihn so einzigartig macht und von früheren antisemitischen Einstellungen unterscheidet.

3. Mit dem Erlass der Geheimen Staatspolizei wird die erste Deportation aus Württemberg und Hohenzollern organisiert. Untersuche den Text in Hinblick auf die Sprache der Nationalsozialisten. An welchen Stellen wird verharmlost und wo tritt offen die Härte und Unmenschlichkeit hervor?

4. Stelle anhand des Erlasses der Geheimen Staatspolizei zusammen, wie die Deportation ablaufen soll. Wer ist betroffen? In welchen Schritten erfolgt der Abtransport? Was dürfen die Betroffenen mitnehmen?

5. Ordne das Foto von der Deportation der Laupheimer Jüdinnen und Juden mit Hilfe des Erlasses der Geheimen Staatspolizei ein. Welche Akteure und Handlungen kannst du erkennen? Überlege, wie das Foto auf eine Person ohne jegliches Vorwissen wirken könnte.

6. Beschreibe das Foto vom Sammellager auf dem Stuttgarter Killesberg in einem kurzen Text. Charakterisiere die abgebildeten Zustände, indem du eine Liste mit fünf Adjektiven zur Atmosphäre an diesem Ort und der Lage der Menschen erstellst. Schreibe auf der Basis des Fotos einen fiktiven inneren Monolog oder Tagebucheintrag zu den Gedanken, Sorgen, Ängsten, aber auch Hoffnungen von einer der abgebildeten Personen.

Zweite große Deportation ins KZ Theresienstadt im August 1942

A 7

Die zweite große Deportation erfolgte am 22. August 1942 und hatte das KZ Theresienstadt zum Ziel. Vor allem ältere und kranke Menschen wurden Opfer der Verfolgung. Württemberg und Hohenzollern waren danach fast „judenfrei“. Die Deportation auch alter und kranker Menschen verdeutlicht die immer radikalere Umsetzung der ideologischen Anschauungen und Ziele der Nationalsozialisten. Aus verschiedenen Regionen Württembergs und Hohenzollerns und aus Stuttgart selbst wurden über 900 Menschen zum Sammellager auf dem Killesberg verschleppt. Weitere

Jüdinnen und Juden aus Baden kamen hinzu. Schlechte Unterbringungsbedingungen und brutale Behandlung forderten bereits im Sammellager erste Todesopfer. In der Nacht zum 22. August wurden über 1.000 Menschen zum Nordbahnhof gebracht und nach Theresienstadt deportiert. Das vermeintliche Altenheim, als das das Lager den Deportierten dargestellt worden war, entpuppte sich schnell als KZ mit katastrophalen Zuständen, in dem viele von ihnen starben oder von dem aus sie weiter in Vernichtungslager deportiert wurden.

Vorbereitung der Deportation

Erlass der Gestapo vom 14. August 1942

„Betr. Abschiebung von Juden.

Vermerk: Eilt sehr! Landratsamt Biberach

Am 22. 8. 1942 geht von Stuttgart aus ein Transport mit Juden nach dem Protektorat. Zu diesem Transport sind vom dortigen Kreis die in beiliegender Liste namhaft gemachten Juden eingeteilt. Diese werden inzwischen von der Jüdischen Kultusvereinigung, Stuttgart, schriftlich von der Evakuierung verständigt. Die Juden werden in einem Sammellager (Killesberg) in Stuttgart zusammengefaßt.

Ich ersuche, sämtliche namhaft gemachten Juden dort zu sammeln und am Donnerstag, den 20. 8. 1942, nach Stuttgart (Hauptbahnhof) zu überstellen. [...]

Ein Ausscheiden eines namhaft gemachten Teilnehmers aus irgendeinem Grunde, Krankheit, Gebrechlichkeit usw., kann nicht erfolgen. Vorkehrungen für den Transport der sogen. Transportunfähigen sind rechtzeitig zu treffen, so daß sämtliche eingeteilte Juden rechtzeitig in Stuttgart eintreffen.“

Zitiert nach Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004, S. 88.

Die Zustände im Sammellager Killesberg in Stuttgart

Bericht von Resi Weglein

„Ankunft in Stuttgart, Verfrachtung in Omnibusse, Fahrt auf den Killesberg, Übernahme durch die Gestapo. Gleich beim Eintritt in die Ausstellungshalle wieder Leibesvisitation, bei der meinem Mann die Uhr mit Kette und das Geld abgenommen wurde. Als er sich wehrte und sagte, er sei hundertprozentig Kriegsbeschädigter, wurde erwidert, daß das keine Rolle spiele, da kein Jude eine 900 gestempelte Uhr haben dürfe. Aus meiner Handtasche wurden Kölnisch Wasser und Schokolade gestohlen. Meine Uhr, die ich auf der Fahrt in ein blutiges Taschentuch eingeknotet hatte, fand ich als einzigen Tascheninhalt wieder vor. Also war Judenblut doch für etwas gut. Killesberg! Diese Nacht des Wahnsinns und des Grauens bleibt unvergessen. 1.076 Menschen meist über 65 Jahre alt – nach dem ‚bevorzugten‘ Theresienstadt kamen nur sogenannte Überalterte, Schwerekriegsbeschädigte über 50 % und Träger hoher Kriegsauszeichnungen – saßen auf Stühlen und mußten so schlafen. [...] Dazu der Höllenlärm von über tausend Menschen. Acht arme alte Menschen sind in dieser Nacht gestorben, zwölf haben wir sterbend zurückgelassen.

Unser Führer E. M. betonte immer wieder, daß man nicht ins Freie dürfe, da man sonst erschossen würde. Licht dürfe nur ganz spärlich brennen. Davon, daß wir in den Tod gehen sollten, hat er nichts erzählt. Im Gegenteil, er tischte Märchen auf von der Schönheit des Lagerlebens. Am anderen Tag wurden wir sehr gut gepflegt; es war eine Henkersmahlzeit, denn nach zwei Jahren und zehn Monaten Theresienstadt sind wir erstmals nach dem Einmarsch der Russen wieder satt geworden.

An diesem 21.8.42 erhielten wir von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart, eine Verfügung zur Einziehung unseres Vermögens samt ‚Zustellungsurkunde‘. Beide Dokumente überreichte uns – gegen Gebühr von 1,15 Reichsmark – der Gerichtsvollzieher Zubler im Sammellager Killesberg.“

Zitiert nach Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004, S. 92.

Die Ankunft in Theresienstadt

Bericht der Krankenschwester Elsa Ruth Rieser



Židovské muzeum v Praze

Luftbild des Lagerkomplexes Theresienstadt

„Am 22. August 1942 kamen wir in das Sammellager Killesberg-Stuttgart, von da aus der Transport 1.200 Leute nach Theresienstadt abtransportiert wurde. Schon unterwegs starben gesunde und kranke Leute [...]. Es wurde uns versprochen, daß wir in ein Altersheim kommen. Aber die Enttäuschung war groß, als [wir] in Theresienstadt auf dem Dachboden einer Kaserne landeten. Dort waren schon tausend Leute auf dem Steinboden ohne Unterlage, nur Bettzeug wurde uns gestattet, Kissen, Wolldecke, Fenster waren keine da, nur Dachluken. Durch das wenige Essen und sonstige Entbehrungen starben täglich so und so viel Leute an Typhus und Ruhr. Das Wasser mußten wir zum Putzen und übrige Arbeiten 4 Treppen vom Hof in kleinen Eimern tragen. Oft wurde der Brunnen abgestellt. Für die Putzarbeiten mußten wir Chlorkalk nehmen.“

Jeden Tag gingen Transporte nach dem Osten. Von Österreich, Tschechoslowakei, Holland, Polen und Deutschland kamen dauernd Transporte an; sobald welche von Theresienstadt abgingen, wurde wieder frisch aufgefüllt. Die Leute, die nicht zu krank und zu schwach waren, mußten schwer arbeiten, teils in Fabriken und Betrieben für das Militär. Wir wurden zu anderen Arbeiten eingesetzt. Es gab nie einen freien Tag, weder Sonntag oder Feiertag. 1944 bekam ich eine Brandblase durch einen defekten Ofen. Mein Finger wurde mir mit einer unsterilen Schere aufgeschnitten, was sofort eine Blutvergiftung – Phlegmone – verursachte. Der Körper war vollständig unterernährt mit 70 Pfund. Der Finger mußte amputiert werden, die Vergiftung breitete sich weiter am Arm aus und ist trotz 18 Operationen nicht zu retten gewesen. Ich verlor im Februar 1944 meinen Arm und konnte monatelang nicht mehr aufstehen. Ich wurde zu medizinischen Versuchen für das Militär benutzt. Mein größter Kummer war, meinen Beruf als Schwester nicht mehr ausüben zu können. Ich habe später im Lager trotzdem, so weit es ging, Nachtwachen und andere Arbeiten verrichtet.“

Zitiert nach Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004, S. 94.

Aufgaben

1. Erstelle anhand der Quellen ein Schema zu der Abfolge der einzelnen Stationen bei der Deportation.
2. Vergleiche den Erlass der Geheimen Staatspolizei auf dieser Seite mit demjenigen aus A 6. Welche Unterschiede kannst du erkennen? Erkläre, wieso man von einer Verschärfung der Regelungen bei dieser zweiten großen Deportation sprechen kann.
3. Resi Weglein schreibt in ihrem Bericht über das Sammellager auf dem Stuttgarter Killesberg: „Killesberg! Diese Nacht des Wahnsinns und des Grauens bleibt unvergessen.“ Erstelle eine Liste mit Punkten, die diese Aussage erklären.
4. Resi Weglein schreibt, dass die Verpflegung im Sammellager gut gewesen sei und man den Menschen von der „Schönheit des Lagerlebens“ in Theresienstadt berichtet habe. Überlege, wie diese „freundliche“ Behandlung zu erklären ist.
5. „Das KZ Theresienstadt diente der psychischen und physischen Vernichtung der Menschen“. Erkläre diese Aussage anhand von Elsa Ruth Riesers Bericht über die Lebensbedingungen in Theresienstadt.

Radikalisierung bei den kleineren Deportationen 1942 bis 1945

A 8

Neun weitere Deportationen jüdischer Bürgerinnen und Bürger erfolgten bis einschließlich 1945 von Stuttgart aus. Der fanatische Wille der Nationalsozialisten, Württemberg und Hohenzollern „judenfrei“ zu machen und die „Endlösung“ voranzutreiben, trat immer spürbarer zutage. Izbica, Auschwitz und Theresienstadt waren die

Zielorte dieser Deportationen. Nun wurden u. a. auch in „Mischehen“ lebende Jüdinnen und Juden deportiert. Eine Reihe von Betroffenen entzog sich durch Suizid der Schmach und Demütigung durch die Nationalsozialisten und dem drohenden qualvollen Tod in der Lagerhaft.

Weitere Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern Übersicht

26. April 1942	vom Sammellager Killesberg in Stuttgart nach Izbica	273 Menschen betroffen	Alle Deportierten wurden ermordet, nachdem sie von Izbica weiter in die Vernichtungslager Majdanek und Belzec deportiert worden waren.
13. Juli 1942	vom jüdischen Gemeindehaus in Stuttgart nach Auschwitz	49 Menschen betroffen	Alle Deportierten wurden ermordet.
1. März 1943	vom jüdischen Gemeindehaus in Stuttgart nach Auschwitz	27 Menschen betroffen	Eine Person überlebte, die übrigen wurden ermordet.
16. April 1943	vom jüdischen Gemeindehaus in Stuttgart nach Auschwitz und Theresienstadt	20 Menschen betroffen	Vier Personen überlebten, die übrigen wurden ermordet.
17. Juni 1943	vom jüdischen Gemeindehaus in Stuttgart nach Auschwitz	22 Menschen betroffen	Genauere Angaben liegen nicht vor, jedoch wurden die meisten ermordet.
24. September 1943	nach Auschwitz	zwei jüdische Witwen betroffen	Beide wurden ermordet.
11. Januar 1944	von der Stuttgarter Gestapo-Leitstelle im Hotel Silber nach Theresienstadt	35 Jüdinnen und Juden, deren „privilegierte Mischehe“ durch Scheidung oder Tod des Partners/der Partnerin nicht mehr bestand	Ungefähr 29 Menschen überlebten, die übrigen wurden ermordet.
30. November 1944	nach Bietigheim und dann teils in ein Arbeitslager bei Wolfenbüttel	Jüdinnen und Juden, die in einer „Mischehe“ lebten	Es liegen keine Zahlen vor.
12. Februar 1945	von Bietigheim nach Theresienstadt	58 Jüdinnen und Juden, die in einer „Mischehe“ lebten	Fast alle überlebten. Die übrigen wurden ermordet.

Lager und besetzte Gebiete 1943 bis 1945

Karte



Grafik: Lucia Winckler

Vorbereitung der Deportationen

Erlass der Gestapo Stuttgart an die Landräte und Polizeidirektoren vom 25. März 1942

„Betr.: Abschiebung von Juden nach dem Generalgouvernement

I. Die in der letzten Zeit in einzelnen Gebieten durchgeführte Umsiedlung von Juden nach dem Osten stellt den Beginn der Endlösung der Judenfrage im Altreich, der Ostmark und im Protektorat Böhmen und Mähren dar. Im Rahmen dieser Umsiedlung geht in nächster Zeit (siehe Ziffer III) von Stuttgart aus ein zweiter Transport von Juden von Württemberg und Hohenzollern nach dem Osten.

II. Die in Frage kommenden Juden wurden bereits hier zahlenmäßig und personell erfaßt. [...]

III. Der genaue Termin – Tag und Zeit – der Abfahrt des Zuges ist noch nicht bekannt und kann aus technischen Gründen erst wenige Tage vor Abfahrt des Zuges festgelegt werden. (Frühester Termin für die Konzentrierung der Juden in Stuttgart ist voraussichtlich der 8. April 1942).“

Zitiert nach Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004, S. 80.

Reaktion der NSDAP im Kreis Biberach

Schreiben der NSDAP-Kreisleitung an den Landrat von Biberach vom 2. April 1942

„Betr.: Abschiebung von Juden nach dem Generalgouvernement

Ich beziehe mich auf das Schreiben der Geheimen Staatspolizei/Staatspolizeileitstelle Stuttgart Nr. II B2 189/42 vom 25. 3. 1942. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, auf Grund der angeführten Anordnung den Kreis Biberach möglichst judenfrei zu machen.

Die Ausnahmefälle, in denen Juden noch zurückbleiben, bitte ich mir möglichst bald mitzuteilen mit Angabe der Gründe, weshalb die Abschiebung nicht erfolgt.“

Zitiert nach Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004, S. 80.

Aufgaben

1. Fasse anhand der Übersicht über die weiteren Deportationen in eigenen Worten die Entwicklung der Deportationen der Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern zusammen.

2. Erkläre anhand der Übersicht über die weiteren Deportationen und der Karte, welche Zusammenhänge zwischen dem Kriegsverlauf und der Verfolgung der Jüdinnen und Juden bestehen.

3. „Mit zunehmender Kriegsdauer radikalisierte sich die antijüdische Politik der Nationalsozialisten“. Erörtere diese These auf der Grundlage der Übersicht über die weiteren Deportationen und der Karte.

4. Erläutere, woran sich die feste ideologische Basis, insbesondere der Antisemitismus, der nationalsozialistischen Institutionen und Entscheidungsträger im Zusammenhang der Deportationen ablesen lässt.

Die Todeslager im Osten

A 9

Orte wie Treblinka, Sobibor und Auschwitz sind zum Inbegriff der Shoah geworden. Im Unterschied zu den meisten anderen Konzentrations- und Arbeitslagern, in denen die Inhaftierten durch unmenschliche Zwangsarbeit vernichtet werden sollten und durch die schlechte Hygiene und Versorgungslage starben, wurden viele Deportierte in den Vernichtungslagern im Osten Europas

direkt nach ihrer Ankunft ermordet. Lager wie Izbica waren aufgrund ihrer verkehrstechnisch günstigen Lage Durchgangslager auf dem Weg in diese „Todesfabriken“. Die in Ghettos deportierten Jüdinnen und Juden lebten zusammengepfercht und abgeschottet. An all diesen Orten waren die Menschen willkürlicher Erniedrigung, Gewalt und auch gezielten Tötungsaktionen ausgesetzt.

Das Lager Jungfernhof bei Riga

Inbetriebnahme	November/Dezember 1941	Der ehemalige Gutshof, der sich 1941 in einem desolaten Zustand befand und in keiner Weise geeignet war, eine größere Anzahl von Menschen aufzunehmen, sollte wieder instandgesetzt werden und die Versorgung ansässiger Polizei- und SS-Verbände gewährleisten. Die Deportierten mussten Zwangsarbeit leisten. Sie fielen den katastrophalen Zuständen im Lager, der schlechten Versorgung, der harten Arbeit, aber auch mehreren systematischen Erschießungsaktionen zum Opfer.
Schließung	1944	
Anzahl der Inhaftierten	ca. 4.000	
Zahl der Todesopfer	3.836	

Das Lager Izbica

Inbetriebnahme	Januar 1942
Ende des Lagers	April 1943
Anzahl der Inhaftierten	zeitweise bis zu 26.000 Menschen
Zahl der Todesopfer	ca. 3.000

Das an der Bahnstrecke zwischen Lublin und Belzec gelegene Izbica wird als „Vorhof der Vernichtungslager“ bezeichnet. Polnische Jüdinnen und Juden, aber auch Deportierte aus dem Deutschen Reich wurden hier untergebracht, bevor sie weiter in die großen Vernichtungslager nach Belzec oder Sobibor abtransportiert wurden. Izbica war ein kleines Dorf mit wenig moderner Infrastruktur, das in keiner Weise für die große Zahl der Deportierten ausgelegt war. Extreme Überfüllung und hygienische Mängel, eine allenfalls notdürftige Versorgung, Willkür, Folter und Erschießungsaktionen kennzeichneten die Lage in Izbica.



Aufnahme vom Lager Izbica 1942

Privatarchiv Peter Hugo Langer

Das Lager Theresienstadt

Inbetriebnahme	Juni 1940
Ende des Lagers	endgültig befreit durch die Rote Armee am 8. Mai 1945, zuvor aber schon teilweise Befreiung jüdischer Häftlinge durch das Internationale Rote Kreuz
Anzahl der Inhaftierten	teilweise mehr als 50.000
Zahl der Todesopfer	ca. 33.500

Theresienstadt war anfangs als Sammellager vornehmlich für tschechische Jüdinnen und Juden gedacht. Ab 1942 wurden prominenter Jüdinnen und Juden, vor allem auch alte und gebrechliche, aus dem Deutschen Reich und anderen Teilen Europas dorthin verbracht. Ihnen wurde vorgetäuscht, dass sie in ein Altersheim gebracht würden, doch die Wirklichkeit in Theresienstadt sah anders aus: Im Lager herrschten desaströse hygienische Zustände, Krankheiten breiteten sich immer wieder aus. Dies und die mangelhafte Versorgung führten schon zu einer hohen Zahl an Todesopfern. Darüber hinaus war Theresienstadt ein Durchgangslager auf dem Weg zu den großen Vernichtungslagern wie Auschwitz. Theresienstadt wurde von den Nationalsozialisten oft als „Vorzeigelager“ dargestellt. U. a. entstanden hier Aufnahmen für Propagandafilme, die ein vermeintlich glückliches und erfülltes Leben der Häftlinge vor Augen führen sollten.



Szene aus einem nationalsozialistischen Propagandafilm über das Leben im Lager Theresienstadt 1944/45

bpk

Das Lager Treblinka

Inbetriebnahme	22. Juli 1942
Ende des Lagers	17. November 1943
Zahl der Todesopfer	ca. 870.000

Treblinka wurde als Vernichtungslager konzipiert und verfügte am Ende über 13 Gaskammern. Unterkünfte waren lediglich für die Sonderkommandos und die Wachmannschaften vorhanden. Ferner gab es Gebäude, die zu Lagerzwecken dienten. Arbeitskommandos mussten Ermordungen durchführen und die Leichen beseitigen. Auch mussten sie Bauten am und im Lager durchführen. Als das Lager 1943 abgebaut wurde, beseitigte die SS konsequent alle Spuren und errichtete auf einem eingeebneten Teil des ehemaligen Lagers einen Bauernhof, um die Verbrechen zu vertuschen.



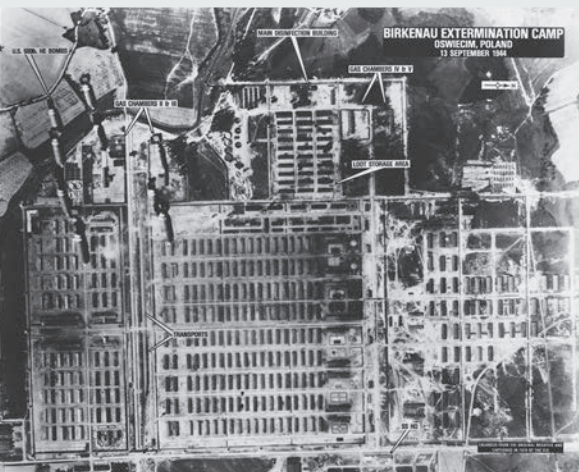
Zeichnung des Lagers Treblinka von dem Überlebenden Samuel Willenberg

Privatbesitz

Die Lager Auschwitz I–III

Inbetriebnahme	Juni 1940
Ende des Lagers	am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee befreit
Zahl der Todesopfer	ca. 1,1 bis 1,5 Millionen

Auschwitz bestand aus drei Lagern. Im Stammlager (Auschwitz I), einer ehemaligen Kaserne, waren vornehmlich polnische Oppositionelle inhaftiert. Dieses Lager war ein Konzentrationslager von enormer Größe. Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II) war das größte Vernichtungslager. In Auschwitz I und Auschwitz II gab es insgesamt sieben Gebäude, die mit Gaskammern ausgestattet waren, und fünf Krematorien, die meisten davon in Auschwitz-Birkenau. Angesichts der Größe und Vielzahl der Opfer und der ausgebauten „Tötungsmaschinerie“ ist dieses Lager zum Symbol der Shoah geworden. Außer den europäischen Jüdinnen und Juden wurden dort auch zahlreiche andere Opfergruppen wie Sinti und Sintize und Roma und Romnja oder Homosexuelle ermordet. Auschwitz-Monowitz (Auschwitz III) war ein Zwangsarbeitslager und besaß keine Gaskammern oder Krematorien. Durch harte Arbeit und katastrophale Haftbedingungen fanden auch hier viele Häftlinge den Tod.



Luftbild des Lagers Auschwitz-Birkenau 1944

US National Archives

Aufgaben

1. Alle Lager auf dieser Doppelseite werden als Todeslager bezeichnet. Erkläre anhand der Steckbriefe und Bilder, welche Unterschiede zwischen ihnen bestanden und ordne jeweils die folgenden Begriffe den Lagern zu: Vernichtungslager, Durchgangslager, Arbeitslager, Ghetto.

2. Die Abbildung aus Theresienstadt stellt eine vermeintlich zufällige Straßenszene im Konzentrationslager dar und ist einem Propagandafilm der Nationalsozialisten entnommen. Erläutere, welcher Eindruck in dieser Szene erweckt wird. Überlege auch, was nicht zu sehen ist. Vergleiche die Abbildung mit dem Bericht von Elsa Ruth Rieser aus A 7.

3. Die großen nationalsozialistischen Vernichtungslager lagen außerhalb des Kerngebiets des Deutschen Reichs. Auch die großen Tötungsaktionen durch Erschießen ereigneten sich vor allem dort. Überlege, in welchem Zusammenhang dies mit der Politik und der Ideologie des Nationalsozialismus steht.

4. Konzentrationslager mit Außenlagern gab es auch im sogenannten Altreich. Erarbeitet in Kleingruppen eine Präsentation zu einem Lager in eurer Region und ordnet dessen regionalgeschichtliche Bedeutung ein. Eine Übersicht findet ihr u. a. unter www.gedenkstaetten-bw.de/gedenkstaetten-bw-liste.

5. Auch heute gibt es in einigen Ländern Arbeitslager, beispielsweise in Russland oder China. Mitunter werden hier Vergleiche mit den Lagern des NS-Staats hergestellt, wobei Historikerinnen und Historiker immer wieder die Probleme und Grenzen solcher Vergleiche betonen und auf die Singularität der NS-Verbrechen verweisen. Recherchiert dazu und organisiert eine Diskussion zu diesem Thema in eurer Klasse.

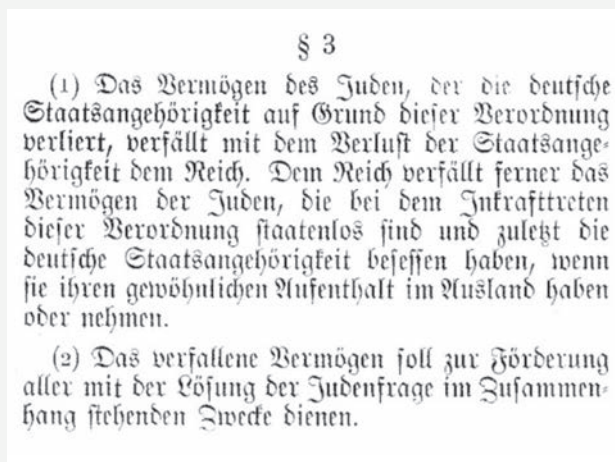
„Aktion 3“ und „Finanztod“ nach der Deportation

A 10

Aus der „Volksgemeinschaft“ wurde eine „Raubgemeinschaft“. Die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung beschleunigte und verschärfte sich mit der Kriegsvorbereitung immer mehr. Mit Beginn der Deportationen verschwanden die letzten Hemmungen. Durch mehrere

Gesetze und Verordnungen wurde die Beraubung legitimiert und forciert. Der NS-Staat, aber auch viele gesellschaftliche Gruppen profitierten vom Besitz der Deportierten. Dieser Raubzug fand in aller Öffentlichkeit statt.

Einverleibung des Vermögens von Jüdinnen und Juden durch den Staat
Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz (Auszug) vom 25. November 1941



Reichsgesetzblatt I 1941

Versteigerung von Hausrat in Bad Mergentheim
Anzeige aus der „Tauber-Zeitung“ von 1943



Tauber-Zeitung/Privatbesitz

Bereicherungsabsichten der Stadt Laupheim

Schreiben des Bürgermeisters an den württembergischen Oberfinanzpräsidenten vom 7. Januar 1942

„Das Vermögen der nach dem Reichskommissariat Ostland abgeschobenen Juden und das Vermögen derjenigen Juden, bei denen die Voraussetzungen der Elften VO. zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 gegeben sind, fällt bekanntlich dem Reich zu. Die Verwertung liegt in Ihren Händen.

Unter Bezugnahme auf die Berechnung mit Ihrem Referenten, Herrn Oberregierungsrat Voelter, vom 18. Dezember 1941 bitte ich Sie, bei der Verwertung des jüdischen Vermögens, das auf das Reich übergegangen ist, die Stadt Laupheim einzuschalten in der Weise, daß ich zu einem etwaigen Verkauf von Grundbesitz Stellung nehmen kann.

Die Stadt selbst hat an folgendem jüdischen Grundbesitz Interesse und bittet um vorherige Benachrichtigung, falls ein anderweitiger Verkauf geplant sein sollte:

1. Gebäude Nr. 8 Radstraße: fr. Eigentümer: Helene Sara Einstein
2. Gebäude Nr. 9 daselbst fr. Eigentümer: Irma Friedland z. Zt. Paris
3. Gebäude Nr. 62 Kapellenstraße Eigentümer: Louis David Israel Löwenthal
4. Gebäude Nr. 13 Bronner Straße Eigentümer: Ludwig Israel Stern

Das Vermögen von Ziff. 1 und 2 ist bereits auf das Reich übergegangen. Die Juden Ziff. 3 und 4 sind noch in Laupheim wohnhaft und daher noch Eigentümer. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch sie nach dem Osten abgeschoben werden. Mein Vorschlag liegt im Interesse der Stadt. Nach der Liquidierung des jüdischen Vermögens besteht für manchen Volksgenossen jetzt die Möglichkeit, sich eine eigene Existenz zu gründen. In diesem Sinne soll das Vermögen auch verwendet werden. (vergl. § 3 Abs. 2 der Elften VO. zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 – RGBl. I, S. 722). Es sollte verhindert werden, daß Leute, die lediglich über die erforderlichen Mittel verfügen, weiteren Grundbesitz erwerben und dabei ihr Geld anlegen wollen, obwohl keinerlei Bedürfnis besteht. Ich sehe Ihrer Äußerung entgegen.“

Zitiert nach Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004, S. 75f.

Täter, Beteiligte, Profiteure

A 11

Hinter den an den Jüdinnen und Juden begangenen Verbrechen stand eine Vielzahl von Tätern, Beteiligten und Profiteuren. Anders wären der minutiös organisierte und mit erschreckender Gründlichkeit ins Werk gesetzte Raub und Massenmord nicht möglich gewesen. Nicht nur die regionalen Gestapo-Leitstellen, deren Personal federführend die Deportationen plante, organisierte und durchführte, sondern auch Behörden und Institutionen vor Ort, Polizeikräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn, von Finanzbehörden und Banken, Geschäfts-

leute oder auch Nachbarinnen und Nachbarn der Deportierten waren involviert. Zahlreiche „Volksgenossinnen“ und „Volksgenossen“ profitierten von der Ausraubung und Deportation der jüdischen Menschen. Quer durch alle sozialen Schichten sind Täterinnen und Täter und Beteiligte zu finden, die aus teils fanatischem Judenhass, aus Habgier oder aus Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Opfer handelten und ahnten oder wissen konnten, was mit den jüdischen Menschen nach der Deportation geschah.

Friedrich Mußgay, Leiter der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart Biografie



Friedrich Mußgay war von 1940 bis 1945 Leiter der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart. Damit war er federführender Verantwortlicher für die Ausraubung und De-

portation der württembergischen Jüdinnen und Juden und weiterer an ihnen begangener Verbrechen. 1892 in Ludwigsburg geboren, wuchs er in bescheidenen Verhältnissen auf. 1917 kam er als Kriegsveteran mit vielen Auszeichnungen zur Politischen Polizei in Stuttgart, wo er sich während der Weimarer Republik einen Ruf als „Kommunistenjäger“ erwarb. 1933 trat er der NSDAP und der SS bei. Der frühe Parteieintritt und sein späteres Handeln zeigen, dass er von dem Gedankengut der Nationalsozialisten überzeugt war. 1941 stieg er zum Leiter der Gestapo-Leitstelle Stuttgart auf. Mußgay verantwortete die Exekution von Zwangsarbeitern und war auch selbst bei Hinrichtungen zugegen. In Verhören zeigte er sich hart und sadistisch. Sein Erlass vom 18. November 1941 zur Deportation nach Riga belegt, dass er um die Tragweite seiner Anordnungen für die Betroffenen wusste. Insgesamt über 2.500 Menschen aus Württemberg und Hohenzollern ließ die Gestapo-Leitstelle unter Mußgays Leitung deportieren. Sie legte auch die Bestimmungen für die systematische Ausraubung der Opfer fest. Mußgay ist als „Überzeugungstäter“ einzuschätzen. 1945 wurde er von den Alliierten verhaftet, 1946 beging er im Militärgefängnis Selbstmord.

Landesarchiv Baden-Württemberg,
Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg F 215 BU 488

Hans Koch, Leiter der Abteilung „Weltanschauliche Gegner“ der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart Biografie



Der 1914 geborene Hans Koch wurde 1933 NSDAP-Mitglied. Er war Verwaltungsfachmann. Von 1936 bis Mitte 1938 leistete er seinen Militärdienst ab. 1938 trat er der Gestapo bei, ohne zuvor im Polizeidienst tätig gewesen zu sein. Dennoch machte er rasch Karriere. 1939 wurde Koch SS-Mitglied. Kurz darauf wurde er zum Leiter der Abteilung

„Weltanschauliche Gegner“ befördert. Zu seinen Zuständigkeiten gehörten kirchliche Angelegenheiten, das Sachgebiet „Juden und Freimaurer“ und die Vermögenseinziehung von Jüdinnen und Juden. Koch plante und organisierte die Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern maßgeblich mit und überwachte sorgfältig deren Durchführung, indem er zusammen mit seinen Mitarbeitern Transporte begleitete. Im Herbst 1942 wurde Koch zu weiteren Einsätzen ins „Protektorat Böhmen und Mähren“ abkommandiert. Dort war er für weitere Verbrechen verantwortlich. 1945 wurde er durch die Rote Armee in Brunn gefangen genommen. Ein Militärtribunal in Minsk verurteilte ihn am 29. Januar 1946 zum Tode. Am folgenden Tag wurde das Urteil vollstreckt.

Bundesarchiv R 9261-II/100445

Alfred Amthor, Sachbearbeiter im „Judenreferat“ der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart Biografie

Alfred Amthor, 1904 in Stuttgart geboren, war zunächst als Kaufmann tätig. Auf eine Anzeige hin meldete er sich 1939 freiwillig zur Gestapo. 1940 wurde er Mitglied der NSDAP. Ab 1941 arbeitete er im „Judenreferat“ der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart. Dort war er u. a. für die Beschlagnahmung des Vermögens der jüdischen Bevölkerung zuständig. Die Quellen belegen seinen unbarmherzigen Umgang mit den Opfern. Auffällig viele von ihm bearbeitete Fälle endeten mit der Einweisung in Konzentrationslager oder mit dem Tod der Betroffenen. Als die Deportationen begannen, war er mehrfach im Sammellager am Killesberg, um vor Ort die Abläufe zu überwachen und zu organisieren; auch begleitete er Deportationszüge. Im Dezember 1944 wurde er von Stuttgart nach Bergen in Norwegen abkommandiert. Gemeinsam mit Eugen Ott und anderen wurde er 1952 angeklagt und freigesprochen.

Eugen Ott, Sachbearbeiter im „Judenreferat“ der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart

Biografie



Eugen Ott, 1896 in Satteldorf geboren, trat 1919 in die Heilbronner Polizeiwehr ein. 1925 wurde er Mitglied der Kriminalpolizei in Stuttgart. 1938 wurde er Sachbearbeiter im „Judenreferat“ der Gestapo-Leitstelle in Stuttgart. Ott war weder Mitglied der NSDAP noch der SS, was aber seiner Karriere nicht abträglich war. 1944 stieg er zum stellvertretenden Leiter der Abteilung auf. Er war mitverantwortlich

für die Organisation und Planung der Deportationen. Im Sammellager am Stuttgarter Killesberg überprüfte er die Einhaltung der Regelungen. Auch begleitete er die Deportationen an ihren Zielort. Zwar soll sich Ott als „Vertrauensperson“ gegenüber den Jüdinnen und Juden gezeigt haben, zugleich aber belegen die Quellen seine antisemitischen Überzeugungen. Nach Kriegsende kam Ott in Internierungshaft. Obwohl ihn zahlreiche Zeugenaussagen in seinem Spruchkammerverfahren schwer belasteten, wurde er lediglich als „Minderbelasteter“, später sogar nur als „Mitläufer“ eingestuft. 1952 kam es vor dem Landgericht Stuttgart zu einem Prozess, der sich auf die Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern bezog. Ott und einige seiner ehemaligen Gestapo-Kollegen wurden wegen „Beihilfe zur erschweren Freiheitsberaubung“ angeklagt. Der Prozess endete mit dem Freispruch der Angeklagten, die sich auf den „Befehlsnotstand“ berufen hatten. Der Vorsitzende des Gerichts bescheinigte ihnen sogar, dass sie keine Kenntnis von der Vernichtungsabsicht der befehlsgebenden Stellen gehabt hätten.

Max Kaupp, Altwarenhändler und Profiteur der „Arisierung“

Biografie

Max Kaupp war ein Stuttgarter Altwarenhändler. Er trat bereits 1931 in die NSDAP ein. Kaupp wurde zu einem der größten Profiteure bei der „Verwertung des jüdischen Vermögens“. 1936 übernahm er ein Auktionslokal in Stuttgart, das zahlreiche Gegenstände von jüdischen Emigrantinnen und Emigranten versteigerte. Sein Vorgehen war äußerst rücksichtslos. Er zahlte den Jüdinnen und Juden nur Spottpreise für ihre Habe und verkaufte diese äußerst gewinnbringend weiter. Er profitierte auch von der Ghettoisierung der jüdischen Menschen, indem er sich beim Verkauf der Möbel, die sie beim Umzug in „Judenhäuser“ und Zwangsaltenheime zurücklassen mussten, Vorteile verschaffte. Ab 1941 erlangte er durch seine Kontakte zur Gestapo, die er durch Bestechung erreicht hatte, eine Art Monopolstellung bei der „Verwertung“ von jüdischem Eigentum, das nach den Deportationen beschlagnahmt worden war. 1942/43 war er an der Haushaltsauflösung von sechs jüdischen Zwangsaltenheimen und der jüdischen Kultusvereinigung sowie an der regionalen Umsetzung der „M-Aktion“ beteiligt, im Zuge derer Möbel von Deportierten vor allem an Bombengeschädigte verkauft wurden.

Aufgaben

1. Vergleiche die Biografien der Akteure. Stelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede im beruflichen Werdegang zusammen.
2. Die vorgestellten Personen können als „Schreibtischtäter“ bezeichnet werden.
 - a) Erkläre diesen Begriff. Diskutiert Schuld und Verantwortung dieser Täter.
 - b) Um die antijüdische NS-Politik praktisch umsetzen zu können, bedurfte es einer Vielzahl Beteiligter. Überlegt in Kleingruppen, wer alles an der Ausraubung, Diskriminierung, Deportation und Ermordung beteiligt gewesen war, und erstellt ein Diagramm.
 - c) „Davon haben wir nichts gewusst!“ – mit dieser Behauptung reagierten nach 1945 viele Menschen auf die Konfrontation mit den begangenen NS-Verbrechen. Erörtert die Glaubwürdigkeit dieser Aussage.
3. Alfred Amthor war ein „Quereinsteiger“ bei der polizeilichen Arbeit. Überlege, welche Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen. Welche Voraussetzungen waren erforderlich, um Karriere zu machen? Worauf kam es bei der Tätigkeit an?
4. Ott und Amthor wurden 1952 vom Stuttgarter Landgericht freigesprochen. Sie beriefen sich dabei auf den „Befehlsnotstand“ – ein Argument, das viele Täter nach 1945 nutzten. Recherchiere den Begriff und beurteile diese Verteidigungsposition.
5. Die Biografie Max Kaupps ist ein Beispiel für einen Profiteur bei der Ausplünderung der Opfer. Erläutere, worin die Schuld Kaupps genau besteht und weswegen die Aufarbeitung des Raubs bis heute auch auf Widerstände stößt.

Das Schicksal der Deportierten

A 12

Hinter den Opfern der Deportation stehen bewegende und erschütternde Einzelschicksale. Exemplarisch sollen auf dieser Seite einige dieser Menschen vorgestellt werden und zu Wort kommen. Die Berichte der Deportierten stellen eine zentrale und wichtige Quelle zur Aufarbeitung der Verbrechen dar. Sie zeigen, welcher Verzweiflung und welchem Leid diese Menschen aus-

gesetzt waren. Überlebende berichten von der zunehmenden Bedrohung durch das NS-Regime im Laufe der 1930er Jahre und den unerträglichen Bedingungen bei der Deportation und in den Lagern. Auch wenn diese Menschen die Gräueltaten überstanden, verloren sie zumeist doch Angehörige und trugen die Bürde der Erinnerung an das Erlebte in ihrem weiteren Leben mit sich.

Josef und Bella Wochenmark (Stuttgart)

Biografie

Josef Wochenmark, 1880 im polnischen Galizien geboren, war seit 1925 Kantor und jüdischer Religionslehrer in Tübingen. 1916 hatte er Bella Freudenthal geheiratet, mit der er zwei Söhne bekam. Seine Frau führte eine kleine Pension für jüdische Studierende. 1933 wurde Josef an der Universität Tübingen promoviert. Nachdem die jüdische Gemeinde wegen der Emigration von Gemeindegliedern nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten geschrumpft war, zog Josef mit seiner Familie 1934 nach Schwäbisch Gmünd um, um dort die jüdische Gemeinde zu betreuen. Die beiden Söhne flohen 1933 bzw. 1937 in die Schweiz und emigrierten später in die USA. 1940 zogen Josef und Bella Wochenmark nach Stuttgart. Im März 1941 erhielt Josef das Rabbinats-Diplom und wirkte als letzter Rabbiner der Stuttgarter Gemeinde in der NS-Zeit. Zu Beginn des Jahres 1943 erfuhren die beiden, dass sie deportiert werden sollten. Um der Deportation zu entgehen, beschlossen sie, sich das Leben zu nehmen. Bella überlebte den Selbsttötungsversuch, Josef starb. Am 16. April wurde Bella nach Theresienstadt deportiert und von dort am 16. Oktober 1944 weiter nach Auschwitz, wo sie schließlich ermordet wurde.



Stadtarchiv Tübingen

Victor Marx (Tübingen)

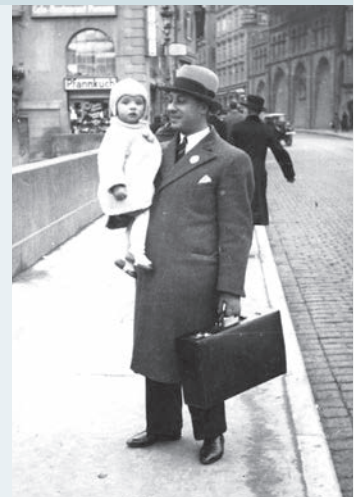
Biografie

Victor Marx, 1903 in Baisingen geboren, zog 1906 mit seinen Eltern nach Tübingen. Er arbeitete später als Textilkaufmann. 1932 heiratete er Marga, mit der er eine Tochter namens Ruth bekam. 1938 wurde er verhaftet und in das Konzentrationslager Welzheim gebracht. Nach seiner Entlassung 1939 war er für eine Baufirma tätig. Am 1. Dezember 1941 wurde er mit seiner Familie nach Riga deportiert. 1942 wurden Marga und Ruth im Hochwald bei Riga ermordet. Bis zu seiner Befreiung war Victor in insgesamt sechs Lagern inhaftiert. Im November 1945 heiratete er seine zweite Frau Hannelore, die ebenfalls nach Riga deportiert worden war. Sie emigrierten 1946 nach New York. In einem Brief vom 7. Dezember 1964 schrieb Victor über die Zeit in Riga:

„So kam der 26. März 1942. Im Lager wurde uns gesagt, daß alle Frauen mit Kindern vom Jungfernhof wegkämen, und zwar nach Dinamuende. Dort seien Krankenhäuser, Schulen und massiv gebaute Steinhäuser, wo sie wohnen könnten. Ich bat den Kommandanten, auch mich nach Dinamuende zu verschicken, was er jedoch ablehnte, da ich ein zu guter Arbeiter sei. Erst Monate später haben wir erfahren, was mit unseren Angehörigen geschah. Ersparen Sie es mir, darüber zu berichten.

Bis zum Sommer 1944 waren wir im Lager Jungfernhof unter demselben Kommandanten. Wir mußten sehr schwer arbeiten bei schlechter Ernährung. Unser Leben hing jeden Tag an einem Faden. Da gab es Schläge, und viele wurden erschossen, nur weil sie versuchten, von einem Zivilisten ein Stück Brot zu bekommen. Einmal mußten wir mit ansehen, wie ein Häftling erhängt wurde. Wir mußten in einem Kreis um den Galgen stehen und mit erhobenem Kopf der Hinrichtung zusehen.“

Zitiert nach Lilli Zapf: Die Tübinger Juden. Eine Dokumentation, Tübingen 1981, S. 210f.



Victor Marx um 1934 mit seiner Tochter in Tübingen

Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Raxingen e. V.

Inge Auerbacher (Jebenhausen/Göppingen)

Biografie



Inge Auerbacher (vorne links) mit ihrer Familie

Inge Auerbacher, 1934 in Kippenheim geboren, zog 1938 nach der Reichspogromnacht mit ihrer Familie zu ihren Großeltern nach Jebenhausen bei Göppingen. Im August 1942 wurde sie nach Theresienstadt deportiert. Sie und ihre Eltern überlebten und wanderten 1946 in die USA aus, wo Inge später als Chemikerin arbeitete. 1986 hielt sie ihre Kindheitserinnerungen in ihrem Buch „Ich bin ein Stern“ fest. Darin berichtete sie auch von ihrer Deportation nach Theresienstadt:

„Schließlich waren auch wir dran. Am 22. August 1942 wurden wir deportiert. Es gab keine Möglichkeit mehr, dem

Transport zu entkommen. Ich war nun die Nummer XIII-1-408, eine Person ohne Staatsbürgerschaft. Wir packten unsere wenigen Habseligkeiten zusammen und folgten den sehr genauen Anweisungen, die wir erhalten hatten. Alles Geld wurde uns abgenommen. Die Polizei kam in die Wohnung. Mama wurde befohlen, die Schlüssel auf dem Eßtisch zu hinterlassen. Dann sagte der Beamte: ‚Jetzt können Sie gehen.‘ Wir wurden in der Turnhalle der Schillerschule in Göppingen zusammengepfertcht und durchsucht. [...] Von Göppingen wurden wir nach Stuttgart gebracht, wo sich der Hauptsammelplatz für Juden befand, die deportiert werden sollten. Ich war die Jüngste von den fast zwölfhundert Menschen dieser Gruppe. Wir waren in einer großen Halle am Killesberg untergebracht, in der normalerweise Blumenausstellungen stattfanden. Zwei Tage schliefen wir dort auf dem nackten Fußboden. Früh am Morgen wurden wir mit Lastwagen zu dem wartenden Zug im Stuttgarter Bahnhof gebracht. Wir wurden eng zusammengedrängt. Bewacher versiegelten den Zug und fuhren mit uns mit, um sicher zu sein, daß niemand entkäme. Wir fragten uns, ob wir unser Zuhause je wiedersehen würden. [...] Zwei Tage später beendeten laute Rufe unsere Fahrt. Wir kamen am Bahnhof von Bohusovice an. ‚Alles wegwerfen, außer der Bettrolle und dem Eßgeschirr – los, marschieren, kein Widerstand!‘ Wachleute mit Peitschen und Gewehren umringten uns. Wir waren alle müde und hatten Angst. Ein paar alte Leute, die nicht mehr so gut auf den Beinen waren, stürzten. Ihre Hilfeschreie erfüllten die Luft. Viele von ihnen starben auf dem Weg. Meine Eltern gingen jeder auf einer Seite von mir, um mich vor Schlägen zu schützen. Ich hielt meine Puppe fest im Arm. Wir gingen ungefähr drei Kilometer und wurden durch einen Bogeneingang in eine große Kaserne getrieben. Dann waren hohe Mauern um uns.“

Inge Auerbacher: Ich bin ein Stern, Weinheim/Basel 1992, S. 36–41.

Aufgaben

1. Die Familiengeschichte der Wochenmarks zeigt, wie unterschiedlich jüdische Deutsche auf die NS-Herrschaft reagierten. Beschreibe die verschiedenen Reaktionen anhand der Kurzbiografie.
2. So wie die Söhne des Ehepaars Wochenmark versuchten vor allem viele jüngere Jüdinnen und Juden, durch Auswanderung der NS-Diktatur zu entgehen, wohingegen Ältere oft in Deutschland blieben. Überlege dir Gründe für die unterschiedlichen Reaktionen.
3. Inge Auerbacher und Victor Marx haben das erfahrene Leid und die an ihnen begangenen Verbrechen im Nachhinein schriftlich dokumentiert. Überlege, was beide angetrieben haben könnte, dies zu tun. Erkläre, wieso sich beide erst Jahre später dazu entschieden, ihre Erinnerungen aufzuzeichnen.
4. In einigen Jahren wird es keine lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Shoah mehr geben. Diskutiert, wie dies möglicherweise unseren Umgang mit der Vergangenheit beeinflussen könnte und wie wir darauf reagieren können.

Der juristische Umgang mit den Deportationsverbrechen nach 1945

A 13

Am Beispiel des Prozesses gegen den ehemaligen Hechinger Landrat Paul Schraermeyer 1947/48 wird hier die Aufarbeitung der Deportationsverbrechen nach dem Ende der NS-Diktatur dargestellt. Der Hechinger Deportationsprozess war das erste und letzte westdeutsche Gerichtsverfahren, das sich der Beteiligung der Zivilverwaltung an der Verschleppung von Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich widmete. In erster Instanz wurde Schraermeyer wegen „Beihilfe zu einem Verbrechen gegen die Mensch-

lichkeit“, nämlich der organisatorischen Mitwirkung an der Verschleppung von fast 300 Jüdinnen und Juden, zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Öffentlichkeit reagierte teilweise empört auf den Schuldspruch. Ein Jahr später wurde der ehemalige Landrat im Revisionsverfahren freigesprochen. Historiker sind zu der Einschätzung gelangt, dass der Freispruch einer Rechtsbeugung nahekomme.



Paul Schraermeyer (1884–1955), von 1924 bis 1945 Landrat des Landkreises Hechingen

Paul Schraermeyer vor dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Hechingen am 23. April 1947 Vernehmungsprotokoll

Frage: Waren Sie sich nicht der Ungesetzlichkeit des Verlangens der Gestapo bewusst?

Jch habe damals nicht gewusst, um was es geht. Jch ging davon aus dass es sich um eine Umsiedlung handelt. In dieser Richtung wurde ich von den Juden selbst belehrt, die schon vorher durch die jüdische Kultusgemeinde in Stuttgart über all diese Dinge genau unterrichtet waren.

Jch habe den Herren auch versichert, dass ich alles für die Juden tun würde, um ihnen die Sache zu erleichtern, soweit dies in meiner Macht stehen sollte; Die Herren habe diese Zusage auch dankbar entgegen genommen. Jch habe den Herren geraten, mitzunehmen, was sie mitnehmen könnten und versprochen, die nötigen Wagen zur Verfügung zu stellen. Jch nahm mir gleich vor, mich nicht so an die Erlasse zu halten.

Frage: Wie konnten Sie an eine Umsiedlung denken, nachdem sich doch aus Absatz VI des Erlasses der Gestapo vom 18.11.1941 ergab, dass das Vermögen der abzuschiedenden Juden in seiner Gesamtheit staatspolizeilich beschlagnahmt werden sollte?

Da hab ich mir weiter keine Gedanken gemacht. Jch sah es als meine Pflicht an, den Juden ihr hartes Los nach Möglichkeit zu erleichtern. Jch hätte mich am liebsten geweigert diese Anordnung durchzuführen. Darüber muss ich mir aber im Klaren sein, durchgeführt wäre sie worden, aber dann sicher schonungslos. Jch habe mir in jenen Tagen oft sagen lassen müssen, dass ich ein Judenknecht sei, weil ich den Juden ihr Los zu erleichtern suchte.

Frage: Musste nicht auch die Mitteilung, dass das gesamte Vermögen der Juden generell eingezogen würde, zu denken geben?

Der Erlass ging ja auch nachrichtlich an den Württbg. Innenminister und den Regierungspräsidenten in Sigmaringen, ohne dass von diesen Stellen etwas unternommen worden wäre. Jch habe meine Aufgabe darin gesehen, den Juden das Los nach Möglichkeit zu erleichtern. Im Übrigen bin ich davon ausgegangen, dass unsere Juden schon schlau genug sein würden, ihre Vermögenswerte noch vorher einem unbefugten Zugriff zu entziehen. Jch bin wohl innerlich mit dieser Massnahme und auch mit einer Reihe von anderen Massnahmen nicht einig gewesen. Jch sagte mir aber, es wäre unrecht, wenn ich jetzt nicht meine Stellung hielte, um noch Schlimmeres zu verhüten und zu retten was zu retten ist. Jch hielt mich der Bevölkerung gegenüber verpflichtet, deren Vertrauen ich besass, auch unter den schwierigen Verhältnissen auszuhalten. Darüber war ich mir im Klaren, dass mein Amtsnachfolger ein strammer Nationalsozialist gewesen und durchgeföhren wäre.

Verurteilung durch das Landgericht Hechingen

Urteilsbegründung vom 28. Juni 1947

„Beamte [...] sind zwar zu Gehorsam verpflichtet, aber nicht zu blindem Gehorsam. [...] Daraus ergibt sich, dass Beamte einen verbrecherischen Befehl [...] nicht befolgen dürfen.

Die Erwägung, dass die Erlasse der Geheimen Staatspolizei auch dann ausgeführt worden wären, wenn sich der Angeklagte S. an der Ausführung nicht beteiligt hätte, [...] entlastet den Angeklagten nicht. [...] In dem grossen Mechanismus der Judenverfolgung war jedes einzelne Rad jederzeit auswechselbar. Wollte man unter diesen Umständen die strafrechtliche Verantwortung jedes auswechselbaren Beteiligten [...] ausschließen, so blieben letzten Endes nur die Haupttäter verantwortlich.

Während der Herrschaft des Nationalsozialismus war [...] die Versuchung in der Tat gross, sich selbst mit dem Unerträglichen abzufinden, sei es aus Furcht vor dem noch kommenden Schlimmeren, sei es in der Hoffnung, sich und anderen ein – wenn auch noch so kleines – ‚parteiloses‘ Reservat erhalten zu können. Diese Furcht und diese Hoffnung [...] hat nun der Nationalsozialismus sehr wohl gekannt und hat sie als psychologischen und politischen Faktor benutzt und missbraucht [...], denn man wusste sehr wohl, dass alle diejenigen, welche – wie der Angeklagte S. – Opportunitätspolitik trieben, um sich die Handlungsfreiheit zu bewahren, schliesslich Gefangene ihrer eigenen Politik wurden.

Einem leitenden politischen Beamten [...] muss bei einer derartigen Entwicklung aber zugemutet werden, dass er bereits frühzeitig die Konsequenzen zieht und seine Stellung zur Verfügung stellt.“

Staatsarchiv Sigmaringen Ho 400 T 2 Nr. 576.

Erläuterungen: „parteiloses“ Reservat: hier ein Freiraum, der nicht von der NSDAP bestimmt wird; Opportunitätspolitik: eine Strategie, bei der man bereit ist, sich dem Umfeld anzupassen, um sich dadurch Vorteile zu verschaffen

Freispruch durch das Landgericht Tübingen

Urteilsbegründung vom 12. August 1948

„Die Strafkammer glaubte dem Angeklagten [...], dass er in schlaflosen Nächten die Lage überdacht und das Für und Wider eingehend überlegt [...] hat mit dem Ergebnis [...], dass er die Pflicht, seine Amtsstellung und Amtsmacht zu halten, um Juden und Nichtjuden weiterhin in Existenzfragen Helfer gegen den Naziterror zu sein, für gewichtiger hielt, als durch Gehorsamsverweigerung seine Empörung [...] zum Ausdruck zu bringen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass der Angeklagte nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme [...] ein entschlossener und alles andere als feiger Kämpfer gegen die NS-Gewaltherrschaft gewesen ist. Und gerade weil damals [...] die Möglichkeit eines Umsturzes von innen sich vergrösserte, war es wichtig, dass Gegner des Regimes [...] Einwirkungsmöglichkeiten behielten und nicht in Konzentrationslagern mattgesetzt wurden, wenn nicht das Leben verloren.

Der Angeklagte macht ausser dem oben behandelten Pflichtenwiderstreit auch geltend, dass er daneben aus Furcht gehandelt habe, aus Furcht vor der angesichts des Naziterrors drohenden Gefahr, in ein KZ zu kommen, falls er den Befehlen der Gestapo nicht gehorche [...]. Nach der Überzeugung der Strafkammer lag eine solche Drohung vor.“

Staatsarchiv Sigmaringen Ho 400 T 2 Nr. 576.

Erläuterungen: „Nach der Überzeugung der Strafkammer lag eine solche Drohung vor.“: Die Geschichtswissenschaft hat sehr viele Fälle recherchiert, in denen Personen aus Polizei und Militär die Ausführung eines verbrecherischen Befehls im NS-Staat verweigerten. In keinem dieser Fälle konnte jedoch nachgewiesen werden, dass dieses Verhalten eine Schädigung von Leib und Leben nach sich gezogen hätte.

Aufgaben

1. Arbeite anhand der Aussage von Paul Schraermeyer heraus, mit welchen Argumenten und Strategien er sich zu entlasten versuchte.
2. Mit welchen Gegenargumenten könnte ein anklagender Staatsanwalt auf Schraermeyers Entlastungsstrategien reagiert haben? Formuliere mögliche Einwände, Gegenargumente und kritische Fragen an Schraermeyer.
3. Vergleiche die Begründung der Verurteilung mit der Begründung des Freispruchs. Finde mögliche Gründe dafür, dass das Gericht nach nur einem Jahr zu einer völlig anderen Einschätzung kam. Beurteile die Argumentationen: Welche beiden Argumente erscheinen dir am wenigsten bzw. besonders stichhaltig? Vergleiche und diskutiere eure Ergebnisse in der Gruppe.
4. Generalstaatsanwalt Fritz Bauer vertrat 1965 im Frankfurter Auschwitz-Prozess den Standpunkt, dass jeder, der einer „Mörderbande“ angehöre, sich des Mordes schuldig mache – gleichgültig, ob er eigenhändig schieße oder nur „Schmiere stehe“. Diskutiere, ob diese Einschätzung auch für den Fall von Paul Schraermeyer relevant ist.
5. Der Publizist Ralph Giordano spricht von einer „zweiten Schuld“ der Deutschen. Diese bestünde aus der „Verdrängung und Verleugnung der ersten Schuld der Deutschen unter Hitler nach 1945“. Diskutiere, ob dieses Urteil auch für die Rechtsprechung gegenüber Paul Schraermeyer zutrifft.

Erinnern und Gedenken

A 14

Viele Jahrzehnte lang wurde die Erinnerung an die Deportationen und die Ermordung der Jüdinnen und Juden aus Württemberg und Hohenzollern nur von den Überlebenden der Shoah gepflegt. Die „Tätergesellschaft“ war von Beschweigen und Verdrängen der Verbrechen geprägt.

Erst ab den 1980er/1990er Jahren begann sich eine vielfältigere Erinnerungslandschaft herauszubilden. Heute existieren zahlreiche Gedenkstätten, Museen, Mahnmale, „Stolpersteine“ und auch digitale Projekte, die an die Opfer der Deportationen erinnern.

„Zeichen der Erinnerung“ Gedenkstätte am Inneren Nordbahnhof in Stuttgart

Die Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ erinnert seit 2006 mit einer Namenswand an die aus Württemberg und Hohenzollern deportierten über 2.500 Jüdinnen und Juden. Auch der deportierten Sinti und Sintize und Roma und Romnja wird gedacht. Die jüdischen Opfer wurden im Sammellager auf dem nahegelegenen Killesberg „konzentriert“ und anschließend vom Nordbahnhof, einem Güterbahnhof, aus in die Todeslager im Osten Europas deportiert. Das Gelände grenzt unmittelbar an ein Wohnviertel und eine Kirche.



Die Entstehung der Gedenkstätte Chronologie

Juni 2001: Die von engagierten Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern getragene „Stiftung Geißstraße 7“ veröffentlicht ein Gedenkblatt zur Erinnerung an die Deportationen vom Stuttgarter Nordbahnhof.

November/Dezember 2001: Workshop von Studierenden, Expertinnen und Experten zum Thema „Wie soll der Gedenkort in Stuttgart aussehen?“

Mai 2002: Die Entwürfe der Studierenden werden im Rathaus einer Jury aus städtischen Politikerinnen und Politikern, Historikerinnen und Historikern, Künstlerinnen und Künstlern und Stadträtinnen und Stadträten vorgestellt.

Juli 2003: Ein Gemeinderatsbeschluss macht das Gelände am Nordbahnhof für die Errichtung der Gedenkstätte frei.

September 2003: Reise „Zug nach Theresienstadt“: Stuttgarter Jugendrätinnen und -räte besuchen das ehemalige Ghetto Theresienstadt und werden von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen begleitet.

Juli 2004: Gründung des Vereines „Zeichen der Erinnerung“ durch die „Stiftung Geißstraße 7“; der Verein beschafft Spenden und Sponsorengelder in Höhe von 250.000 Euro.

Juli 2005: Gemeinderatsbeschluss zur Übernahme von 50 Prozent der Kosten durch die Stadt für die Errichtung der Gedenkstätte. Die Stadt stellt das Grundstück unentgeltlich zur Verfügung.

August 2005: Im Rahmen eines Workcamps legen internationale Jugendliche die Gleisanlage am Nordbahnhof frei.

November 2005: Das Baugesuch für den Entwurf der Architekten Saß wird genehmigt.

Frühjahr 2006: Baubeginn; die Website „Zeichen der Erinnerung“ zum Projekt entsteht.

Juni 2006: feierliche Eröffnung der Gedenkstätte

Nach Roland Ostertag (Hrsg.): Zeichen der Erinnerung. Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof für die aus Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern deportierten Menschen jüdischen Glaubens, Stuttgart 2006, S. 26–29.

gemeinfrei

Stefan Frierichs/wikimedia, CC BY-SA 2.0

Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, zum Thema Erinnerung

Rede bei einer Veranstaltung von „Zeichen der Erinnerung e. V.“ im Jahr 2005

„Dieser [...] Akt geht über bloß verstandesmäßiges Erfassen hinaus und beinhaltet eine affektive Annäherung an dieses schwierige Thema als Voraussetzung für Empfindungen wie Trauer oder Verlust. Hier wird deutlich: Wo man selbst in eine Geschichte wie die des Nationalsozialismus und seiner Folgen eingebunden ist, lassen sich Erinnerung und Historiografie, Gefühl und Verstand nicht eindeutig voneinander trennen. Stets gehen sie eine Verbindung ein, in der es nur schwerlich zu einem dauerhaften Gleichgewicht zwischen gefühlsgeleiteter Erinnerung und distanzierender Geschichtsbetrachtung kommen kann. Wenn wir akzeptieren, dass es weder eine bequeme Abkürzung noch einen erlösenden Königsweg zu einer Erinnerung als absolut verlässlichem Träger historischer Inhalte und geschichtlicher Lehren gibt, werden wir auf dem Weg zur Beantwortung der Eingangsfrage ‚Wie erinnern?‘ sein.“

Zitiert nach Roland Ostertag (Hrsg.): Zeichen der Erinnerung. Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof für die aus Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern deportierten Menschen jüdischen Glaubens, Stuttgart 2006, S. 61.

Letzte Orte

Stolperstein in Ulm

In zahlreichen Städten und Gemeinden erinnern Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig vor den ehemaligen Wohnhäusern an die Deportierten und Ermordeten.



Archiv DZOK Ulm

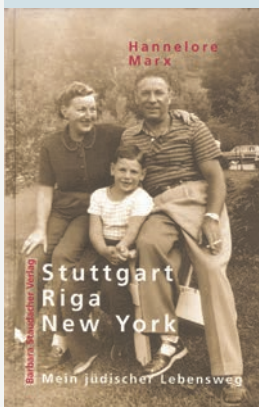
Aus der Lederstraße wird die Else-Josenhans-Straße Straßenumbenennung

Seit 2017 erinnert eine Straße im Zentrum Stuttgarts an eine jüdische Stuttgarterin, die 1945 in der Gestapo-Zentrale ermordet wurde.



StolperKunst/
Foto: Hans-Jürgen Trinkner

Die Stimmen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Lebensberichte



Barbara Staudacher Verlag, Horb

Hannelore Marx wurde 1922 in Stuttgart geboren und am 1. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Sie überlebte die Lagerhaft und emigrierte 1946 in die USA. Der Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen e. V. veröffentlichte 2005 ihren Lebensbericht.

Rudolf Kahn, 1900 in Stuttgart geboren, emigrierte 1941 in die USA, wo er sich fortan Alfred R. Kandler nannte. Sein Lebensbericht wurde von Kanders Sohn dem Stadtarchiv Stuttgart übergeben und 2010 veröffentlicht.

Aufgaben

1. Betrachte die Bilder der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“. Beschreibe den Ort und überlege, welche Absicht die Gestaltung der Gedenkstätte bestimmt hat.
2. Nenne alle Gruppen und Personen, die an der Entstehung der Gedenkstätte beteiligt waren, und charakterisiere das Projekt.
3. Beschreibe die verschiedenen Formen zu erinnern, die auf dieser Doppelseite genannt und dargestellt sind. Diskutiert in eurer Klasse, welche Form der Erinnerung euch besonders anspricht, und begründet euren Standpunkt.
4. Sammelt Begriffe, die das Wort „Erinnern“ umschreiben. Erarbeitet eine Definition von „Erinnern“ und überlegt, warum Erinnerung ein schwieriges Unterfangen sein kann. Erarbeitet anhand der Rede von Salomon Korn, warum es so schwierig ist, die Frage „Wie erinnern?“ zu beantworten.
5. Überlegt, wie ihr die Erinnerung an die Shoah an eurer Schule wachhalten könnt.

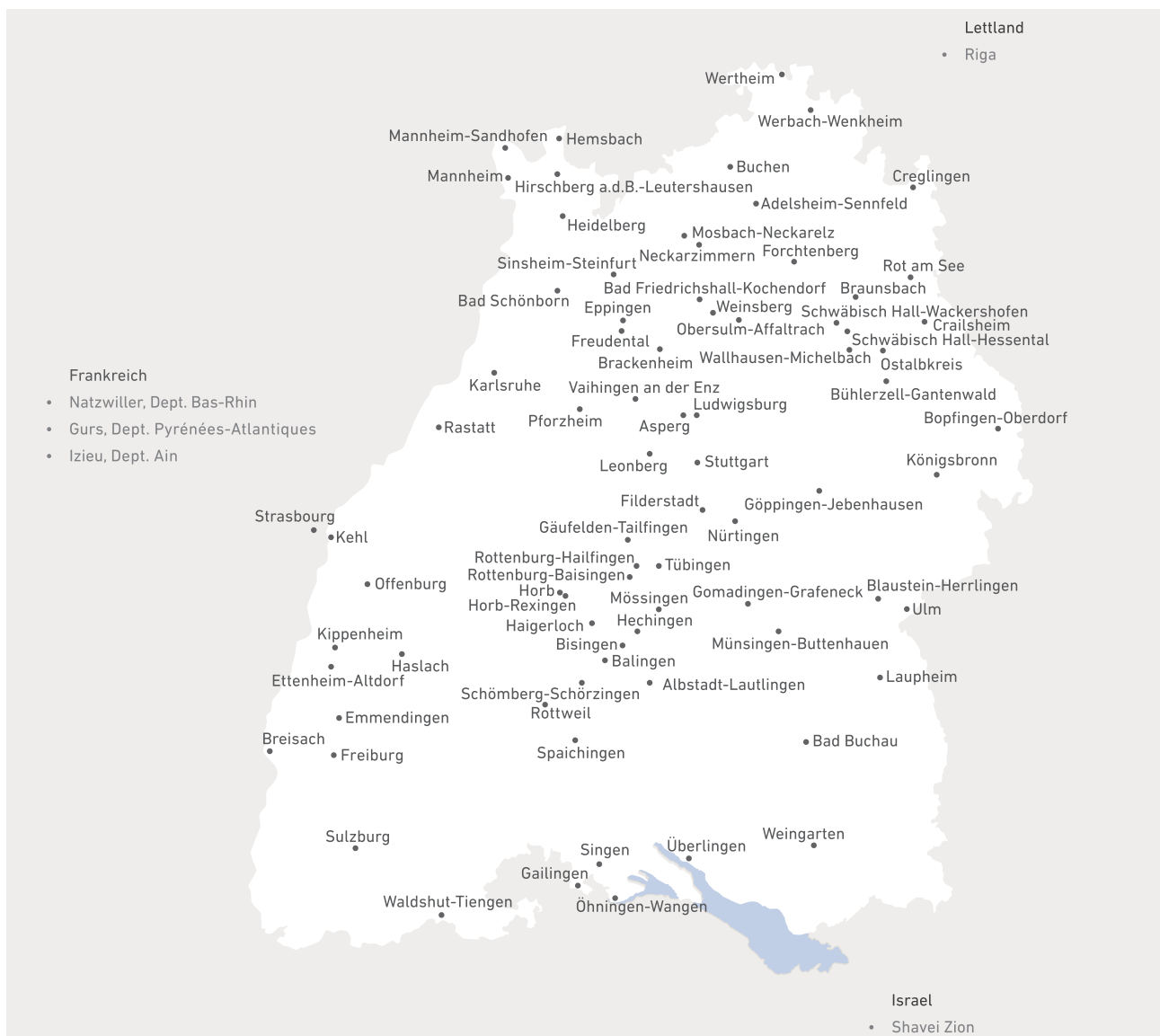
Begleitmaterial

Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Foto: Daniel Strauch



Der Geschichtsort „Hotel Silber“

Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Baden-Württemberg



In Baden-Württemberg erinnern mehr als 80 Gedenkstätten an die Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Menschen unter der nationalsozialistischen Herrschaft, aber auch an Widerstand, Verweigerung und Zivilcourage. Sie halten die Erinnerung an die Auslöschung jüdischen Lebens im Bewusstsein. Sie lassen nicht zu, dass die Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens im Rahmen des nationalsozialistischen „Euthanasie“-Programms aus dem Gedächtnis schwindet. Weitere Orte verweisen auf die Demokratieggeschichte.

Die Gedenkstätten in Baden-Württemberg haben sich zur Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) zusammengeschlossen, deren Sprecherrat die Anliegen der Gedenkstätten im Land vertritt. Gemeinsam mit dem Fachbereich Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) unterstützt die LAGG die Arbeit der Gedenk- und Erinnerungsorte.

Viele dieser Gedenkstätten werden vor allem ehrenamtlich getragen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sorgen

dafür, dass die Geschichte dieser Orte erfahrbar wird und nachwachsende Generationen einen Zugang dazu finden. Die Arbeit der Gedenkstätten weist dabei auch über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus, so zum Beispiel nach Frankreich und Lettland. Dorthin wurden in den Jahren 1940 und 1941 jüdische Bürgerinnen und Bürger aus Baden, Württemberg und Hohenzollern deportiert.

An die Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern von 1941 bis 1945 erinnern verschiedene Orte im württembergischen Landesteil. Beispielsweise widmen sich die erhaltenen ehemaligen Synagogen und die jüdischen Museen auch der Geschichte der Deportierten und ihrem Schicksal. Aber auch andere Gedenkstätten für die Opfer der NS-Zeit wie etwa das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm halten diese u. a. mit historischen Stadtrundgängen, Projekten und Veranstaltungen im Gedächtnis. Regelmäßige Gedenkfeiern für die Opfer der Deportationen finden insbesondere in der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ am Inneren Nordbahnhof in Stuttgart statt, von wo die Deportationszüge abfahren.

Ehemalige Synagogen und Museen zur jüdischen Geschichte

Juden in Buchau

Marktplatz 6
88422 Bad Buchau
www.JudeninBuchau.de

Landschulheime Herrlingen

Erwin-Rommel-Steige 50
89134 Blaustein-Herrlingen
www.haus-unterm-regenbogen.de/geschichte.html

Gedenk- und Begegnungsstätte

Ehemalige Synagoge Oberdorf & Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis

Lange Straße 13
73441 Bopfingen-Oberdorf
www.synagoge-oberdorf.de

Rabbinatsmuseum Braunsbach

Im Rabbinat 6
74542 Braunsbach
www.rabbinatsmuseum-braunsbach.de

Jüdisches Museum Creglingen

Badgasse 3
97993 Creglingen
www.juedisches-museum-creglingen.de

Pädagogisch-Kulturelles Centrum

Ehemalige Synagoge Freudental

Strombergstraße 19
74392 Freudental
www.pkc-freudental.de

Jüdisches Museum Göppingen

Boller Straße 82
73035 Göppingen-Jebenhausen
www.goepingen.de

Ehemalige Synagoge Haigerloch

„Spurensicherung: Jüdisches Leben in Hohenzollern“
Im Haag 14
Gustav-Spier-Platz 1
72401 Haigerloch
www.synagoge-haigerloch.de

Alte Synagoge Hechingen

Goldschmiedstraße 20
72379 Hechingen
www.alte-synagoge-hechingen.de

Museum Jüdischer Betsaal Horb

Fürstabt-Gerbert-Straße 2
72160 Horb
www.ehemalige-synagoge.rexingen.de

Ehemalige Synagoge Rexingen

Freudenstädter Straße 16
72160 Horb-Rexingen
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de

Museum zur Geschichte von Christen und Juden

Schloss Großlaupheim
Claus-Graf-Stauffenberg-Straße 15
88471 Laupheim
www.museum-laupheim.de

Jüdisches Museum Buttenhausen

Zwiefalter Straße 30
72525 Münsingen-Buttenhausen
www.muensingen.de

Ehemalige Synagoge Affaltrach

Untere Gasse 6
74182 Obersulm-Affaltrach
www.synagoge-affaltrach.de

Gedenkstätte Synagoge Baisingen

Kaiserstraße 59a
72108 Rottenburg-Baisingen
www.synagoge-baisingen.de

Ehemalige Synagoge Rottweil

Kameralamtsgasse 6
78628 Rottweil
www.ehemalige-synagoge-rottweil.de

Geschichtswerkstatt Tübingen e. V. Denkmal Synagogenplatz Tübingen

Gartenstraße 33
72074 Tübingen
www.tuebingen.de/ns_geschichtspfad
www.geschichtswerkstatt-tuebingen.de

Gedenkstätte ehemalige Synagoge Michelbach an der Lücke

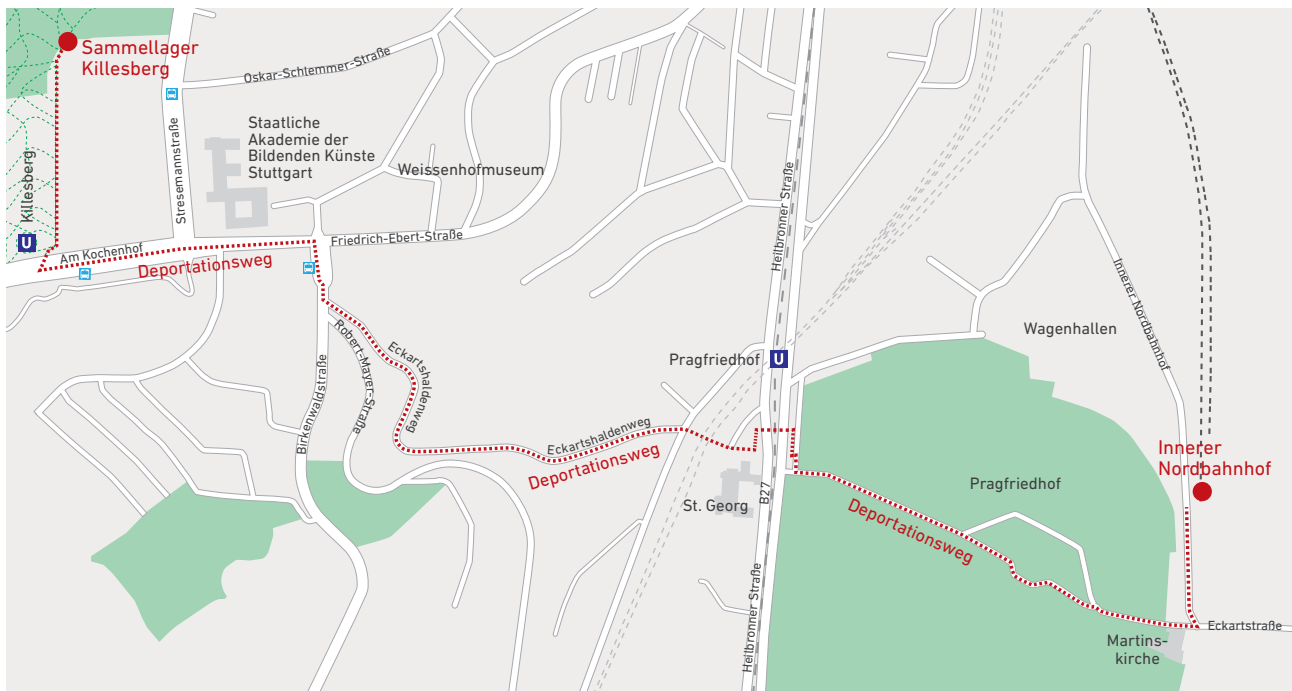
Judengasse 4
74599 Wallhausen-Michelbach an der Lücke
www.synagoge-michelbach-luecke.de

Ehemalige Synagoge Wenkheim

Breite Straße
97956 Werbach-Wenkheim
www.synagoge-wenkheim.de3

Nähere Informationen zu den einzelnen Orten und Kontaktdaten finden sich auch in LpB Baden-Württemberg (Hrsg.): Gedenkstätten in Baden-Württemberg und auf der Website www.gedenkstaetten-bw.de.

Stuttgart als Ort der Deportationen



Graphik: Lucia Winckler nach GO-Stuttgart

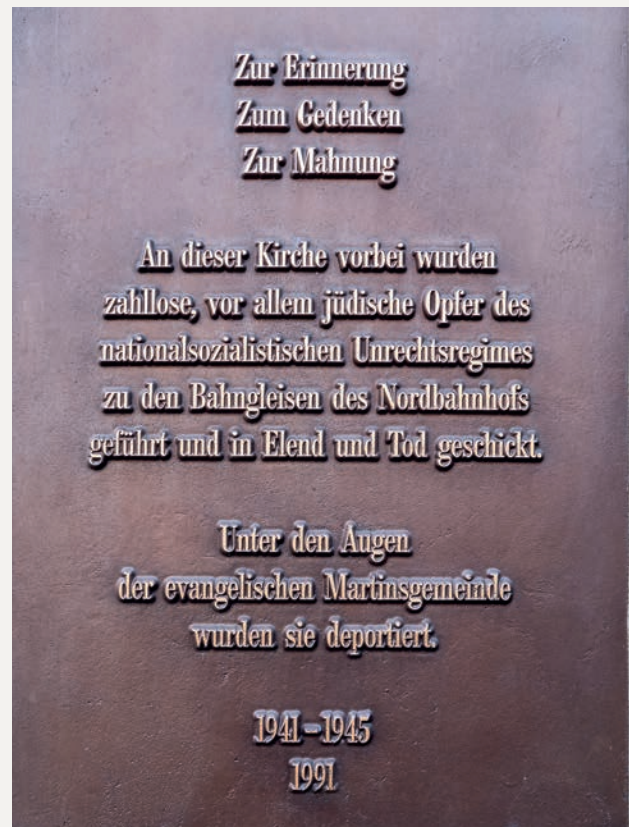
Der Weg der Deportierten vom Sammellager Killesberg zum Inneren Nordbahnhof verlief über den Pragfriedhof und führte u. a. an der Kirche St. Georg und an der Martinskirche vorbei.

Erinnerung und Mahnung entlang des Wegs der Deportierten



Zeichen der Erinnerung e. V.

Gedenktafel an der Kirche St. Georg von 2013



Zeichen der Erinnerung e. V.

Gedenktafel an der Martinskirche von 1991

Ausstellungen und Angebote

„Hotel Silber“

Ausstellungsraum zu den Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Württemberg



Haus der Geschichte Baden-Württemberg/
Foto: Daniel Strauch

Der Geschichtsort „Hotel Silber“

Im Geschichtsort „Hotel Silber“ in Stuttgart beschäftigt sich ein Ausstellungsraum mit den Deportationen der jüdischen Bevölkerung. Dort wird u. a. der Befehl des Stuttgarter Gestapo-Chefs Friedrich Mußgay zur ersten Deportation aus Württemberg nach Riga am 1. Dezember 1941 ausgestellt. Biografien von Friedrich Mußgay und Hermann Mozer, der einige Deportationen als Bewacher begleitet hat, vertiefen die Täterperspektive. Auch sind Fotografien der Deportation der Jüdinnen und Juden aus Laupheim und Aufnahmen aus dem Propagandafilm über das Sammellager Killesberg zu sehen. Weitere Dokumente und Fotos zeigen die Opferperspektive. Eingegangen wird z. B. auf die Jüdische Mittelstelle und das Schicksal einer jüdischen Frau, die bei der Gestapo denunziert und im Februar 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet wurde. Außerdem werden Helferinnen und Helfer der Württembergischen Pfarrhauskette für untergetauchte jüdische Deutsche vorgestellt.

Das „Hotel Silber“ bietet Führungen zur Dauerausstellung an. Auch didaktische Materialien stehen zur Verfügung: Imanuel Baumann: Gestapo und Judenmord. Lehr- und Lernheft für einen Workshop im „Hotel Silber“. Mit Materialien zur schulischen Vor- und Nachbereitung der Sekundarstufe I (niveaudifferenziert) und II, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2019.

Hotel Silber
Dorotheenstraße 10
70173 Stuttgart
Tel. 0711/2124040
hotel-silber@hdgbw.de
www.geschichtsort-hotel-silber.de

Lernort Geschichte

Virtueller Klassenraum. Präsentationsprogramm zur Geschichte der Deportation der Juden von 1933 bis 1945

Die Einrichtung Lernort Geschichte in Stuttgart bietet für Schulklassen ab dem 9. Schuljahr eine moderierte Präsentationsveranstaltung an, die im Klassenraum oder auch im Homeschooling durchgeführt werden kann. Das Programm umfasst zwei Schulstunden und behandelt Einzelschicksale von Jüdinnen und Juden, die von Stuttgart aus deportiert wurden, es stellt die beiden zentralen Orte der Deportation (Sammellager Killesberg und Innerer Nordbahnhof mit heutiger Gedenkstätte) vor und befasst sich mit den Reaktionen der Mehrheitsbevölkerung. Darüber hinaus werden Erinnern, Gedenken und Aufarbeitung der Verbrechen nach 1945 thematisiert.



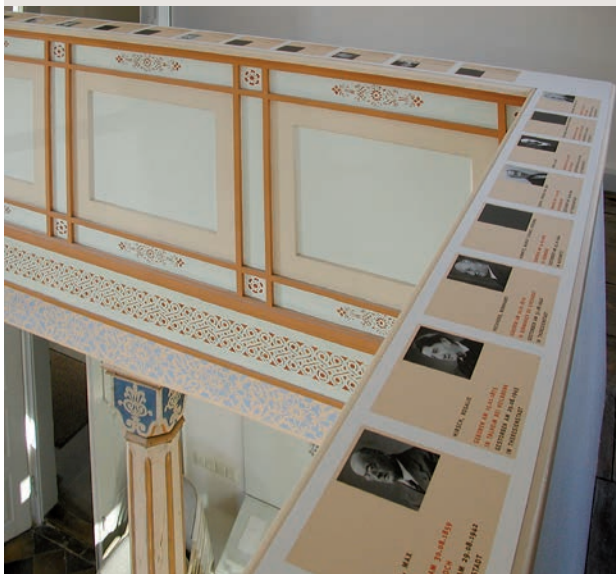
Lernort Geschichte

Screenshot: Virtueller Klassenraum

Neben dem Virtuellen Klassenraum werden in Präsenz Führungen zu den Themen „Deportation der Juden aus Stuttgart“, „Spurensuche auf dem israelitischen Teil des Pragfriedhofs“ und „Pogromnacht“ angeboten. Auch digital können Stuttgarter Erinnerungsorte, Personen und Ereignisse über die Website „GO-Stuttgart“ erkundet werden.

Lernort Geschichte
Hohe Straße 9
70174 Stuttgart
Tel. 0711/9978598
info@lernortgeschichte.de
www.lernortgeschichte.de
www.go-stuttgart.org

Museum Synagoge Affaltrach Dauerausstellung „Das jüdische Zwangsaltenheim Eschenau“



Freundeskreis ehemalige Synagoge Affaltrach e. V.

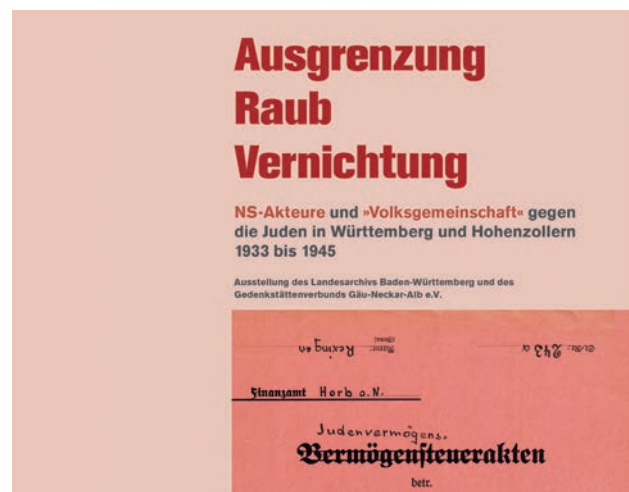
Gedenkband an der Frauenempore

Im Museum Synagoge Affaltrach ist seit November 2012 auf der ehemaligen Frauenempore eine Dauerausstellung zum jüdischen Zwangsaltenheim Eschenau und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zu sehen. Im Schloss Eschenau waren bis zu ihrer Deportation nach Theresienstadt im August 1942 fast 100 Jüdinnen und Juden in einem schlecht ausgestatteten Altenheim zwangsweise untergebracht. Die Ausstellung beleuchtet die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner des Zwangsaltenheims, ihre Verfolgung und Deportation. Ihre Biografien und die des Personals sind auf einem Gedenkband auf der Brüstung der Frauenempore dargestellt.

Museum Synagoge Affaltrach
Untere Gasse 6
74182 Obersulm-Affaltrach
Tel. 07130/6823
Museumsynagogeaffaltrach@t-online.de
www.synagoge-affaltrach.de

Landesarchiv Baden-Württemberg/ Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. Wanderausstellung „Ausgrenzung – Raub – Vernichtung. NS-Akteure und ‚Volksgemein- schaft‘ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern“

Die Wanderausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg und des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb e. V. zeigt detailliert das enorme Ausmaß der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung in Württemberg und Hohenzollern durch zahlreiche regionale Täter, Profiteure und Beteiligte. Auf 36 Stelltafeln werden wichtige Vorgänge wie der Kaufboykott am 1. April 1933, die gesetzlichen Verfolgungsmaßnahmen, die Reichspogromnacht 1938 und die Deportationen ab 1941 sowie die Restitution nach 1945 dargestellt. Mehrere Tafeln behandeln auch die Netzwerke der Akteure und Profiteure in der württembergischen NSDAP, den regionalen Finanzbehörden und den Städten und Gemeinden. Die Perspektive der von der Verfolgung Betroffenen wird anhand zahlreicher Beispiele verdeutlicht. Einzelschicksale von Rechtsanwälten, Ärzten, Händlern, Unternehmern und anderen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern werden dargestellt. Die Wanderausstellung kann ohne Verleihgebühr beim Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. ausgeliehen werden. Der Transport der Ausstellung ist durch die ausleihende Stelle zu organisieren.

Landesarchiv Baden-Württemberg/
Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V.

Ausschnitt aus dem Titelbild der Wanderausstellung
„Ausgrenzung – Raub – Vernichtung“

Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V.
Martin Ulmer
Tel. 0174/3046043
ulmer@gedenkstaettenverbund-gna.org
www.gedenkstaettenverbund-gna.org

**Dokumentationszentrum
Oberer Kuhberg Ulm e. V.**
Arbeitsschwerpunkt zur Ulmer
jüdischen Geschichte

Das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) widmet sich als lokales NS-Dokumentationszentrum der Erinnerung an die aus Ulm deportierten Menschen. Dies geschieht in Form von Gedenkbüchern, Stolpersteinen, pädagogischen und erinnerungskulturellen Veranstaltungen, Vorträgen, Stadtführungen und Projekten sowie in enger Kooperation mit dem Stadtarchiv, der lokalen Stolpersteininitiative und weiteren Partnern vor Ort.



Archiv DZOK Ulm

Gebetsriemen der Ulmer jüdischen Familie Czisch aus der Sammlung des DZOK

Das DZOK sammelt und bewahrt Literatur und Quellen zur Ulmer jüdischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, überwiegend aus privatem Besitz ehemals Verfolgter, und verfügt zudem über eine umfangreiche Sammlung zur Geschichte des Antisemitismus und des Nationalsozialismus in der Region. Auf dieser Grundlage werden Anfragen zu Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der Ulmer Jüdinnen und Juden beantwortet, Recherchen, v. a. von Angehörigen, unterstützt und Arbeiten von Schülerinnen und Schülern betreut.

Die Website des Dokumentationszentrums bietet Auskunft über diesen Arbeitsschwerpunkt sowie verschiedene Materialien und Links.

Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg
Büchseengasse 13
89073 Ulm
Tel. 0731/21312
info@dzok-ulm.de
www.dzok-ulm.de

Text: Nicola Wenge

**Museum zur Geschichte von Christen
und Juden in Laupheim**
Ausstellungen, Erinnerungsorte und Formate
zur NS-Zeit



Museum zur Geschichte von Christen und Juden, Laupheim

Stockuhr der Familie Weil im Laupheimer Museum

In der Dauerausstellung werden die Schritte der Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens während der NS-Zeit nachgezeichnet. Die Deportationen von 1941 und 1942 sind für Laupheim durch das Verwaltungsschriftgut präzise überliefert. Zudem haben sich Fotos der Personen erhalten, die im November 1941 vom Bahnhof Laupheim West zum Sammellager am Stuttgarter Killesberg abtransportiert wurden. Für die Vermittlungsarbeit sind Zeugnisse wie Erinnerungen oder Tagebücher von Laupheimer Überlebenden von großem Wert. Auch die Erinnerung an die ermordeten Opfer, von denen zum Teil nur noch die Daten der Deportation und Ermordung überliefert sind, wird damit lebendig gehalten.

Die Aspekte von der Ausgrenzung bis zur Deportation können auch im Stadtraum reflektiert werden. Als Erinnerungsort ist das ehemalige Rabbinat dokumentiert, das als jüdisches Zwangsaltenheim diente. Am jüdischen Friedhof ist eine Gedenktafel für die Laupheimer NS-Opfer angebracht, für die Deportationsopfer wurden Gräber errichtet. Im Haus am jüdischen Friedhof (ehemalige Leichenhalle) lernt man jüdische und christliche Menschen kennen, die sich nach 1945 um das Gedenken in Laupheim kümmerten. Am Westbahnhof bezeugt eine Erinnerungsplakette die von dort ausgehenden Deportationszüge. Führungen und Workshops vermitteln die Geschichte an alle Altersstufen.

Museum zur Geschichte von Christen und Juden
Schloss Großlaupheim
Claus-Graf-Stauffenberg-Straße 15
88471 Laupheim
Tel. 07392/968000
museum@laupheim.de
www.museum-laupheim.de

Text: Michael Niemetz

Anhang



gemeinfrei

Wand mit den Daten der Deportationen aus Stuttgart in der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ am Inneren Nordbahnhof Stuttgart

Adressen, Kontakte

„Zeichen der Erinnerung“

Die Gedenkstätte am Stuttgarter Inneren Nordbahnhof erinnert an die jüdischen Männer, Frauen und Kinder sowie Sinti, Sintize, Roma und Romnja, die von dort aus in die Ghettos und Vernichtungslager im Osten Europas deportiert wurden. Das „Zeichen der Erinnerung“ ist frei zugänglich.

Die Website der Gedenkstätte bietet neben Informationen zu den Deportierten und zum „Tatort Nordbahnhof“ auch verschiedene Materialien, Links und Berichte über Gedenkveranstaltungen.

„Zeichen der Erinnerung e. V.“
Nordbahnhofstr. 81
70191 Stuttgart
info@zeichen-der-erinnerung.org
www.zeichen-der-erinnerung.org

Gedenkort Killesberg

Im Volkspark Killesberg befand sich ab 1941 ein Sammel- lager für die Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Württemberg und Hohenzollern. 1962 wurde dort ein Gedenkstein errichtet, der 2013 durch die Installation „Erinnerungskörper 1:2.000“ der Künstlerin Ülkü Süngün und zwei Informationsstelen ergänzt wurde. Der Gedenkort ist frei zugänglich.

Gedenkort Killesberg
Höhenpark Killesberg
70192 Stuttgart

Weitere Links

LpB-Portal der Gedenkstätten in Baden-Württemberg

Internetangebot der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) mit einem Überblick und Erläuterungen zu den Gedenk- und Erinnerungsstätten im Land und deren Forschungs- und Vermittlungsarbeit. Informationen zu Veranstaltungen.
www.gedenkstaetten-bw.de

Landeskundliches Informationssystem für Baden-Württemberg

Umfassendes Internetangebot zur Landeskunde des deutschen Südwestens. Federführend bei diesem Kooperationsprojekt zahlreicher Institutionen ist das Landesarchiv Baden-Württemberg.
www.leo-bw.de

Landesbildungsserver Baden-Württemberg

Materialien und Unterrichtsmodule zur NS-Geschichte, zum jüdischen Leben in Baden-Württemberg, zur Erinnerungskultur und zu Gedenkstätten auf den Seiten des Fachportals „Landeskunde – Landesgeschichte Baden-Württemberg“. Module u. a. zur jüdischen Gemeinde Haigerloch, zum Hechinger Deportationsprozess und zum Geschichtsort „Hotel Silber“.
www.schule-bw.de

Website „Alemannia Judaica“

Umfassendes Internetangebot der „Alemannia Judaica – Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der jüdischen Geschichte im süddeutschen und angrenzenden Raum“ zur jüdischen Regional- und Ortsgeschichte.
www.alemannia-judaica.de

Datenbank „Jüdische Familien im Südwesten Deutschlands“

Genealogische Wissensdatenbank des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb e. V. für Familienforschung im Südwesten Deutschlands.
www.juedische-familien.de

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945

Online-Rechercheangebot des Bundesarchivs zu den während der NS-Diktatur ermordeten Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich. Gezielte Personensuche, Hintergrundinformationen u. a. zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und zu den Deportationen.
www.bundesarchiv.de/gedenkbuch

Literaturhinweise

NS-Zeit, Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern

Anna Aurast: „In allernächster Zeit ist mit der Umsiedlung sämtlicher noch in Württemberg ansässigen Juden zu rechnen“ – Deportationen und Ermordung von Heilbronner Jüdinnen und Juden (1941–1945), in: Christhard Schrenk/Peter Wanner (Hrsg.): Heilbronn 1933 ff. Beiträge zum Nationalsozialismus in der Stadtgeschichte, Heilbronn 2020, S. 113–144.

Ingrid Bauz/Sigrid Brüggemann/Roland Maier (Hrsg.): Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart ²2013, S. 23–77.

Ingo Bergmann: Und erinnere dich immer an mich. Gedenkbuch für die Ulmer Opfer des Holocaust, Ulm 2009.

Angela Borgstedt: Deportation und Ermordung der badischen, württembergischen und hohenzollerischen Juden, in: Peter Steinbach/Thomas Stöckle/Sibylle Thelen/Reinhold Weber (Hrsg.): Entrechtet – Verfolgt – Vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2016, S. 255–279.

Frank Engehausen/Sylvia Paletschek/Wolfram Pyta (Hrsg.): Die badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 2019.

Robert Frank u. a. (Hrsg.): „Evakuiert nach dem Osten“. Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern vor 60 Jahren, Haigerloch 2001.

Helmut Gabeli: „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“: Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern, 1941–1945, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“. Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945, MATERIALIEN, Stuttgart ³2008, S. 11–30.

Alfred Gottwaldt/Diana Schulle: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.

Heinz Högerle/Peter Müller/Martin Ulmer (Hrsg.): Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2019.

Institut Theresienstädter Initiative (Hrsg.): Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, Prag 2000.

Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.): Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004.

Christiane Kuller: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.

Roland Maier: Die Verfolgung und Deportation der jüdischen Bevölkerung, in: Ingrid Bauz/Sigrid Brüggemann/Roland Maier (Hrsg.): Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart ²2013, S. 259–304.

Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.

Gerhard Naser (Hrsg.): Lebenswege Creglinger Juden. Das Pogrom von 1933. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit, Bergatreute 1999.

Christoph Raichle: Die Finanzverwaltung von Baden und Württemberg im Nationalsozialismus, Stuttgart 2019.

Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Meinrad Schaab/Hansmartin Schwarzmaier (Hrsg.): Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 231–320.

Wolfgang Scheffler: Die Deportation aus Stuttgart am 1. Dezember 1941, in: ders./Diana Schulle (Hrsg.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, 2 Bde., München 2003, S. 569–598.

Benigna Schönhagen: „Wir waren von Feinden und Gleichgültigen umgeben“. Die Deportation der Stuttgarter Juden, in: Marlene P. Hiller (Hrsg.): Stuttgart im Zweiten Weltkrieg. Ausstellungskatalog, Gerlingen 1989, S. 170–185.

Barbara Staudacher: Die Deportierten, in: Stadtarchiv Horb/Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen (Hrsg.): Vom Leben in Horb am Neckar. Die Geschichte der jüdischen Gemeinde und die Dokumentation ihres Friedhofs, Horb 2019, S. 322–329.

Martin Ulmer: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag, Berlin 2011.

Martin Ulmer: Das Novemberpogrom – auf die Nacht der Brandstifter und Schläger folgte die Zeit der Räuber, in: Heinz Högerle/Peter Müller/Martin Ulmer (Hrsg.): Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2019, S. 397–406.

Martin Ulmer: Versteigerungen vor und nach den Deportationen, in: Heinz Högerle/Peter Müller/Martin Ulmer (Hrsg.): Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2019, S. 463–470.

Otto Werner: Deportation und Vernichtung hohenzollerischer Juden, Balingen 2011.

Zielorte der Deportationen

Hans G. Adler: Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte – Soziologie – Psychologie, Tübingen 2¹⁹⁶⁰.

Andrej Angrick/Peter Klein: Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006.

Steffen Häschen: Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust, Berlin 2018.

Beate Meyer (Hrsg.): Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Lodz, Chelmno, Minsk, Riga, Auschwitz, Theresienstadt, Hamburg 2017.

Petra Rentrop: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez, Berlin 2011.

Quellensammlungen, Erinnerungen

Inge Auerbacher: Ich bin ein Stern, Weinheim/Basel 1992.

Cornelia Hecht/Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung, Laupheim 2004.

Alfred R. Kandler: In der Höhle des Löwen. Lebensbericht eines schwäbisch-jüdischen Textilunternehmers, Stuttgart 2010.

Silvester Lechner/Alfred Moos (Hrsg.): Resi Weglein: Als Krankenschwester im KZ Theresienstadt. Erinnerungen einer Ulmer Jüdin, Stuttgart 1988.

Hannelore Marx: Stuttgart – Riga – New York. Mein jüdischer Lebensweg. Erinnerungen, Horb 2005.

Paul Sauer (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945, 2 Bde., Stuttgart 1966.

Benigna Schönhagen/Wilfried Setzler (Hrsg.): Hanna Bernheim (1895–1990): „History of my life“. Der Rückblick einer deutschen Jüdin auf ihr Leben vor der Emigration 1939, Tübingen 2014.

Fred Uhlman: Erinnerungen eines Stuttgarter Juden, Stuttgart 1992.

Erinnerungskultur

Roland Müller (Hrsg.): Killesberg. Reichsgartenschau – Gartendenkmal – Gedenkort, Stuttgart 2020.

Roland Ostertag (Hrsg.): Zeichen der Erinnerung. Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof für die aus Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern deportierten Menschen jüdischen Glaubens, Stuttgart 2006.

Roland Ostertag/Martin Schairer (Hrsg.): 70 Jahre Deportation. Dokumentation der Gedenkfeier am 1. Dezember 2011 für die aus Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern deportierten Menschen jüdischen Glaubens, Sinti und Roma, Stuttgart 2012.

Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber (Hrsg.): Orte des Gedenkens und Erinnerens in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007.

Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012.

Veröffentlichungen der LpB

Materialien

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“
Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940, MATERIALIEN, Stuttgart 2020.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Baden 1933. Die nationalsozialistische Machtübernahme im Spannungsfeld von Landes- und Reichspolitik, MATERIALIEN, Stuttgart 2017.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Ich habe den Krieg verhindern wollen“.
Der Hitler-Gegner Georg Elser und sein Attentat vom 8. November 1939 – die Motive, Vorbereitungen und Folgen, MATERIALIEN, Stuttgart ²2015.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Heraus zum Massenstreik“.
Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 – linker Widerstand in der schwäbischen Provinz, MATERIALIEN, Stuttgart 2015.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Wir als Juden können diese Zeit nie vergessen“.
Die Juden von Buttenhausen – Vom Leben und Untergang einer Landgemeinde in Württemberg, MATERIALIEN, Stuttgart ²2013.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Wir sind gezeichnet fürs Leben, an Leib und Seele“.
Unternehmen „Wüste“ – das südwürttembergische Ölschieferprojekt und seine sieben Konzentrationslager, MATERIALIEN, Stuttgart 2012.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Wohin bringt ihr uns?“
Grafeneck 1940. NS-„Euthanasie“ im deutschen Südwesten, MATERIALIEN, Stuttgart 2011.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“.
Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945, MATERIALIEN, Stuttgart ³2008.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Vom Neckar ans Mittelmeer – Jüdische Flüchtlinge aus dem schwäbischen Dorf Rexingen gründen 1938 eine neue Gemeinde in Galiläa, MATERIALIEN, Stuttgart 2008.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
„Es war ein Bahnhof ohne Rampe“.
Ein Konzentrationslager am Fuße der Schwäbischen Alb, MATERIALIEN, Stuttgart 2007.

Dokumentationen/Handreichungen/Leitfaden

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Gespaltene Erinnerung? Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg, DOKUMENTATION, Stuttgart 2019.

LpB Baden-Württemberg und LAGG (Hrsg.):
Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass. Handreichung zum Besuch der Gedenkstätte am ehemaligen Hauptlager – Wegweiser zu den Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e. V. (VGKN) und dem Centre européen du résistant déporté (CERD), Stuttgart ³2019.

LpB Baden-Württemberg und LAGG (Hrsg.):
Erinnern – Erfahren – Erlernen. Pädagogische Konzepte für Jugend- und Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten, LEITFADEN, Stuttgart 2017.

Politik & Unterricht/Bürger & Staat

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Rassismus – Geschichte, Spuren, Kontinuitäten, Bürger & Staat, Heft 1-2/2021.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Praxis des Widerstands 1933 bis 1945. Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland, Politik & Unterricht, Heft 1/2019.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Antiziganismus, Bürger & Staat, Heft 1-2/2018.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Gedenkstätten. Lernen an Orten nationalsozialistischer Gewalt, Politik & Unterricht, Heft 4/2015.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Antisemitismus heute, Der Bürger im Staat, Heft 4/2013.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Aufrechter Gang: Zivilcourage im Alltag, Der Bürger im Staat, Heft 3/2011.

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.):
Gedenkstätten. Lernorte zum nationalsozialistischen Terror, Politik & Unterricht, Heft 3/2008.

Bücher

Marco Brenneisen: Schlusstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945, Stuttgart 2020.

Andreas Zekorn: Todesfabrik KZ Dautmergen. Ein Konzentrationslager des Unternehmens „Wüste“, Stuttgart 2019.

Heinz Högerle/Peter Müller/Martin Ulmer (Hrsg.): Ausgrenzung – Raub – Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945, Stuttgart 2019.

Angela Borgstedt/Sibylle Thelen/Reinhold Weber (Hrsg.): Mut bewiesen. Widerstandsbiographien im deutschen Südwesten, Stuttgart 2017.

Peter Steinbach/Thomas Stöckle/Sibylle Thelen/Reinhold Weber (Hrsg.): Entrechtet – Verfolgt – Vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2016.

Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012.

Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber (Hrsg.): Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007.

MATERIALIEN

„Wir fragten uns, ob wir unser Zuhause je
wiedersehen würden.“

Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus
Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945

Ein Lese- und Arbeitsheft in der Reihe Materialien

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Bisherige Ausgaben in der Reihe
Materialien finden Sie als Download
[www.gedenkstaetten-bw.de/
publikationen0.html](http://www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html)